

Universitätsstadt Tübingen

Verwaltungsbericht
1952

Stadtarchiv
Tübingen
UM
252 a
2

UM 252a/2

Verwaltungsbericht

1952

W 53/2

Universitätsstadt Tübingen

Verwaltungsbericht 1952



UM
252a
2

M 252/2a

Verwaltungsbericht 1952 der Universitätsstadt Tübingen

erstattet in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats

am 5. Januar 1953

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2	D Stadtwerke	16
A Bauliche Entwicklung	2	I Elektrizität	16
I Wohnungsbau	2	II Gas	16
II Sonstige Bauten	5	III Wasser	16
III Weitere öffentliche Bauten	5	IV Straßenbeleuchtung	17
IV Industrie- und Geschäftsbauten	5	V Bäderwesen	17
V Liegenschaften	6	E Sonstige Städt. Betriebe	18
VI Bauordnungsamt	6	I Tiefbau	18
VII Stadtplanung	6	II Feuerlöschwesen	18
VIII Stadtmessung	7	III Veterinärwesen	18
B Soziale und wirtschaftliche Entwicklung	7	IV Land- und Forstwirtschaft	18
I Bevölkerung	7	V Friedhöfe	19
II Wirtschaft	7	F Verwaltungämter	19
III Wohnraumfragen	7	I Hauptamt und Rechnungsprüfung	19
IV Sozialleistungen	9	II Rechtsamt	20
C Kulturelle Entwicklung	11	III Amt für öffentliche Ordnung	20
I Universität	11	IV Bauratschreiberei	21
II Kulturelle Veranstaltungen	12	G Lustnau und Derendingen	21
III Sonstige Veranstaltungen	13	I Lustnau	21
IV Stadtbücherei	13	II Derendingen	23
V Archiv und Städt. Sammlungen	14	H Personalwesen	23
VI Leibesübungen	14	I Finanzwesen	25
VII Tübinger Jugendring	15	K Arbeit des Gemeinderats	28
VIII Plakatanschlag	15	L Ausblick	29
IX Fremdenverkehr	15	Schluß	34
X Besondere Ereignisse	16		

W 53/2



Meine verehrten Damen und Herren!

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats begrüße ich die Mitglieder des Gemeinderats, die Amtsvorstände der Stadtverwaltung und die an der Sitzung teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf das herzlichste. Ich spreche Ihnen für das vor uns stehende Jahr 1953 meine herzlichsten Glückwünsche aus. Möge auch dieses Jahr für unser Volk und unsere Stadt ein Jahr des Friedens und ein Jahr ge-
deihlicher Entwicklung werden.

Ich habe gleichzeitig die Ehre, Ihnen in der heutigen Sitzung des Gemeinderats den *Verwaltungsbericht der Universitätsstadt Tübingen für das Jahr 1952* zu erstatten.

Auch beim Rückblick auf das Jahr 1952 richten sich unsere Gedanken zunächst auf die großen Zusammenhänge, auf die weltweiten Spannungen, von denen unser deutsches Volk erfaßt ist und die auch jeden einzelnen von uns auf das stärkste berühren. Die Auseinandersetzung zwischen den westlichen und den östlichen Mächten hat sich im Jahr 1952 nicht beruhigt. Im Gegenteil sind zu dem Krieg in Korea schwere Kämpfe in Indochina hinzugetreten, die unseren französischen Nachbar stark in Anspruch nehmen und die zu unserem Leidwesen auch das Blut vieler Deutscher kosten, die unter französischer Flagge als Fremdenlegionäre eingesetzt sind. Die Trennungslinie, die zwischen dem östlichen und dem westlichen Deutschland gezogen ist, wurde im vergangenen Jahr noch schärfer ausgeprägt; die gegenseitige Spannung an dieser Trennungslinie, insbesondere in Berlin, hat zugenommen.

Auf dem Hintergrund dieser weltweiten, ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen wurde die deutsche Politik des vergangenen Jahres aufgewühlt durch die Auseinandersetzungen über die Beteiligung Deutschlands an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Diese Auseinandersetzungen haben gerade in den letzten Wochen krisenhaften Charakter angenommen und werden uns auch noch im Jahr 1953 auf das stärkste beschäftigen.

Parallel zu diesen schweren innerpolitischen Auseinandersetzungen gingen erhebliche Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir besonders auf dem Gebiet der Textilindustrie zu spüren bekommen haben. Zwar ist in der Preisentwicklung im vergangenen Jahr eine gewisse Beruhigung eingetreten, aber auf verschiedenen Sektoren, insbesondere auch im Bereich der *öffentlichen Verwaltungen*, ist das Problem der Anpassung der Gehälter und Löhne an die seit Jahren gestiegenen Lebenshaltungskosten gerade im vergangenen Jahr in lebhaftere Bewegung gekommen, und es werden sich daraus für die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren starke zusätzliche Belastungen ergeben.

Die großen politischen Zusammenhänge, insbesondere die Hinwendung des Bundes zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft, nehmen schon jetzt sehr große öffentliche Mittel in Anspruch. Der Bundesfinanzminister hat dieser Tage eine neuerliche Erhöhung des Anteils des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer der Länder von 37% auf 44% gefordert. Wir sind uns darüber im klaren, daß sich die Mehrbelastung des Bundes und die Kürzung der Steuereinnahmen der Länder letzten Endes auch auf die Gemeindefinanzen nachteilig auswirken und früher oder später unsere finanziellen Möglichkeiten einschränken wird.

Das Jahr 1952 war auch im Raum unserer engeren Heimat ein bewegtes Jahr. Durch die Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 war die Entscheidung über die Bildung des Südweststaats gefallen. Das Jahr 1952 brachte nun den ersten Aufbau des neuen

Landes Baden-Württemberg und damit zugleich den Abbau des ehemaligen Bundeslandes Württemberg-Hohenzollern, dessen Regierungssitz die Universitätsstadt Tübingen gewesen war.

Am 9. März 1952 wurde die Verfassungsgebende Landesversammlung gewählt, in der der Kreis Tübingen in unmittelbarer Wahl durch den früheren Staatspräsidenten Dr. Gebhard Müller vertreten ist und dem außerdem der frühere Rektor der Universität, unser Gemeinderatsmitglied Professor Dr. Erbe und unser früherer Innenminister, der jetzige Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Viktor Renner, außerdem Herr Höse aus Tübingen angehören.

Zu unserer Freude ist es gelungen, zu erreichen, daß der *vorläufige Sitz* des Regierungspräsidenten für Südwürttemberg-Hohenzollern nach Tübingen gelegt worden ist. Über den endgültigen Sitz des Regierungspräsidenten und über den Sitz etwaiger weiterer für Tübingen wichtiger Behörden des vereinigten Bundeslandes ist bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen.

Parallel mit der Entwicklung im staatlichen Bereich ging die Entwicklung auf dem Gebiet der *Besatzungsmacht*. Der staatsrechtliche Zusammenschluß zum südwestdeutschen Staat hat dazu geführt, daß anstelle der Landesdelegation der franz. Besatzungsmacht eine sogenannte Provinzialdelegation getreten ist. Die französische Zivilverwaltung hat in diesem Zusammenhang zwar einen Abbau erfahren. Auf der anderen Seite ist im Jahr 1952 eine wesentliche Verstärkung der *Garnison* zu bemerken gewesen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die *äußere Wilhelmstraße zu verbreitern* und mit Radfahrwegen zu versehen. Dieser sehr kostspielige aber dringende Straßenbau wird Gemeinderat und Stadtverwaltung in den kommenden Jahren stark beschäftigen. Im Zuge der Verhandlungen über die Bildung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft haben sich die Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht auch in Tübingen im vergangenen Jahr weiterhin normalisiert.

Ein äußeres Zeichen der wachsenden Verständigung war die Einladung von über 40 Angehörigen der französischen Truppe zu Weihnachtsveranstaltungen von Vereinen oder zum Weihnachtsfest in deutschen Familien, die in der Tübinger Bevölkerung eine erfreuliche Resonanz gefunden hat.

A. Bauliche Entwicklung

1. Wohnungsbau

Auch im Jahr 1952 wurde die Bautätigkeit wie in den Vorjahren von der Stadt durch Bereitstellung von Bauland, Aufschließung von Neubaugelände, Zuweisung von staatlichen Bauförderungsmitteln und Bereitstellung eigener städtischer Kredite in Form von 7c-Mitteln der Stadtwerke weitestgehend gefördert.

1. Die Stadt hat als Eigenbau die im Jahr 1952 begonnenen ersten 12 Wohneinheiten der Einfachsiedlung im Backofen fertiggestellt.

2. Die der Stadt nahestehende *Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen mbH* hat im Jahr 1952 folgende Wohnungsbauten fertiggestellt oder in Angriff genommen:

- a) Sie hat von der erwähnten Einfachsiedlung im Backofen weitere 56 W.E. in Angriff genommen und davon bis zum Jahresende 12 W.E. fertiggestellt;
- b) sie hat ferner an der Herrenberger Straße fertiggestellt einen Block mit 10 W.E.

- c) an der Herrenberger Straße fertiggestellt drei Blöcke mit je 4 W.E. 12 W.E.
 - d) an der Herrenberger Straße in Angriff genommen und fertiggestellt drei Blöcke mit je 4 W.E. . . 12 W.E.
 - e) an der Kiesackerstraße fertiggestellt drei Blöcke mit je 16 W.E. 48 W.E.
 - f) an der Eugenstraße in Angriff genommen und fertiggestellt einen Block für Heimatvertriebene mit 12 W.E.
 - g) an der Stuttgarter Straße in Angriff genommen einen Block mit 12 W.E.
- insgesamt 162 W.E.

Hiefür wurden 2 385 000 DM aufgewandt. Insgesamt hat die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft seit Wiederaufnahme der Bautätigkeit im Jahr 1949 249 W.E. mit einem Kostenaufwand von etwa 4,2 Millionen DM erstellt. Zu diesen Bauten ist noch folgendes zu bemerken:

Zu a): Nach langwierigen Verhandlungen hat das damalige Innenministerium des Landes Württemberg-Hohenzollern die Planung einer *Einfachsiedlung im Gewand Backofen* genehmigt. Wir können jetzt schon feststellen, daß der Gedanke dieser Einfachsiedlung sich bewährt. Die Siedlung liegt in hübscher landschaftlicher Umgebung. Die Wohnungen sind zweckdienlich und auf alle Fälle besser als eine ganze Anzahl von schlecht belichteten und engen Wohnungen der Altstadt. Die Nachfrage nach diesen Wohnungen ist daher groß.

Die Einfachwohnungen im Backofen kommen auf etwa 8500 DM je Wohneinheit. Zur Finanzierung der von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen mbH in Angriff genommenen 56 Wohneinheiten haben die Stadtwerke Tübingen verlorene Zuschüsse gemäß § 7 c des Einkommensteuergesetzes im Betrag von 7000 DM je Wohneinheit gegeben.

Zu b)—d): Damit wurden auch wieder Wohnungen im Ammertal neu geschaffen.

Zu e): Die 48 Wohneinheiten an der Kiesackerstraße sind aus Sondermitteln für Besatzungsverdrängte gebaut worden. Im Einvernehmen mit der Organisation der Besatzungsverdrängten hat die Stadt einen der drei Blöcke mit 16 Wohneinheiten der französischen Besatzungsmacht zur Verfügung gestellt. Diese hat dafür die gleiche Zahl von bisher beschlagnahmten Wohnungen freigegeben. Allerdings mußte die Stadtverwaltung eine Differenz zwischen dem laufenden Aufwand der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen mbH und den von der Besatzungsmacht bezahlten Mieten von jährlich rund 5000 DM übernehmen, um diese Regelung durchführen zu können. Neuerdings sind der Stadtverwaltung wieder 288 000 DM an Bauförderungsmitteln zur Verfügung gestellt worden, von denen mindestens 75%, also 216 000 DM für Besatzungsverdrängte oder für die Besat-

zungsmacht selbst zu verwenden sind. Entsprechend der Stellungnahme der Organisation der Besatzungsverdrängten verhandelt die Stadtverwaltung zurzeit mit der Besatzungsmacht darüber, daß mit Hilfe dieser Bauförderungsmittel 16 bis 18 Wohneinheiten am Fuße des Galgenbergs gebaut werden, die der Besatzungsmacht gegen Freigabe der gleichen Zahl von beschlagnahmten Wohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Diesmal werden die Verhandlungen mit der Besatzungsmacht vor Beginn der Bauausführung zum Abschluß gebracht werden, um von vornherein über die baulichen Wünsche und die finanziellen Leistungen der Besatzungsmacht für diese Wohnungen volle Klarheit zu schaffen.

3. Die *Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Südwürttemberg-Hohenzollern mbH in Sigmaringen (GSW)* hat im Jahre 1952 wie folgt gebaut:

- a) an der Nordseite der Eugenstraße in Angriff genommen und fertiggestellt 1 Block mit 9 W.E.
 - b) an der Südseite der Eugenstraße zwischen Sternplatz und Achalmstraße in Angriff genommen und fertiggestellt 1 Block mit 12 W.E.
 - c) am Völkerweg in Angriff genommen 2 Blöcke mit davon fertiggestellt 1 Block mit 4 W.E. 9 W.E.
 - d) an der Wächterstraße in Angriff genommen und fertiggestellt 1 Block mit 4 W.E.
 - e) an der Kiesackerstraße in Angriff genommen 1 Block mit 20 W.E.
- zusammen 54 W.E.

4. Die *Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der Evang. Kirchen in Deutschland* hat 1952 auf dem Sand im Rahmen der „Eberhard-Wildermuth-Siedlung“ wie folgt gebaut:

- a) fertiggestellt 3 Blöcke mit je 4 W.E. 12 W.E.
- b) fertiggestellt 5 Blöcke mit je 8 W.E. 40 W.E.
- c) in Angriff genommen und fertiggestellt 1 Block der Brüderlichen Fürsorge für Pfarrer mit 8 W.E.
- d) in Angriff genommen 1 Block mit 6 W.E. nebst Ladenbauten



Die Backofensiedlung beim Gaswerk



Neubauten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Tübingen m. b. H. an der Kiesackerstraße

- e) in Angriff genommen 1 Block für Heimkehrer mit 4 W.E.
 f) in Angriff genommen ist weiter eine Gruppe für Heimatvertriebene und Besatzungsverdrängte und zwar 3 Gebäude mit insgesamt 12 W.E. und 12 Gebäude mit insgesamt 56 W.E. 68 W.E.
 zusammen 138 W.E.

5. Die *Postbaugenossenschaft Tübingen eGmbH* hat im Jahr 1952

- a) an der Brückenstraße zwei Blöcke in Angriff genommen und fertiggestellt mit 12 W.E.
 b) ferner hat sie an der Ecke Reutlinger—Eugenstraße einen Block mit 9 W.E. begonnen und nahezu fertiggestellt.
 zusammen 21 W.E.

6. Die *Gemeinnützige Eisenbahn-Wohnungsgesellschaft mbH Karlsruhe* hat an der Schellingstraße einen Block mit 12 W.E. im Rohbau erstellt.

7. Die *Siedlungsgesellschaft der Firma M. Jope & Co.* hat an der Eduard-Haber-Straße von einer vorgesehenen Gruppe mit 6 W.E. zunächst 2 W.E. in Angriff genommen.

8. Die *Siedlungsgesellschaft der Württ. Frottierweberei* hat hinter dem Fabrikanwesen an der Weiherhalde einen Block mit 6 W.E. fertiggestellt.

9. Die *Wohnungsbau GmbH „Vera“ der Montanwerke* hat an der Heinlenstraße eine Gruppe mit 6 W.E. fertiggestellt.

Die Stadtverwaltung hat diese bauliche Initiative von Post, Bahn und Industrie (Ziff. 5—9) aufrichtig begrüßt.

10. Auf dem Gebiet des *privaten* Wohnungsbaus ist hervorzuheben, daß die privaten Bauherren, soweit sie öffentliche Förderungsmittel beantragt haben und ihr Antrag den Bedingungen der sozialen Wohnbauförderung entsprach, fast ausnahmslos berücksichtigt werden konnten. Erfreulicherweise haben darüber hinaus auch zahlreiche private Bauherren ohne Finanzierung durch öffentliche Förderungsmittel Wohnungsbauten in Angriff genommen und durchgeführt. Nach den Feststellungen

des städtischen Bauordnungsamts sind im vergangenen Jahr insgesamt 121 Gebäude mit 174 Wohneinheiten von privaten Bauherren in Angriff genommen oder fertiggestellt worden. Auf den Wohnungsbau der deutschen Seite mit insgesamt 575 Wohneinheiten umgerechnet ergibt sich ein Anteil des privaten Wohnungsbaus von 32%. Das ist eine sehr beträchtliche Leistung der Privatinitiative. Die absolute Zahl der von privater Seite neu geschaffenen Wohnungen ist allerdings gegenüber dem Vorjahr mit 339 Wohneinheiten wesentlich zurückgegangen. Das ist vor allem begründet in der Verteuerung der Baukosten, durch die es immer schwieriger wird, Einzelbauten nach privaten Wünschen zu erstellen.

11. Hinzu kommt der *Wohnungsbau der französischen Besatzungsmacht*, die in Tübingen im Jahr 1952 22 Gebäude mit 148 Wohneinheiten an der Stuttgarter und Hechinger Straße fertiggestellt hat.

Insgesamt sind demnach in Tübingen im Jahr 1952 723 Wohnungen in Angriff genommen oder fertiggestellt worden. Wie in früheren Verwaltungsberichten, ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesen Bauten teilweise um einen Überhang vom Jahr 1951 auf das Jahr 1952 handelt, teilweise um Bauten, die im Jahr 1952 begonnen und fertiggestellt worden sind und teilweise um einen Überhang vom Jahr 1952 in das Jahr 1953. Von den genannten Wohnungen sind jedoch allein etwa 400 im Jahr 1952 in Angriff genommen und fertiggestellt worden. Der Bauaufwand für den deutschen Wohnungsbau in Tübingen (also ohne die besatzungseigenen Bauten) beträgt im Jahr 1952 rund 10,8 Millionen DM, also so viel wie der gesamte ordentliche Haushalt des Jahres 1952.

12. In diesem Zusammenhang wird eine Aufstellung von Interesse sein über die *staatlichen Bauförderungsmittel*, die der Universitätsstadt Tübingen in den Baujahren 1949—1952 zur Verfügung gestellt worden sind:

	Förderungsbetrag DM	Wohnungseinheiten	Einzelzimmer
Baujahr 1949:	871 600	180	44
Baujahr 1950:	3 260 768	384	84
Baujahr 1951:	1 813 500	187	46
Baujahr 1952:	2 446 000	286	11
Insgesamt:	8 391 868	1 037	185

II. Sonstige Bauten und Bauvorhaben der Stadt

1. Auf die meisten der sonstigen Bauten und Bauvorhaben der Stadt werde ich in anderem Zusammenhang, teils bei dem Bericht über die Arbeit der betr. Ämter, für die gebaut oder geplant worden ist, teils bei dem Ausblick auf das Jahr 1953 eingehen. Ich zähle hier lediglich auf

- die Ausgestaltung des Freibads,
- den Neubau der Stadtwerke an der Nonnengasse,
- die Herrichtung und den Neubau des Gebäudes der Frauenerbeitsschule auf dem Schulberg,
- das Projekt des Neubaus der Berufsschulen,
- das Projekt eines Neubaus der Zusatzversorgungskasse für die techn. Ämter der Stadt,
- das Projekt eines neuen Kindergartens,
- den Neubau der Alleenbrücke und das Projekt eines neuen Freibadsteges.

2. Neben zahlreichen *Straßenbauten* in allen Stadtteilen hat das Tiefbauamt im vergangenen Jahr rund 200 000 qm *Straßenentwässerungen* ausgeführt. Für den Straßenbau wurde eine neue 14-Tonnen-Dieselwalze angeschafft.

3. Im Gebiet des *Fluß- und Uferbaus* wurden die Schäden des Unwetters vom 7. September 1951 vollends beseitigt. Zur Vorbeugung gegen spätere Unwetterschäden wurde ein Teilstück des Käsenbachs mit einem Aufwand von rund 55 000 DM eingedolt und in der Täglesklinge ein Rückhaltebecken angelegt.

4. Auf dem Gebiet der *Straßenentwässerung* wurden in allen Stadtteilen etwa 2000 m *Abwasserkanäle* gebaut und damit weitere Stadtteile an die zentrale Kläranlage angeschlossen.

III. Weitere öffentliche Bauten

1. An öffentlichen Bauten wurde im Jahr 1952 der Bau der *Kassenärztlichen Vereinigung* an der Wilhelmstraße fertiggestellt und bezogen.

2. Außerdem wurde vom Staat ein neues *Chemisch-Pharmazeutisches Institut* zwischen Wilhelmstraße, Melanchthonstraße und Nauklerstraße bis auf den Innenausbau fertiggestellt.

3. Ferner hat der Staat mit entscheidender finanzieller Förderung durch den Phrix-Konzern südlich der Wilhelmstraße ein *Faserforschungsinstitut* im Rohbau fertiggestellt. Es erscheint nunmehr gesichert, daß dieser Bau in diesem Jahr vollendet wird.

4. Im Komplex der Michaelskirche ist im vergangenen Jahr ein *Studenten-Wohnheim* mit 22 Zimmern für insgesamt 40 Studenten erstellt worden.

5. Maßgeblich gefördert wurde das kulturelle Leben in Tübingen durch die *Neugestaltung der Museums-Säle* in dem der Museums-gesellschaft Tübingen gehörenden Gebäude an der Wilhelmstraße. Durch einen Beitrag der Stadt in Höhe von 33 500 DM, durch eigene Auf-

wendungen der Museumsgesellschaft in ähnlicher Höhe sowie durch die Beteiligung des Kino-Besitzers Lamm war es möglich, mit einem Aufwand von rund 100 000 DM für die Besucher des Theaters sowie des Kinos und sonstiger Veranstaltungen nach modernen Grundsätzen der Innenarchitektur ausgestattete und in der Akustik wesentlich verbesserte Säle zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung Tübingen hat diese Initiative der Museums-Gesellschaft im vergangenen Jahr mit besonderer Dankbarkeit vermerkt.

IV. Industrie- und Geschäftsbauten

1. Auch im vergangenen Jahr haben die in Tübingen ansässigen Betriebe eine Reihe von An- und Umbauten durchgeführt, durch die ihre Fabrikationsräume eine Erweiterung erfahren haben. Hervorzuheben ist die neue Fabrikhalle, die die Firma *Christian Majer* an der Schwärzlocher Straße erstellt hat, und die Aufstockung eines Fabrikbaus durch die Firma *Zeeb & Hornung* an der Bismarckstraße.

2. Die Firma *Astra-Wollwerk* hat den Bau einer größeren Lagerhalle in ihrem Anwesen an der Bismarckstraße in Angriff genommen.

3. Im Anschluß an dieses Gelände ist ein Bauplatz für den Neubau der Fabrik eines chemischen Unternehmens bereitgestellt worden. Wir hoffen, daß dieser Bau im Jahr 1953 zustandekommt.

4. Am stärksten von den Geschäftsbauten hat den Gemeinderat auch im vergangenen Jahr der Neubau des „*Cafés am Neckartor*“ — früher Pomona — beschäftigt. Nach langwierigen Verhandlungen ist zu Anfang des Jahres 1952 zwischen dem Eigentümer Rilling und der Stadt eine Vereinbarung zustand gekommen und daraufhin das durch Luftangriff im Jahr 1944 schwer beschädigte Pomonengebäude von seinem Eigentümer bis auf den Grund abgebrochen worden. Der von Architekt Professor Liedtke entworfene Neubau nähert sich nunmehr der Vollendung. Die Läden im Erdgeschoß sind bereits seit Anfang November 1952 bezogen. Über die endgültige architektonische Wirkung des Neubaus wird man erst urteilen können, wenn das Bauwerk in allen Teilen fertiggestellt sein wird.



Flüchtlingsbauten der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland in der Eberhard-Wilder-muth-Siedlung auf dem Sand

5. Die im Allianzhaus untergebrachte Firma *Zinser* hat im Jahr 1952 zunächst eine gegenüberliegende Baulücke mit einem eingeschossigen Ausstellungsbau ausgefüllt. Außerdem hat sie das Haus Friedrichstraße 4 gemietet und mit großen Schau- fenstern ausgebaut. Die bisher dort untergebrachte Firma *Gsell* hat sich in einem Anwesen an der Gartenstraße Geschäftsräume geschaffen.

6. An der Friedrichstraße ist im vergangenen Jahr auch der Neubau der *Allgemeinen Rentenanstalt* fertiggestellt worden, in dessen Erdgeschoß das Kaufhaus Törber untergebracht ist. An der Bahnhofstraße gegenüber der Oberpostdirektion sind inzwischen sämtliche Läden bezogen worden.

7. Auf der Waldhäuser Höhe hat das Geschäft *Armbruster-Seezer* seinen Ladenbau entscheidend vergrößert und damit bessere Einkaufsmöglichkeiten für die Bewohner der Waldhäuser Höhe geschaffen.

8. Die in den letzten Jahren in Tübingen bemerkbare wirtschaftliche Belebung hat auch dazu geführt, daß eine Reihe von *Ladengeschäften* wie die Firmen Frauendiener, Brillinger, Bühler, C. H. Schneider, Schuhgeschäft Fuchs, Schirmgeschäft Leyrer, Möbelhaus Böhrer ihre Schaufensteranlagen grundlegend umgeändert und ausgestaltet haben. Auch die neuen Schaukästen der Museumsgesellschaft an der Wilhelmstraße bilden neben dem „Kommöde“ einen vielseitigen Anziehungspunkt.

9. Gegen Ende des Jahres 1952 sind die Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und der Firma *BV-Aral* über die Errichtung einer *Tankstelle* und eines *Touring-Hotels* auf dem städtischen Grundstück an der Kreuzung Stuttgarter-Reutlinger Straße zu einem, wenn auch noch nicht formellen Abschluß gekommen. Die Stadt hofft, daß die Tankstelle und das Hotel an dieser Kreuzung der Bundesstraßen Stuttgart—Schaffhausen einerseits und Straßburg—Ulm andererseits nunmehr bald ausgeführt werden und daß damit dem Mangel an Hotelunterkunft in Tübingen in wesentlichem Ausmaß abgeholfen wird.

V. Liegenschaftsverwaltung

Auch im Jahr 1952 ist wieder ein großer Teil der Gebäude im Stadtgebiet auf städt. Grundstücken erstellt worden. Im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren hat die Stadtverwaltung auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 26. Juni 1952 bewußt die Bestellung von Erbbaurechten auf die Fälle des ausgesprochen sozialen Wohnungsbaus in mehrgeschossiger Bauweise, des Reihenhausbau usw. beschränkt und im übrigen die Baugrundstücke *nur noch käuflich* abgegeben, um die Kaufpreise umgehend wieder in Grundstücken anzulegen. Auf diese Weise sucht die Liegenschaftsverwaltung die Möglichkeit, noch mehr als in den vorangegangenen Jahren Gelände im künftigen Wohngebiet, Industriegebiet und Sportgebiet der Stadt zu erwerben und damit die spätere Erschließung und Bereitstellung dieser Gelände für ihren endgültigen Verwendungszweck zu erleichtern. Wir hoffen, daß in den nächsten Jahren auch ein erheblicher Teil der Erbbauberechtigten die Grundstücke käuflich übernimmt, wenn diese einmal ihre dringenden Verpflichtungen abgewickelt haben, die sich aus der Erstellung ihrer Gebäude ergeben.

Wertmäßig haben sich im vergangenen Jahr die verkauften und die dafür von der Stadt wieder erworbenen Grundstücke etwa ausgeglichen. In etwa 100 Verträgen hat die Stadt im vergangenen Jahr 9 ha Grundstücke — vorwiegend im Außen- gebiet — um 220 000 DM angekauft und 3,5 ha Baugrund- stücke um 215 000 DM verkauft. Außerdem wurden in 35 Fäl- len an städt. Grundstücken mit einem Wert von 120 000 DM und einer Fläche von 2,2 ha Erbbaurechte bestellt.

Die von der Liegenschaftsverwaltung mit interessierten Firmen geführten Verhandlungen über Industrieansiedlung haben im vergangenen Jahr leider noch zu keinem sichtbaren Erfolg ge- führt.

VI. Bauordnungsamt

Mit all den vielen kleinen und großen Bauaufgaben im Stadt- gebiet war auch das Bauordnungsamt befaßt.

1. An Baugesuchen wurden im Jahr 1952 eingereicht und be- arbeitet 249 (i. V. 254)
davon konnten genehmigt werden 235 (i. V. 241)
abgelehnt oder zurückgezogen wurden 14 (i. V. 13)
Dazu kommen 141 Gesuche zur Einrichtung von Spülabor- ten.

2. Eine besondere Sorge macht dem Bauordnungsamt der schlechte bauliche Zustand einer Reihe von Gebäuden in der Altstadt. Das Gebäude Haagasse 35 erwies sich bei der Vor- nahme einer Reparatur als einsturzgefährlich. Es mußte daher provisorisch gestützt werden. Es wird jedoch nunmehr geräumt und abgebrochen. Ebenso wurde das fliegergeschädigte Hinter- gebäude der Fa. Eisen-Stehle in der Neckargasse abgebrochen und wird zurzeit erneuert. In mehreren Fällen mußte das Bau- ordnungsamt Auflagen zu durchgreifenden Instandsetzungsar- beiten machen, um die Einsturzgefahr von Gebäuden oder Ge- bäudeteilen zu beseitigen. In solchen Fällen muß teilweise die Stadt im Wege der Ersatzvornahme die Bauarbeiten durch- führen, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch die eine oder andere Wohnung erhalten werden kann.

Da wir in Tübingen noch eine große Zahl von Gebäuden haben, die die normale Lebensdauer erreicht oder überschritten haben, so wird es in den nächsten Jahren in erster Linie für die Gebäudeeigentümer, in zweiter Linie aber auch für das Bauordnungsamt und überhaupt für die Stadtverwaltung eine Sorge sein, die erforderlichen Maßnahmen vorzuziehen, um den vorhandenen Wohnraum wenigstens über die Zeit der herr- schenden Wohnungsnot hinweg zu erhalten und Unglücksfälle zu vermeiden.

VII. Stadtplanung

1. Die Stadtplanungsabteilung war auch im Jahr 1952 vor allem mit der Ausarbeitung der allgemeinen Planungsunterla- gen, insbesondere eines Verkehrsplans und des künftigen Flä- chennutzungsplans befaßt. Diese umfangreichen Arbeiten sind im vergangenen Jahr noch nicht zu einem verwaltungsmäßigen Abschluß gekommen; jedoch sind wertvolle Unterlagen pla- nerischer, verkehrstechnischer und statistischer Art gewonnen worden.

2. Unter den einzelnen Aufgaben der Stadtplanung, die im vergangenen Jahr bearbeitet wurden, erwähne ich zunächst die Arbeiten, die mit dem staatlichen Projekt des *Neubaus einer Medizinischen Klinik* auf dem Schnarrenberg zusammenhängen. In Verbindung damit hat die Stadtverwaltung einen Vorschlag für die Fernhaltung des Durchgangsverkehrs vom Universi- täts- und Klinikenviertel gemacht, der als 1. Vorschlag zur Bekämpfung des Lärms daselbst zu werten wäre.

3. Aus der Fülle der sonstigen von der Stadtplanung behandel- ten Verkehrsangelegenheiten sind hervorzuheben:

- a) das Problem der Kreuzung Stuttgarter—Reutlinger Straße,
- b) das Projekt einer südlichen Umgehungsstraße mit einem Ringverkehr am Hechinger Eck,
- c) die Planung des Bahnhofvorplatzes, im besonderen die Aus- gestaltung des Postplatzes zu einem Omnibusbahnhof.

4. Die Stadtplanung hat des weiteren im Jahr 1952 nach um- fangreichen Vorarbeiten elf *Ortsbaupläne* herausgebracht, die verwaltungsmäßig weiterbehandelt und zum Teil endgültig abgeschlossen werden konnten, und zwar

- a) Ortsbauplan Kiesäcker, umfassend das Gebiet von der Eu- genstraße bis zur Stuttgarter Straße
- b) Ortsbauplan Sand (Eberhard-Wildermuth-Siedlung)
- c) Ortsbauplan unterer Galgenberg und Alexanderstraße
- d) Ortsbauplan Backofen
- e) Ortsbauplan Äule
- f) Ortsbauplan Geigerle
- g) Ortsbauplan Eduard-Haber-Straße—Linsenbergsstraße
- h) Ortsbauplan Rotbad
- i) Ortsbauplan Mörikestraße — Ob dem Viehweide
- k) Ortsbauplan Nonnengasse
- l) Ortsbauplan Bachgasse.

Mit diesen Ortsbauplänen sind wichtige Grundlagen für die Bebauung der genannten Gebiete geschaffen. Die Bebauung die- ser Gebiete hat sich weithin bereits auf Grund der Ortsbau- planentwürfe der Stadtplanungsabteilung vollzogen, die förm- liche Feststellung und Genehmigung dieser Ortsbaupläne stellt somit weithin nur eine Sanktionierung der durchgeführten Be- bauung dar. Die Stadtplanung ist nachdrücklich darum be- müht, nach Aufholung der infolge Einstellung der Stadtpla- nungsarbeit in den Kriegs- und Nachkriegsjahren erwachsenen Rückstände mehr als bisher mit der Schaffung rechtswirk- samer Ortsbaupläne der Bautätigkeit richtungweisend voran- zugehen.

5. Eine weitere wichtige Aufgabe der Stadtplanung besteht darin, die einzelnen Baugesuche unter städtebaulichen Gesichts- punkten zu überprüfen, damit die Bauwerke sich harmonisch in das Straßen- und Landschaftsbild einfügen.

VIII. Stadtmessung

1. Hinter allen baulichen Planungen und Ausführungen und auch hinter dem Liegenschaftsverkehr steht eine nach außen wenig in Erscheinung tretende, aber sehr umfangreiche und mühselige Arbeit des Stadtmessungsamts. Durch die lebhafteste Planungs- und Bautätigkeit und den starken Grundstücksver- kehr ist sein Arbeitsvolumen im Jahr 1952 gegenüber den Vor- jahren weiter angestiegen. Das Personal konnte aus räumlichen Gründen und aus Mangel an Nachwuchskräften nicht in dem erforderlichen Maße verstärkt werden.

2. Um einen Überblick über die Fülle der Arbeiten des Stadt- messungsamtes zu geben, will ich einige Zahlen nennen:

- a) Auf dem Gebiet der Katastervermessung hat das Stadtmes- sungsamt im Jahr 1952 116 Katastermeßsurkunden gefe- rtigt, davon 35 für den Liegenschaftsverkehr der Stadt. Dabei wurden 800 Parzellen und Gebäudegrundstücke verändert.
- b) Das Stadtmessungsamt hatte 249 Bauanträge zu bearbeiten, dafür die Lagepläne zu fertigen und die örtlichen Bauabstek- kungen sowie die Vermessung der Schnurgerüste durchzuführen.
- c) Für die Aufgaben von allen technischen Ämtern und von Bauherrschaften hatte das Stadtmessungsamt Lichtpausen im Ausmaß von über 2000 qm zu fertigen.
- d) Auf dem Gebiet der Tiefbauarbeiten hatte das Stadtmes- sungsamt Straßenbauten, Randsteine, Kanalbauten, Wasserlei- tungen, Gasleitungen und Kabel einzumessen und in seine Pläne einzutragen.
- e) Im Rahmen der Stadtplanungsabteilung hat ein Angestellter des Stadtmessungsamts die oben erwähnten Ortsbauplanent- würfe der Stadtplanung als Genehmigungspläne ausgearbeitet.

f) Das Stadtmessungsamt hat für Tübingen als eine der ersten süddeutschen Städte das örtliche Höhenetz an das neue Bun- des-Höhenetz angeglichen. Dazu sind umfangreiche Präzisions- Nivellements erforderlich. Bei dem schwierigen Gelände in Tübingen kommt dem Höhenetz für den Straßenbau und vor allem für die Erstellung von Gebäuden eine besondere Bedeu- tung zu. Diese Arbeit an der Bereinigung des Höhennetzes wird das Stadtmessungsamt auch in den künftigen Jahren stark belasten.

g) Für diese verantwortungsvollen Aufgaben konnten dem Stadtmessungsamt weitere neuzeitliche Vermessungsgeräte zur Verfügung gestellt werden.

B. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung

Die umfangreiche Bautätigkeit, über die ich berichtet habe, ist die Auswirkung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt.

I. Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerung der Stadt Tübingen hat um die Jahreswende 1951/52 die Zahl von 40 000 überschritten und betrug am 31. 12. 1952 41 000 Einwohner.

Es mag in diesem Zusammenhang von Interesse sein, wenn wir uns kurz an einige wesentliche Zahlen der Bevölkerungs- entwicklung von Tübingen erinnern. Im Jahr 1871 hatte Tü- bingen etwa 11 000 Einwohner, im Jahr 1900 waren es 15 000, im Jahr 1925 21 000, im Jahr 1939 etwa 28 500 (ohne Wehr- macht), bei der letzten Volkszählung 1950 waren es 37 500 und jetzt sind es, wie gesagt, etwa 41 000 Einwohner. Dazu kommt aber eine französische Zivilbevölkerung von etwa 2000 Menschen und eine französische Garnison, deren Stärke uns nicht bekannt ist. Insgesamt leben demnach in Tübingen zurzeit 46 000 bis 48 000 Menschen. Nicht berücksichtigt sind dabei die zahlreichen Patienten, die in den Tübinger Universitäts- kliniken liegen, jedoch auswärts beheimatet sind.

II. Wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung hat uns im Jahr 1952 manche Sorge bereitet. Auf das Ganze gesehen war aber die wirtschaft- liche Entwicklung in Tübingen im Jahr 1952 nicht ungünstig. Dementsprechend hat sich auch die Zahl der Arbeitslosen in verhältnismäßig engem Rahmen gehalten. Gerade in der Vor- weihnachtszeit konnten wir feststellen, daß sich Tübingen nach- gerade zu einem Einkaufszentrum für seine engere und weitere Umgebung entwickelt. Von mir erwähnte Ladenneu- und -um- bauten sind ein Beweis dafür, in welchem Maße auch die Tü- binger Geschäftsleute bemüht sind, sich neuzeitlichen Anforde- rungen an die Ausstattung von Geschäftsräumen und Auslagen anzupassen und mit der Entwicklung in anderen Städten Schritt zu halten.

III. Wohnraumfragen

1. Die schwierigste unter allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen ist für unsere Stadt nach wie vor die *Wohnraumfrage*. Wir stehen hier vor der eindrucksvollen Tatsache, daß in Tü- bingen zwar seit der Währungsreform annähernd 1800 Woh- nungen fertiggestellt worden sind, daß aber die Zahl der Woh- nungssuchenden von rund 800 bei meinem Amtsantritt am 3. Januar 1949 auf 2265 in der Gegenwart angestiegen ist. Die zwischenzeitlich genannte wesentlich höhere Zahl von Wohnungssuchenden hat sich durch eine in den letzten Wo- chen durchgeführte Überprüfung aller unerledigten Fälle auf

die vorgenannte Zahl ermäßigt. Insbesondere sind dabei die zahlreichen Fälle ausgeschieden worden, die sich in der Zwischenzeit erledigt haben, darunter die Wohnungsgesuche der Beamten und Angestellten der ehemaligen Landesregierung, die hier getrennt von ihren Familien wohnten und sich als Wohnungssuchende gemeldet hatten, aber nunmehr wieder nach Stuttgart oder anderweitig versetzt worden sind.

Das Wohnungsamt ist zur Zeit mit der Feststellung der weiteren Frage befaßt, inwieweit bei der Zuteilung von Wohnungen an die einzelnen Wohnungssuchenden Raum frei würde, in den andere Wohnungssuchende eingewiesen werden könnten. Über das Ergebnis dieser Erhebungen werde ich Ihnen noch berichten. Schon jetzt läßt sich aber feststellen, daß nur etwa ein Drittel der Wohnungssuchenden auf diese Weise untergebracht werden könnte, daß also für etwa zwei Drittel der Wohnungssuchenden tatsächlich neuer Wohnraum geschaffen werden müßte, das sind insgesamt rund 1500 Wohnungen. In allen übrigen Fällen tritt der bekannte „Schwund“ an Wohnraum ein, d. h. wenn irgendwelcher Wohnraum durch anderweitige Unterbringung frei wird, so wird dieser freier werdende Wohnraum dringend benötigt, um die Wohnverhältnisse der verbleibenden Familien aufzulockern. Das ist nicht verwunderlich, wenn man weiß, in wie vielen Fällen beispielsweise erwachsene Söhne und Töchter in die — häufig schon beengte — Wohnung der Eltern hineingeheiratet haben oder der Familie nahestehende Angehörige aufgenommen worden sind.

Der Grund für dieses Mißverhältnis zwischen Wohnungsneubau und Anwachsen der Wohnungssuchenden liegt vor allem in dem starken Zuzug, den die Stadt Tübingen in den Jahren seit 1939 erfahren hat. Damals umfaßte die Zivilbevölkerung etwa 28 500 Personen. Heute sind es einschließlich der französischen Zivilbevölkerung, die ja den alten und den neu gebauten Wohnraum mit der deutschen Bevölkerung teilt, etwa 43 500 Personen. Gegenüber 1939 ist also die Einwohnerzahl gerade um die Hälfte gestiegen. Unter dem Zuwachs sind neben der französischen Zivilbevölkerung fast 7000 Personen, die aus den verlorenen Ostgebieten und aus der Sowjetzone zugewandert sind, ferner die Vermehrung der Zahl der Studenten gegenüber dem Friedensstand, außerdem eine erhebliche Zahl von Evakuierten und Ausgebombten aus anderen Städten, dazu natürlich auch die Angehörigen der in Tübingen nach dem Krieg untergebrachten staatlichen Ämter.

Auf das Jahr 1939 müssen wir bei diesem Vergleich zwischen Bevölkerungsbewegung und Zuwachs an Wohnungen deshalb zurückgreifen, weil bekanntlich während des Krieges so gut wie kein neuer Wohnraum entstanden ist, im Gegenteil 48 Wohngebäude durch Kriegseinwirkungen zerstört worden sind.

Die ansteigende Tendenz der Bevölkerungsziffer dürfte noch nicht die oberste Grenze erreicht haben. Auf der einen Seite ist bereits bestimmt, daß in den kommenden Jahren weitere Heimatvertriebene nach Baden-Württemberg und damit auch nach Tübingen umgesiedelt werden. Dazu wird bei der heutigen weltpolitischen Lage noch ein Zuzug von weiteren Ostzonenflüchtlingen kommen, von denen auch eine bestimmte Zahl unserer Stadt zur Aufnahme zugewiesen wird. Außerdem ist aber mit einem weiteren Zuzug von Arbeitskräften nach Tübingen zu rechnen. Wir dürfen nicht vergessen, daß etwa 4000 gewerbliche Arbeitskräfte täglich von auswärtigen Gemeinden nach Tübingen hereinpendlern und daß von ihnen ein namhafter Teil danach strebt, sich sobald als möglich in Tübingen sesshaft zu machen.

Falls es uns gelingt, weitere Industrie in Tübingen ansässig zu machen, wird auch die Notwendigkeit auftreten, unter diesem Gesichtspunkt weiteren Arbeitskräften solcher neuen Betriebe Wohnraum zu verschaffen. Da wir auf eine Steigerung unserer Gewerbesteuererinnahmen angewiesen sind, so können wir uns trotz der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wohnraumversorgung der Aufgabe nicht entziehen, weitere Industrie nach Tübingen heranzuziehen.

Dazu kommen die Bemühungen der Stadt, zentrale Behörden des Landes Baden-Württemberg sowie Institute des Bundes und der Max-Planck-Gesellschaft zur Ansiedlung in Tübingen zu veranlassen. Wenn wir uns auch der Grenzen unserer wirtschaftlichen und unserer raummäßigen Möglichkeiten bewußt sind, so müssen wir doch auf die Ansiedlung solcher Behörden und Institute großen Wert legen, damit das wirtschaftliche und kulturelle Leben in Tübingen den Stand behält, den es in den letzten Jahren durch das Vorhandensein der Landesregierung von Württemberg-Hohenzollern eingenommen hat. Auch darf die Universität Tübingen im Wettbewerb mit den anderen deutschen Universitäten nicht zurückfallen. Sie muß vielmehr am Aufstieg der gesamten wissenschaftlichen Forschung gebührend Anteil nehmen können und dabei die volle Unterstützung der Stadt auf dem Gebiet der Wohnraumbeschaffung finden.

2. Die Gemeindewohnungsbehörde hat im Jahr 1952 704 Wohnungen und Teilwohnungen vergeben. Diese verteilen sich auf die einzelnen Personengruppen wie folgt:

	Erstmalige Belegung von Neubauten	Belegung von früher vorhandenen Wohnungen	Summe
Spätheimkehrer } Dringl.	4	33	37
Pol. Verfolgte } Stufe I	—	1	1
Heimatvertriebene	90	36	126
Besatzungsverdrängte	43	20	63
Universitätsangehörige	5	36	41
Schlüsselkräfte der Industrie	3	6	9
Räumungsschuldner	20	20	40
Sofortfälle	—	10	10
Dringlichkeitsstufe II	33	45	78
Dringlichkeitsstufe III	44	248	292
Sonstige	—	7	7
zusammen:	242	462	704

In der Dringlichkeitsstufe III konnten wir außerhalb der normalen Wartezeit auch eine Anzahl von jungen Tübinger Ehepaaren berücksichtigen, die bisher besonders beengt wohnen mußten.

Von den durch die Gemeindewohnungsbehörde vergebenen 704 Wohnungen und Teilwohnungen entfallen auf

	Neubauten	vorhandene Wohnungen	Summe
Tübingen-Stadt	239	363	602
Tübingen-Derendingen	—	26	26
Tübingen-Lustnau	3	73	76
zusammen:	242	462	704

Zur vordringlichen Erledigung stehen bei der Gemeindewohnungsbehörde noch heran:

Politisch Verfolgte	10 Parteien
Spätheimkehrer	108 Parteien
Soz. dringliche Fälle	111 Parteien
zusammen:	229 Parteien

Weiter sind noch vorhanden:

Räumungsurteile und Vergleiche	58 Parteien
Unterzubringende Univ.-Angehör.	54 Parteien
zusammen:	112 Parteien

3. Wie bereits angedeutet, ist die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Tübingen weitgehend bedingt durch die Aufnahme von Umsiedlern und von Ostzonen-Flüchtlingen. Die Gemeindewohnungsbehörde meldet, daß bis zum 1. November 1952 4271 Heimatvertriebene in Tübingen Aufnahme gefunden haben, dazu 2507 Ostzonen-Flüchtlinge und nicht offiziell anerkannte Heimatvertriebene, insgesamt 6778 Personen.

Allein für die Unterbringung dieser Heimatvertriebenen und Ostzonen-Flüchtlinge wäre der Wohnraum erforderlich gewesen, der insgesamt von deutscher und französischer Seite in der Nachkriegszeit in Tübingen neu gebaut worden ist. Tatsächlich war es notwendig, zur Unterbringung dieser Heimatvertriebenen und Ostzonen-Flüchtlinge die an sich schon beengt wohnende einheimische Bevölkerung in ihren Wohnraumansprüchen weiterhin einzuschränken.

Im Rahmen der Umsiedlungsaktion des Jahres 1950 hat die Stadt Tübingen 851 Umsiedler aufgenommen. Davon wurden die letzten 8 Familien aus dem Kreisdurchgangslager Bad Niedernau am 15. Juli 1952 übernommen. Um dieselbe Zeit konnte dann das Kreisdurchgangslager Bad Niedernau aufgegeben werden. Für Tübingen ist nunmehr das Durchgangslager des Landes in Hechingen zuständig. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß es der Umsiedlungsverwaltung des Landes endlich gelungen ist, zu erreichen, daß die Umsiedlertransporte grundsätzlich erst bei Fertigstellung einer bestimmten Zahl von Wohnungen aus den Abgabeländern abgerufen werden. So können die Umsiedler meist schon nach kurzer Zeit die für sie bereitgestellten Wohnungen beziehen, während sie früher ohne Rücksicht auf die Bereitstellung von Wohnraum durch die Abgabeländer in Marsch gesetzt wurden und dementsprechend monatelang in den Lagern auf die Fertigstellung oder sonstige Bereitstellung von Wohnraum warten mußten.

Das Aufnahmesoll bei der Umsiedlungsaktion des Jahres 1951 für das Stadtgebiet Tübingen betrug 436 Personen. Aufgenommen wurden 387 Heimatvertriebene. Die Gemeindewohnungsbehörde rechnet damit, die restlichen 49 Personen bis zum Sommer 1953 unterbringen zu können, wenn die Flüchtlingswohnungen des Bauprogramms 1952 auf dem „Sand“ fertiggestellt sein werden.

Die Stadt Tübingen muß, wie erwähnt, auch für die Zukunft mit der Aufnahme von weiteren Heimatvertriebenen und Ostzonen-Flüchtlingen rechnen.

4. Auf dem Gebiet der von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Wohnungen und Einzelzimmer hat das Jahr 1952 eine merkliche Entlastung gebracht, vor allem durch den Umzug von Besatzungsangehörigen in die Neubauten der Besatzungsmacht an der Stuttgarter, Hechinger, Vischer- und Huberstraße.

Das ergibt sich aus folgender Übersicht:

	Beschlagnahmte Wohnungen	Beschlagnahmte Einzelzimmer
1. 10. 1947	585	469
1. 12. 1951	421	197
1. 12. 1952	283	140

Allerdings stehen 196 Neubauwohnungen der Franzosen nur 138 freigegebene Altwohnungen und 57 Einzelzimmer gegenüber.

Wir stehen zur Zeit mit der französischen Besatzungsmacht, wie bereits angedeutet wurde, in Verhandlungen über weiteren Wohnungsbau im Jahr 1953, der zur Unterbringung von Besatzungsangehörigen dienen soll. Wir hoffen, daß dadurch im kommenden Jahr die Freigabe weiterer beschlagnahmter Wohnungen erreicht werden kann.

5. Die Arbeit der Gemeindewohnungsbehörde wird immer schwieriger, nicht nur wegen der wachsenden Zahl der Wohnungssuchenden, sondern auch wegen der ständig zunehmenden verwaltungsrechtlichen Anforderungen, die in formeller und in sachlicher Hinsicht an die Verfügungen der Gemeindewohnungsbehörde, an die Beschlüsse des Wohnungsausschusses und an die Einspruchsentscheidungen der Wohnungsabteilung gestellt werden.

Es ist außerordentlich schwierig, die Notwendigkeit der Unterbringung so vieler Wohnungssuchender, dazu die gesetzliche Verpflichtung, hohe Zahlen von Heimatvertriebenen und Ostzonen-Flüchtlingen in unserer Stadt mit Wohnraum zu versorgen, in Einklang zu bringen mit einem peniblen, durch eine Reihe von Instanzen laufenden Verfahren über die Erfassung und Belegung von Wohnraum. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist daher verständlich, daß es immer mehr Mühe macht, für das Wohnungsamt hinreichend qualifizierte Personen zu gewinnen und auf einige Dauer zu halten.

IV. Sozialleistungen

1. Das Fürsorgewesen hielt sich auch im vergangenen Jahr in einem normalen Rahmen.

a) Die Arbeit war im wesentlichen bestimmt durch besondere Betreuung der Jugendlichen zum Zwecke ihrer Erziehung und Erwerbsbefähigung. An zahlreiche Kinder von Schwerkriegsbeschädigten oder Gefallenen konnten Erziehungsbeihilfen auf Grund der Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes gewährt werden. Daneben wurden auch in einigen Fällen in Durchführung des Bundesjugendplans Beihilfen zur Schul- und Berufsausbildung Jugendlicher bewilligt.

b) Besondere Aufgaben brachte die Betreuung der neu umgesiedelten Heimatvertriebenen. Die zum Teil kinderreichen Familien kamen nur mit ganz wenig Hausrat an. Sie mußten durch Gewährung von größeren Darlehensbeträgen in den Stand gesetzt werden, die notwendigsten Ausstattungsgegenstände für die zugewiesene Wohnung zu erwerben.

c) Von der Möglichkeit der Gewährung von Darlehen an versorgungsberechtigte Personen durch die Landeswohlfabrtskasse wurde reger Gebrauch gemacht; es wurden 46 Darlehen mit einem Gesamtbetrag von 41 735 DM vermittelt.

d) Das Wandererwesen hat uns auch im vergangenen Jahr manches Problem gebracht. Da die Volksküche, in der bisher die Wanderer gepflegt wurden, am 1. August 1952 geschlossen worden ist, werden die Wanderer seitdem der „Herberge zur Heimat“ zur Verpflegung zugewiesen.

e) Auf Grund von Anordnungen des Bundes und des Landes Baden-Württemberg war es noch vor Weihnachten möglich, den Hilfsbedürftigen zu Weihnachten 1952 Weihnachtsbeihilfen in größerem Umfang als bisher zu bewilligen und auszubahlen.

f) Folgende Zahlen mögen den Umfang der Sozialleistungen der Stadt aufzeigen:

Fürsorgeart	Laufend und einmalig Unterstützte		Gesamt- aufwand DM
	Parteien	Personen	
Heimatvertriebene	348	695	87 730.38
Evakuierte	58	89	36 708.45
Zugewanderte mit Aufent- haltsgenehmigung	86	110	32 229.09
Zugewanderte ohne Aufent- haltsgenehmigung	29	35	9 211.03
Ausländer und Staatenlose	31	38	11 606.47
Angehörige von Kriegsgefange- nen und Vermissten	21	31	3 735.47
Kriegsbeschädigte, Kriegs- hinterbliebene	196	380	35 647.81
Sozialrentner	182	207	108 755.27
Kleinrentner	21	21	12 950.68
Minderjährige	59	62	27 256.55
Allgemeine Fürsorge	350	687	145 135.75
Tbc-Hilfe	129	145	55 275.45
Fürsorge für Geschlechts- kranke	8	8	3 921.25
insgesamt:	1 518	2 508	570 163.65
		(im Vorjahr 465 564.—)	

Außerdem wurden 2898 Wanderer (im Vorjahr 2020) betreut und insgesamt 767 (im Vorjahr 915) Anträge der Tübinger Kliniken auf Übernahme der Behandlungskosten bearbeitet. An Weihnachtsbeihilfen wurden an 800 Parteien rund 35 000.— DM ausbezahlt.

2. Das *Tübinger Hilfswerk* hat im Rahmen der von ihm übernommenen Aufgaben auf dem Gebiet der freien Wohlfahrtspflege bei wesentlicher finanzieller Unterstützung der Stadt, aber auch durch wiederauflebende Spenden von Privatpersonen, vor allem aus Kreisen des Tübinger Einzelhandels, dem auch an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt sei, manche Notlage lindern können. Es hat seine Aufgabe wie bisher darin gesehen, die Kreise zu bedenken, die durch die engen Vorschriften der öffentlichen Fürsorge nicht erfaßt werden konnten. Außerdem hat das Hilfswerk im Auftrag der Stadtverwaltung an minderbemittelte Personen zum Ausgleich der durch die Gas- und Stromtariferhöhungen eingetretenen Mehrbelastungen insgesamt 15 635.— DM ausgezahlt.

In diesem Zusammenhang mag auch der Liebestätigkeit der *Unicef* gedacht werden, die der Stadt Tübingen einen Posten neuer Kleidungsstücke zugewiesen hat. Es muß hier aber auch dankend der segensreichen Tätigkeit der *caritativen Verbände*, insbesondere des Evang. Hilfswerks, des Caritasverbands, des Deutschen Roten Kreuzes, der Arbeiterwohlfahrt und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes — letzterer durch die Heilsarmee vertreten — gedacht werden.

3. Die Sorge um die *Kriegsgefangenen und Vermissten* ist ein besonderes Anliegen der Stadt. Die uns namentlich bekannten 28 Kriegsgefangenen aus Tübingen, die immer noch in fremden Ländern festgehalten sind, erhalten auf Kosten der Stadt durch Vermittlung des hiesigen Roten Kreuzes jeden zweiten Monat gut ausgestattete Pakete zugesandt. Im vergangenen Jahr ist aus Kriegsgefangenschaft leider nur ein Spätheimkehrer in unsere Stadt zurückgekehrt. Das Schicksal von 681 Vermissten ist leider nach wie vor unbekannt.

4. Die *Unterbringungsmöglichkeiten* für unsere Alten sind durch die Inbetriebnahme eines neuen großen Heimbaus, des „Birkenhauses“ im Bereich des Pauline-Krone-Heims, aus-
geweitet worden, das 50 Zimmer umfaßt. Dadurch verfügt die Stadt in ihren beiden eigenen Heimen über insgesamt 225

Plätze. Der dringendste Bedarf an Altersheimplätzen ist damit in Tübingen augenblicklich annähernd gedeckt. Als wichtigstes Anliegen liegt auf diesem Gebiete vor uns die Erstellung eines *Pflege-Heims* für die Unterbringung von pflegebedürftigen Personen, vor allem aus dem Kreis unserer betagten Bürgerinnen und Bürger. Aus finanziellen Gründen werden wir aber einen solchen Neubau noch einige Jahre zurückstellen müssen.

5. Das *Städt. Ausgleichsamt*, das am 1. September 1952 die Geschäfte des seitherigen Soforthilfeamts übernommen hat, hat die Aufgabe, die Ansprüche der Geschädigten unserer Stadt auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes festzustellen und sie zu entschädigen. Seine Tätigkeit mußte sich im vergangenen Jahr zunächst darauf beschränken, die bisherigen Leistungen des Soforthilfeamts weiterzuführen und die erweiterten Leistungen des Lastenausgleichsgesetzes organisatorisch vorzubereiten. So wurden vor Jahresschluß durch dieses Amt rund 3000 Anträge auf Feststellung von Schäden ausgegeben und teilweise schon wieder entgegengenommen. Außerdem mußten in wenigen Wochen 280 Anträge auf Gewährung von Kriegsschadenrente entgegengenommen werden. Gleichzeitig hat das Amt die ersten Anträge auf Gewährung von Hausratsentschädigung bearbeitet. Die Einrichtung des Ausgleichsamts nach dem Lastenausgleichsgesetz wird der Stadtverwaltung eine Mehrbelastung bringen, da sie voraussichtlich 50 % des Sach- und Personalaufwands des Ausgleichsamts endgültig selbst tragen muß. In diesem Zusammenhang ist interessant, die Leistungen auf Grund des Soforthilfegesetzes und des Lastenausgleichsgesetzes seit 1. September 1949 festzuhalten:

Leistungsart	1952 allein	Zahl der Fälle seit 1. 4. 49	allein 1952 DM	Aufwand seit 1. 4. 49 DM
Unterhaltshilfe	37	813	310 711.—	914 156.—
Unterhaltszuschüsse	2	25	5 117.—	47 212.—
Hausrathilfen (1. u. 2. Hausrathilfe)	140	3 817	29 700.—	513 190.—
Ausbildungshilfen einschl. Studenten	653	2 506	332 200.—	971 190.—
zusammen:	832	7 161	677 728.—	2 445 748.—

Außerdem wurden Existenzaufbaudarlehen
beantragt: 52 140 415 000.— 1 115 000.—
bewilligt: 24 90 128 800.— 406 660.—

6. Das Statistische Landesamt in Tübingen hat dieser Tage darauf hingewiesen, daß in unserem Land die Zahl der Rentempfänger laufend im Steigen begriffen ist und daß diese Entwicklung keineswegs nur auf den Zugang von Heimatvertriebenen und Ostzonenflüchtlingen zurückzuführen ist. Neben Heimatvertriebenen und Ostzonenflüchtlingen, die neu in Betreuung gekommen sind, handelt es sich vor allem um einen Zugang an Invalidenrentnern und Empfängern von Renten aus der Angestelltenversicherung. In Tübingen hat der Personenkreis, der Pensionen, Renten oder sonstige Zuwendungen erhält, einen bisher nicht zu verzeichnenden Höchststand erreicht, da nunmehr bald jeder Dritte unterstützt wird. Die zunehmende Überalterung unserer Bevölkerung wirkt sich begreiflicherweise in einer raschen Zunahme des Personenkreises aus, der nicht mehr arbeiten kann.

7. Für die Pflege von kranken Personen unterhält die Stadt die *Gemeindekrankenpflagestationen* in Lustnau und Derendingen (3 Schwestern). Außerdem unterstützt sie mit einem wesentlichen Betrag den in Tübingen-Stadt vorhandenen Krankenpflegeverein.

8. Die *Schulgesundheitspflege* wird in Tübingen durch das Gesundheitsamt eifrig betrieben. Die Stadt stellte hierfür Räume zur Verfügung. Erfreulich ist, daß bei uns durch gute Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und mit der Allgem. Ortskrankenkasse auch schon eine rege schulärztliche Untersuchung und Überprüfung der Befunde vorgenommen werden konnte. Die bei den Schüleruntersuchungen festgestellten Mängel werden in besonders schwierigen Fällen durch kostenlosen Gymnastikunterricht zu beseitigen oder zu mildern versucht. Es sind hierbei bereits gute Erfahrungen gemacht worden, die es zweckmäßig erscheinen lassen, dieses Gebiet nach Möglichkeit noch auszubauen.

9. Die *Schulspeisung* ist ab 1. Oktober für besonders bedürftige Kinder in beschränktem Umfang wieder aufgenommen worden, nachdem durch Bereitstellung von Mitteln des Bundes und des Landes der finanzielle Unterbau gegeben war.

10. Die Stadt unterhält weiterhin ihre vier *Kindergärten*, die zur Zeit von rund 450 Kindern besucht werden. Daneben unterstützt sie die in Tübingen vorhandenen konfessionellen Kindergärten. Die vom Hochbauamt in Angriff genommene Planung eines neuen Kindergartens beim Stadtfriedhof — als Ersatz für den weggefallenen Frondsbergkindergarten — mußte leider aufgegeben werden, da die Verwendung des Geländes für diese Zwecke voraussichtlich nicht möglich ist; statt dessen arbeitet das Hochbauamt zur Zeit an der Planung eines neuen Kindergartens im Gebiet des Frondsbergs, der so rasch als möglich erstellt werden soll. Bei der Planung der künftigen Baugebiete nimmt die Stadtplanung schon von vornherein Rücksicht auf die Notwendigkeit, dort einmal weitere Kindergärten zu errichten. So plant die evangelische Kirche im Bereich des Denzenbergs einen eigenen Kindergarten.

11. Das rege Wirtschaftsleben unserer Stadt spiegelt sich auch in der wachsenden Tätigkeit der *Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung* wieder. Viele Versicherungsverhältnisse sind entweder durch freiwillige Beiträge oder durch Wiederaufnahme von Arbeit erneuert worden. Im einzelnen zeigt sich die Tätigkeit dieser Behörde in folgenden Zahlen:

	1952	(1951)
Aufgerechnete und neue Versicherungskarten für Angestellte und Arbeiter	5 136	5 343
Renten- und Heilverfahrensanträge	254	285
Unfalluntersuchungen	312	204

Daneben wurde noch eine sehr große, im einzelnen nicht feststellbare Zahl von Auskünften in Versicherungsangelegenheiten erteilt.

12. Auch der Arbeit des *Jugendsozialwerks* widmet die Stadt ständig ihre besondere Aufmerksamkeit. In dem neugebauten Jugendheim in der Eugenstraße wird nicht nur geflüchtete Jugend aus dem deutschen Osten untergebracht und für einen



Birkenhaus des Pauline-Krone-Heims

neuen Lebensberuf mit Erfolg umgeschult; vielmehr wird neuerdings auch der erfolgreiche Versuch unternommen, diese jungen Menschen mit jungen Studenten unter einem Dach zu vereinen und dadurch zu einem Ausgleich der sozialen und geistigen Interessen zu führen.

C. Kulturelle Entwicklung

I. Die *Universität Tübingen* konnte in diesem Jahr auf ihr 475jähriges Bestehen zurückblicken. Wenn auch zu diesem Zeitpunkt keine größeren Feiern durchgeführt wurden, so hat die Stadtverwaltung doch dieses Jubiläums durch die Bereitstellung eines Betrags von 25 000.— DM für ein Studentenheim der Universität besonders gedacht. Gleichzeitig brachte sie aus diesem Anlaß eine Sondernummer der Zeitschrift „Württembergischer Land“ heraus, die reich bebildert in verschiedenen Aufsätzen auf die geschichtliche Situation der Universität und auf die kulturelle Entwicklung der Stadt hinweist. Sie wurde an viele Freunde unserer Stadt im In- und Ausland versandt. Aus zahlreichen Dankschreiben konnten wir entnehmen, wie sehr sie die Verbundenheit mit Tübingen und seiner ALMA MATER erneuert hat.

Die Vereinigung der Freunde der Universität gedachte in einer gutbesuchten Sondersitzung der Universitätsgründung vor 475 Jahren.

Von Berufungen an die Universität nennen wir das Hinzu-
kommen der Professoren *Gerstenberg, Harms* und *Spangenberg*. Unser Gemeinderatsmitglied Professor Dr. *Stock* nahm seinen Abschied als Direktor der Universitätsaugenklinik; ebenso trat Prof. Dr. *Spranger* anlässlich seines 70. Geburtstages in den wohlverdienten Ruhestand.

Der Andrang an Studenten blieb weiterhin in gleicher Höhe wie im Vorjahr, so daß der numerus clausus aufrechterhalten werden mußte.

Die Bautätigkeit der Universität kam besonders zum Ausdruck anlässlich des Richtfestes des Chemisch-Pharmazeutischen Insti-

tuts und des Faserforschungsinstituts an der Wilhelmstraße sowie des Wettbewerbs zum Neubau der Medizinischen Klinik auf dem Schnarrenberg.

Mehrere Tagungen fanden innerhalb der Universität bzw. im Zusammenhang mit ihr statt. Wir nennen davon:

die Tagung der Rektoren der deutschen Universitäten, die Tagung des Deutschen Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts, den Ärztetag Baden-Württemberg, die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Elektronenmikroskopie, einen Kurs schwedischer Studenten, einen Internationalen Kurs für Nervenärzte, sowie zum viertenmal einen Hochschulkurs für ausländische Germanisten, durch welchen der Ruf von Tübingen Jahr für Jahr in vielen Ländern verbreitet wird.

Zahlreiche akademische Verbindungen führten in den Sommermonaten ihre Verbindungsfeste durch.

II. Über die *kulturellen Veranstaltungen* des Jahres 1952 ist folgendes zu berichten:

1. Einen großen Beitrag zum Kulturleben leistet das *Landestheater* Württemberg-Hohenzollern. Die Besuchergemeinde hat sich weiter vergrößert. Allein der Volksbühnenverband Tübingen hat seine Mitgliederzahl auf 450 Personen erhöhen können. Die erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Theaters zeigt sich in der Zunahme der Besucherzahlen, welche sich in der Spielzeit 1951/52 auf über 118 000 (i. V. 90 000) erhöht hat. Es fanden 228 Vorstellungen statt (i. V. 257). In der Spielzeit 1951/52 erbrachten die höchsten Aufführungszahlen:

Zuckmayer: „Der Hauptmann von Köpenick“
(35 Aufführungen einschließlich der Gastspielorte),
„Wilhelm Tell“ (31 Aufführungen),
Gerhart Hauptmann „Der Biberpelz“,
Miller „Der Tod des Handlungsreisenden“,
Spoerl „Der Maulkorb“.

Die Spielzeit 1952/53 wurde mit Schillers „Piccolomini“ und „Wallensteins Tod“ eröffnet. Es folgte das vortrefflich gespielte Stück von Zuckmayer „Katharina Knie“ und von Tennessee Williams „Die tätowierte Rose“.

Von Gastspielen seien hervorgehoben: Aufführungen des Theaters der Stadt Baden-Baden mit einem Werk von Eliot, der Ulmer Bühne mit einem Stück von Shaw und Operettenaufführungen.

Wir wollen hoffen, daß das Landestheater Württemberg-Hohenzollern Tübingen auch in Zukunft erhalten bleibt und von hier aus seine intensive Bespielung des Landes fortsetzen kann. Entsprechende Förderungsmaßnahmen sind im Beirat des Landestheaters besprochen worden.

Beiträge zum Theaterleben erbrachten französische Gastspiele, Lesungen des Amerikahauses und Aufführungen der Studio-bühne der Studentenschaft.

2. Das vielfältige *Musikleben* brachte wieder eine Fülle von Veranstaltungen. Entsprechend den Leitsätzen des Deutschen Städtetages, welche dazu auffordern, „der zeitgenössischen Musik stärkere Aufmerksamkeit zu schenken“, seien die unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier stehenden erstmaligen „Tübinger Musiktage“ besonders hervorgehoben. Diese Musiktage brachten einen Querschnitt der Schöpfungen zeitgenössischer Tonkunst aus Baden-Württemberg und den angrenzenden Ländern. Die Kultministerien in Tübingen und Stuttgart verliehen durch ihre Mitwirkung

der Veranstaltung ein hohes Niveau. Mit diesen Musiktagen wurde eine Lücke im Musikleben Südwestdeutschlands geschlossen und zugleich eine Aufgabe übernommen, welche dem kulturellen Zusammenwachsen schöpferischer Kräfte im neugeschaffenen Lande Baden-Württemberg dienlich ist. Die „Tübinger Blätter“ sind in ihrem diesjährigen Heft auf die „Tübinger Musiktage“ des näheren eingegangen.

Das „Schwäbische Symphonieorchester Reutlingen“ gastierte in Tübingen mehrfach mit gutem Erfolg und unter Hinzuziehung bester Solisten wie Tibor Varga und Denes Zsigmondy. Der „Tübinger Kantatenchor“ veranstaltete drei Konzerte: die Matthäuspassion, das Eröffnungskonzert der Tübinger Musiktage und zu Ende des Jahres das Weihnachtsoratorium von Joh. Sebastian Bach.

Besonders erwähnenswert sind das Symphoniekonzert des Bayerischen Rundfunk-Symphonieorchesters unter Eugen Jochum, Konzerte der Stuttgarter Philharmoniker und das Auftreten der Wiener Sängerknaben.

Die Kammermusik wurde besonders gepflegt durch die Abende des Tübinger Streichquartetts unter Konzertmeister E. Klemm, dessen Aufführungen im Kreuzgang des Bebenhäuser Klosters schon Tradition geworden sind.

Wir nennen des weiteren das Auftreten von Professor Rehberg und der Sänger Professor Achenbach und Professor Scheidl. Auch das „Centre d'Etudes“ und das „Amerikahaus“ nahmen mit konzertanten Darbietungen teil.

Die Gesangvereine wirkten wieder an zahlreichen Veranstaltungen mit, so an den „Tübinger Musiktagen“, am Volkstrauertag bei der Einweihung des Gedächtnismals auf dem Bergfriedhof, am Tag der Treue und anlässlich der Beisetzung von Bundesminister Eberhard Wildermuth. Viele Sänger nahmen am Bundessängerfest in Aalen teil und errangen dort erfreuliche Anerkennung. Stadtrat Bühler gedachte in einer Gedenkfeier des Altmeisters Silcher. Zahlreiche auswärtige Sänger konnten auf dem Marktplatz begrüßt werden, so aus Finnland und aus Frankreich. Die Singschule von Musikdirektor Gerbert trat mit mehreren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit und zeigte anregende Ausschnitte aus ihrer Aufbauarbeit.

3. Obgleich ein neuzeitlicher und günstig gelegener Ausstellungsraum in Tübingen immer noch fehlt, konnten verschiedene *Kunstaustellungen* durchgeführt werden, so die Ausstellung „Kunst in Württemberg“ des Verbandes der Bildenden Künstler und „Malerei und Plastik aus Württemberg-Hohenzollern“ mit Erwerbungen des Kultministeriums in Tübingen. Die moderne Gruppe der „Ellipse“ zeigte kleine Ausstellungen wie „Reiz der Skizze“ und „Vom Entwurf zum Bildwerk“. Auch das Studentenstudio für bildende Kunst erbrachte wertvolle Beiträge.

4. Es würde zu weit führen, wollte man an dieser Stelle auf das *Vortragswesen* in Tübingen des näheren eingehen. Sehr viele Stellen bemühen sich um ein reichhaltiges Programm auf diesem Gebiet. Neben dem Büro für Heimatdienst ist hier das *Centre d'Etudes Françaises* mit einer ansehnlichen Mitgliederzahl zu nennen, ferner die in diesem Jahr erfolgte Einrichtung des *Amerikahauses* in Tübingen, das neuerdings im I. Stock der Karlstraße 3 seine Einrichtungen erweitern wird. Der Leiter, Vizekonsul Schmertz, hat über dessen Aufbau in den „Tübinger Blättern“ nähere Ausführungen gemacht, so daß wir hierauf verweisen können.

5. Die vom Städtetag angeregte Betreuung der Arbeitsgebiete *Film und Rundfunk* wurde ebenfalls neu aufgenommen durch

die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für Film, Funk und Fernsehen im Dienst der Kultur“.

Das Jahr erbrachte auch die Errichtung eines vierten Kinos am Haagtor und eines fünften in Lustnau.

6. Die *Volkshochschule Tübingen* führte 135 Kurse mit 1582 Hörern durch. Sie brachte des Weiteren 64 Einzelveranstaltungen mit 2478 Hörern. 87 Lehrkräfte (davon 61 männliche und 26 weibliche) waren tätig. 71 % der Hörer waren Frauen. Die meisten Hörer befinden sich im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Die Berufsgruppe „Angestellte und Beamte“ ist am stärksten vertreten. Danach folgen die Gruppen Hausfrauen, Arbeiter, Schüler, Studenten und Lehrlinge.

7. Auch auf dem Gebiet der *Heimat- und Kameradschaftspflege* kann eine Reihe von Veranstaltungen und anderen Ereignissen erwähnt werden. Wir nennen u. a. das Wiedererstehen der Schützengesellschaft, die Übergabe einer neuen Standarte von Herzog Philipp von Württemberg an die Stadtgarde zu Pferd, die Jubiläumsfeier des Gymnasiums, sodann die Veranstaltung für kulturelle Hilfe für die Sowjetzone, die Kriegsgefangenengedenkwoche und das von etwa 7000 Teilnehmern besuchte eindrucksvolle Treffen der Kameraden der 78. Sturmdivision.

8. An *Ausstellungen* seien hervorgehoben die eindrucksvolle Blumen- und Gemüseschau der Gärtnereivereinigung, der wohlgelungene Landesobstbautag in Anwesenheit des Landwirtschaftsministers Herrmann und die große Ausstellung „Stadt und Land — Hand in Hand“ mit über 60 000 Besuchern.

9. Der *Bürger- und Verkehrsverein* bemühte sich, das Interesse der Bevölkerung am gemeindlichen Leben wach zu erhalten, und brachte Diskussionsabende über Schulfragen und über Probleme des Einzelhandels sowie Diskussionen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Auch der *Schutzbund für Staatsbürgerrechte* veranstaltete ein gut besuchtes Forum zur Erörterung gemeindlicher Angelegenheiten.

10. Einem vielseitigen Wunsch entsprechend erschienen in die-

sem Jahr die „Tübinger Blätter“ in einer viele Kreise ansprechenden und gepflegten Aufmachung. Damit kommt diese wichtige Jahresschrift einem allgemeinen Bedürfnis nach Verstärkung der Heimatpflege, Vertiefung der Heimatverbundenheit und der Erhellung geschichtlicher Zusammenhänge nach.

Das *Studio des Südwestfunks* und die ansässige *Presse* bemühen sich tatkräftig um Schilderung des kommunalen Kulturgeschehens; dafür sei ihnen auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

III. 1. Von *sonstigen Veranstaltungen des Jahres 1952* erwähne ich die *Tagung der Arbeitsminister* in Tübingen am 4./5. April 1952 unter Vorsitz des Bundesarbeitsministers Storch, bei der Tübingen seine Bewerbung um den künftigen Sitz des Bundesarbeitsgerichts vortragen konnte;

2. die *Gesamttagung der Vereinigung Kommunalen Arbeitgeberverbände* am 30. Mai 1952;

3. die *Präsidialsitzung des Deutschen Gemeindetags* am 27. Juni 1952, bei der wichtige Anregungen für die deutsche Gemeindeverfassung beraten wurden;

4. den *Besuch franz. Bürgermeister* am 6. September 1952, dem sich ein Treffen deutscher und französischer Bürgermeister in Innsbruck und Macon anschloß;

5. die *Tagung des Finanzausschusses des Deutschen Städtetags* am 10./11. Oktober 1952;

6. die *Arbeitstagung der Westdeutschen Tierärztekammern* am 28. November 1952, welche mit dem Besuch von Vertretern des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und Ministerialdirektor Dr. Tittmann verbunden war, sowie mit dem Besuch des neuen französischen Generalkonsuls in Stuttgart;

7. die Verabschiedung des bisherigen Leiters der Landesdelegation von Württemberg-Hohenzollern, Exzellenz Widmer.

IV. Die Räume der *Stadtbücherei* sind im Laufe des Jahres gründlich gerichtet worden. Das Interesse an der Bücherei steigt ständig und der Wettbewerb der Freihandbücherei des Ameri-



Standartenweihe der Stadtgarde zu Pferd auf dem Marktplatz am 15. Juni 1952
Stifter:
Herzog Philipp Albrecht v. Württemberg

kauses ist ohne Einfluß auf die Entleiherzahlen geblieben. Die Entleihungen stiegen von 13 600 im Vorjahr auf 19 000 Bücher. Dieses Ergebnis ist sowohl der Verdoppelung der Ausleihzeiten als auch der Anschaffungspraxis zu verdanken, welche der Stadtbücherei 300 neue regelmäßige Leser zugeführt hat, so daß die Gesamtzahl an dauernden Entleihern nunmehr bei 800 Personen liegt. Der Bücherbestand vermehrte sich um 900 Bücher schöngeistigen und volksbildnerischen Schrifttums. Gliederung der Leserschaft: Hausfrauen 33%, Jugendliche 18%, akademische Berufe 17%, erwerbstätige Frauen 14%, Gewerbetreibende 13%, Sonstige 5%. Erfreulich ist die erheblich steigende Zahl jugendlicher Entleiher.

Die Durchführung der Neugliederung des Buchbestandes nach Stoffgruppen erleichtert die Verbindung mit einzelnen Interessenten und Berufsgruppen. Die Werbung für die Stadtbücherei wurde betrieben durch Buchausstellungen, regelmäßige Veröffentlichung der Neuerscheinungen, Artikel über die Leserbewegung und Verbindungsaufnahme mit Volkshochschule, Fachschulen, Jugendring usw.

V. Im *Stadtarchiv* und in den *Städt. Sammlungen* ist ebenfalls erhebliche Aufbauarbeit geleistet worden.

1. Der größte Teil der Archivbestände kam zur Aufstellung. Davon wurde eine beträchtliche Zahl geordnet und beschriftet. Zahlreiche gefährdete Archivalien konnten restauriert und gebunden bzw. gesichert werden, desgleichen das Zeitungsarchiv. Das Material des Fotoarchivs wurde um ein Vielfaches erweitert, karteimäßig geordnet und inventarisiert. Dasselbe gilt für die Bestände an Filmen, Platten, Klischees und Diapositiven.

Hiesigen und auswärtigen Forschern wurden laufend Auskünfte archivalischer Natur erteilt.

2. Die Ortschronik für die Jahre 1945 und 1946 wurde von Schriftleiter Werner in langwieriger Arbeit auf Grund zahlreicher persönlicher Rücksprachen fertiggestellt.

3. Die Handbibliotheken von Kulturamt, Städt. Sammlungen und Stadtarchiv sind geordnet, katalogisiert und beschriftet worden. Damit sind wertvolle Bestände städt. Besitzes gesichert worden.

4. Die an vielen Stellen verstreuten Bestände der Städt. Sammlungen wurden einer Bestandsaufnahme unterzogen. Sie mußten vielfach einer Restaurierung zugeführt werden. Neu angelegt wurde eine eingehende Kartei der Sammlungen.

Während in früheren Jahren die Sammeltätigkeit der Stadt Tübingen sich nur auf Zufälligkeiten, gelegentliche Geschenke oder Angebote beschränkte, ist nunmehr eine aktive Sammeltätigkeit eingeleitet worden. Dadurch konnten die Bestände der Städt. Sammlungen ganz erheblich vergrößert und in ihrem Niveau verbessert werden. Von den wichtigsten Neuerwerbungen seien erwähnt: 2 Fähnlein und eine Standarte der Stadtgarde zu Pferd; die Uniform eines Fahnenstreichers; die Originalskulpturen vom inneren Schloßportal (Überführung von Stuttgart); Lithographien und Stiche von Alt-Tübingen; Handwerkszeug des Buchbindermeisters Carl Hirth; Werkzeuge aus der Kuferei Morlock; Gerätschaften der Weingärtner; Stammbaum der Familien Osiander und Gmelin; verschiedene Studentica; Porträtgraphik Tübinger Universitätsprofessoren; Nachlaßmanuskripte von Professor Nägele; historische Marksteine; kleinere Ausgrabungsfunde vom Schloß und von einer römischen Siedlung; Tübinger Originaldrucke vom 16. Jahrhundert an, u. a. Prachtbibel der Gebrüder Cotta von 1730; Erstausgaben von Dichtern, die mit Tübingen besonders ver-

bunden sind (Uhland, Hauff, Hesse u. a.); Manuskripte (Brief von Ottilie Wildermuth).

Die graphische Sammlung wurde erweitert durch Originalwerke von Thoma, Hodler, Slevogt, Barlach, Nolde, Pechstein. Es wurden Werke lebender Tübinger Künstler erworben und ein Bild des in Tübingen geborenen Malers Theodor Werner. Es gelang, durch Abschluß eines Erbvertrags mit dem Kunstmaler Friedrich Schüz einen beachtlichen Bestand an Handzeichnungen und Gemälden seines Vaters Theodor Schüz, des großen Schilderers schwäbischen Volkslebens, für Tübingen zu sichern.

Durch kleine kulturgeschichtliche Sonderausstellungen im Rathaus wurde ein Einblick in die städt. Sammlungsbestände gegeben und zugleich aufgezeigt, in welcher Weise sich das Kulturamt die Gestaltung eines zukünftigen Tübinger Heimatmuseums vorstellt. In diesen Ausstellungen wurden Einblicke in das Tübinger Handwerk gegeben und Tübingen als Druck- und Verlagsort herausgestellt.

5. Auf dem Gebiet der städt. Denkmalpflege wurden einige größere und dringliche Arbeiten durchgeführt.

a) Das war erstens die Restaurierung des alten Karzers in der Münzgasse, welcher erhebliche Schäden erlitten hatte. Die Wandmalereien der beiden tonnengewölbten Räume konnten größtenteils wieder aufgedeckt und gerettet werden. In vorsichtiger Weise wurde denkmalpflegerischen Grundsätzen entsprechend die Restaurierung und Konservierung durchgeführt. Die Malereien aus dem Jahre 1736 geben eine eindringliche Schilderung aus dem Studentenleben dieser Zeit.

b) Als zweite Arbeit wurde die Restaurierung des Amtszimmers des Oberbürgermeisters aufgenommen. Dort wurde unter zahlreichen Putzschichten eine freihändig aufgetragene Deckenstukkatur von 1760 wieder in ihrer ursprünglichen Reinheit der Formen freigelegt. Dem Raum wurde auch in seinen weiteren Teilen das alte Aussehen weitgehend wieder verliehen.

c) Die dritte Aufgabe war die Restaurierung des Vorzimmers des Oberbürgermeisters mit den Gerechtigkeitsdarstellungen von 1596. Dieses einzigartige Dokument aus der Geschichte Alt-Württembergs war ernstlich gefährdet durch Risse und Werfungen und stark nachgedunkelt. In sorgfältiger und mühsamer Arbeit wurde der gesamte Raum unter dauernder Kontrolle restauriert. Der Erfolg dieser Arbeit kann in hohem Maße befriedigen.

Die gut gelungene Restaurierung der genannten drei Räume wurde von dem erfahrenen Restaurator Walter Hammer aus Ulm durchgeführt.

d) Außerhalb der zum städt. Besitz gehörenden Räume hat die Stadtverwaltung sich finanziell beteiligt an Wiederherstellungsarbeiten im Chor und Langhaus der Spitalkirche und an der Freilegung der Fassung der Kanzel in der Stiftskirche.

e) Des Weiteren wurden Vorbereitungsarbeiten eingeleitet zu einer Inventarisierung der Kunst- und Baudenkmäler der Stadt Tübingen. Hierfür wurden eine Reihe von Objekten einer Prüfung unterzogen, Fotoaufnahmen veranlaßt und einige Bauaufnahmen durchgeführt. Es liegen nunmehr neue Bauaufnahmen vor für die Häuser Kirchgasse 2 und 4, Rathausgasse 6, Kronenstraße 10 und Haaggasse 1.

Zur Beschaffung von Kirchenglocken für Derendingen wurde ein Beitrag gegeben.

VI. Die *Leibesübungen* wurden in den verschiedenen Vereinen mit Eifer betrieben. Von Veranstaltungen seien hervorgehoben: Die Deutschen Hochschulmeisterschaften im Geräteturnen; der Schwimmwettkampf Tübingen — Schaffhausen; Turniere der

Blumen- und Gemüseschau
im Rittersaal auf dem Schloß
Juni/Juli 1952



Handballspieler und anderer Vereine; das Internationale Reitturnier mit den Meisterschaften der Hochschulen unter Mitwirkung zahlreicher Bürgerwehren des Landes und der Stadtgarde von Tübingen; das Internationale Tennisturnier; die Einweihung des neugeschaffenen Sportplatzes in Lustnau; der Gauturn- und Sporttag des Achalm-Turngaus in Lustnau; die Deutschen Wasserballmeisterschaften 1952; die 75-Jahrfeier des Rudervereins Fidelia und die Grundsteinlegung des Kneipp-Kurhauses.

Mit den Turn- und Sportvereinen fand im Dezember eine eingehende Aussprache über Art und Ausmaß der städt. Förderung der Leibesübungen statt, welche zu einer vollen Verständigung zwischen Stadt und Vereinen führte.

VII. Der *Tübinger Jugendring* hat auch in diesem Jahr seine Tätigkeit nach Kräften fortgesetzt. Leider ist es immer noch nicht gelungen, das Haus der Jugend dem Besitzer zurückzugeben.

Auch das Jugendherbergswesen leidet Not. In den Sommermonaten konnten keine Vorbestellungen für Unterkünfte angenommen werden, weil die Unterbringungsmöglichkeiten in der behelfsmäßigen Jugendherberge in der Gartenstraße ungenügend sind. Die Übernachtungszahlen an Jugendlichen sind auf Grund dieser Verhältnisse zurückgegangen. — Erfreulicherweise hat der CVJM für seine Jugend ein neues Heim in der Gartenstraße 81 erwerben können; es soll als „Haus der offenen Tür“ auch anderen Jugendverbänden zur Verfügung gestellt werden.

Als fruchtbar erwiesen sich Diskussionsabende von Jugendgruppenleitern der verschiedensten Verbände, welche neu aufgenommen worden sind.

Die Veranstaltung einer „Woche des Berufs“ diente besonders den Jugendlichen.

Um die Geschmacksbildung und die Augenerziehung zu fördern, wurde für die Darbietung von künstlerischen Werken guten Rangs in den Schulen gesorgt. Es wurden dafür dreier-

lei Wege eingeschlagen. Zum ersten wurden kleine Sonderausstellungen von graphischen Blättern namhafter deutscher Künstler in den Schulen gemacht. Zum zweiten werden Ankäufe von Tübinger Künstlern, wiederum ergänzt durch gute deutsche Originalgraphik, als Leihgabe von längerer Dauer an eine Schule gegeben. Sobald eine größere Zahl von Arbeiten im Kulturamt erneut vorliegt, wird dieser Schule der neue Bestand nachgeliefert und der alte Besitz von ihr an die nächste Schule weitergegeben. Dadurch kommt ein dauerndes Fließen guter künstlerischer Arbeiten durch die Schulen in Gang. Zum dritten wurde den Schulen selbst der Erwerb von originalen Arbeiten des 17. bis 20. Jahrhunderts ermöglicht. Durch diese Maßnahmen wird erfolgreich der Schaustellung und Erwerbung der meist unbefriedigenden Reproduktionen in den Schulen Einhalt geboten.

Theateraufführungen und Marionettenspiele und zum Schluß des Jahres eine Nikolausfeier erfreuten unsere Jugend. Auch der Zoologische Garten am Bahnhof wurde gern von ihr besucht. Für die Not heimatloser Haustiere wurden zur Einrichtung eines Tierasyls dem Tierschutzverein Mittel zur Verfügung gestellt.

VIII. Der *Plakatanschlag* lief in den üblichen Geschäftsformen ab. Der Umsatz konnte durch geeignete Werbemaßnahmen gehalten werden.

IX. Auf dem Gebiet des *Fremdenverkehrs* wurde ein weiterer beträchtlicher Fortschritt erzielt. Die Werbung wurde verstärkt durch Nachdruck des farbigen Prospektes und Herausgabe eines Hotelprospektes mit kleinem Stadtplan. Das Verkehrsbüro steht mit 400 Reisebüros im Bundesgebiet in Verbindung und hat über die Zentrale für den Fremdenverkehr 6000 Werbeschriften zur Verteilung im Ausland ausgeliefert. Zahlreiche Firmen wurden aufgefordert, Betriebsausflüge nach Tübingen anzusetzen. Diese Werbung hatte beträchtlichen Erfolg.

Die Vermittlung von Unterküften stützt sich in großem Umfang auf den Nachweis von Privatzimmern. Nur auf diese Weise konnten die Übernachtungsziffern wiederum erhöht werden. Die höchste Zahl an Übernachtungen wurde im August mit 12 866 Bettenbelegungen erreicht (im Vorjahr 5591). Damit ist die Kapazitätsgrenze für Tübingen erreicht.

Neben seinem Auskunftsdienst hat das Verkehrsbüro im August beispielsweise 900 Übernachtungssuchende untergebracht. Den Tübinger Hausfrauen sei für die große Hilfe, die sie dem Fremdenverkehr unserer Stadt leisten, herzlichst gedankt. Besonders stark ist der Ausländerreiseverkehr geworden. Tübingen konnte im September 1952 die Übernachtung von 2614 auslandsfremden Gästen nachweisen. Die Zahl an vorhandenen Hotelbetten liegt zur Zeit bei 270.

Da eine Steigerung der Übernachtungszahlen wegen der unzureichenden Zahl an Betten zur Zeit kaum mehr möglich erscheint, haben sich die Bemühungen der Werbung besonders dem Ausflugs- und Tagesreiseverkehr zugewandt. Besonders kennzeichnend für die erzielten Ergebnisse auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs ist die Gegenüberstellung der Übernachtungszahlen von 1938 mit 36 000 Übernachtungen und der von 1952 mit rund 70 000 Übernachtungen. Das entspricht einer Steigerung von rund 95%.

X. Sonstige besondere Ereignisse

1. Am 9. März 1952 verstarb der in Tübingen ansässige frühere Wirtschaftsminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, Bundesminister Eberhard Wildermuth. Als letzte Ehrung für den hochverdienten ersten Bundesminister für Wohnungsbau fand am 13. März im Beisein von Bundespräsident Heuß, der Mitglieder der Bundesregierung, Vertretern von Bundestag und Bundesrat, Parteifreunden und zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unter stärkster Anteilnahme der Tübinger Bevölkerung ein Staatsbegräbnis auf dem Tübinger Friedhof statt. Wildermuth wurde in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Ehrengrab zur letzten Ruhe gebettet.

2. Zum Gedenken unserer noch immer in *Gefangenschaft* schmachtenden Kameraden fanden auch in Tübingen Kundgebungen statt. Am 21. September versammelten sich die Heimkehrer-Verbände von Nord- und Südwürttemberg zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung in der Aula der Universität, bei der Justizminister Viktor Renner, der neue Vorsitzende des Heimkehrerverbandes und der Oberbürgermeister des harten Loses unserer Kriegsgefangenen und ihrer Angehörigen gedachten. Eine zweite Treuekundgebung von Heimkehrern aus dem Kreis Tübingen fand im Oktober im Rittersaal des Schlosses Hohen-Tübingen statt.

3. Professor Dr. Eduard Spranger und Architekt Professor Schmitthenner aus Tübingen-Kilchberg erhielten die Auszeichnung der Friedensklasse des Ordens „Pour le Mérite“ verliehen. Ferner wurden Prof. Spranger und Staatspräsident Dr. Gebhard Müller mit der höchsten Stufe des Verdienstkreuzes der Westdeutschen Bundesrepublik ausgezeichnet.

4. Im Herbst tagten Groß- und Einzelhandel von Baden-Württemberg in Tübingen, wobei Wirtschaftsminister Dr. Veit sprach.

5. Zum Jahreswechsel sandte unser Patenschiff, der Hochseefischdampfer „Tübingen“, von den Fischgründen im Eismeer herzliche Glückwünsche.

D. Stadtwerke

Der Umsatz der Stadtwerke an Strom, Gas und Wasser ist auch im Jahr 1952 weiter angestiegen.

I. Elektrizitätsversorgung

Immerhin ist der Anstieg des Stromverbrauchs nicht mehr ganz so steil wie im Vorjahr. Der Strombedarf von Tübingen betrug 1952 24,5 Mill. kWh und liegt damit um $8\frac{1}{2}\%$ höher als im Vorjahr. Die Zunahme des Jahres 1951 gegen 1950 betrug dagegen noch 16,5%. Der heutige Strombedarf nähert sich dem dreifachen Bedarf des letzten Friedensjahres. Es müssen daher nach wie vor starke Anstrengungen unternommen werden, um die *Stromverteilungsanlagen* des Elektrizitätswerks so auszubauen, daß sie mit der Entwicklung des Bedarfs Schritt halten. Der Bau des im Vorjahr begonnenen *Umspannwerks an der Nonnengasse*, das einen Hauptstützpunkt für die Drehstromversorgung der Innenstadt, des Ammerviertels und der Universität bilden wird, ist ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung. Der Bau wurde im Laufe des Jahres durchgeführt und bereits während der Arbeit an den oberen Stockwerken im Erdgeschoß eine Hochspannungs- und eine Niederspannungsschaltanlage eingebaut. Diese Anlagen konnten im Herbst in Betrieb genommen werden. Ein zweiter Schwerpunkt des Ausbaus liegt in Derendingen, wo eine neue Hochspannungs-Freileitung zum Anschluß an das Kraftwerk in der Rappenberghalde erstellt und ein daran anschließendes Hochspannungskabel verlegt wurde. Diese Leitungen stellen den ersten Schritt der Erstellung einer Hauptspeiseleitung für das ganze Gebiet südlich des Neckars dar. Auch der Ausbau des Niederspannungsnetzes machte gute Fortschritte. Erwähnt sei nur das Speisekabel durch die Haag- und die Münzgasse. Insgesamt wurden 17,5 km Kabel und Freileitungen gebaut. Fünf neue Transformatorstationen wurden in Betrieb genommen. Die Umstellung auf Drehstrom machte weitere Fortschritte. Die Universität hat wesentliche Teile der Institute bereits umgestellt. Es wurden aber auch viele Gewerbebetriebe und Wohnhäuser auf Drehstrom umgeschaltet. Fünf größere städtische Gebäude wurden ebenfalls umgestellt.

Im *Neckarwerk* wurden Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden und am Werkhof durchgeführt und die Turbinen gründlich überholt.

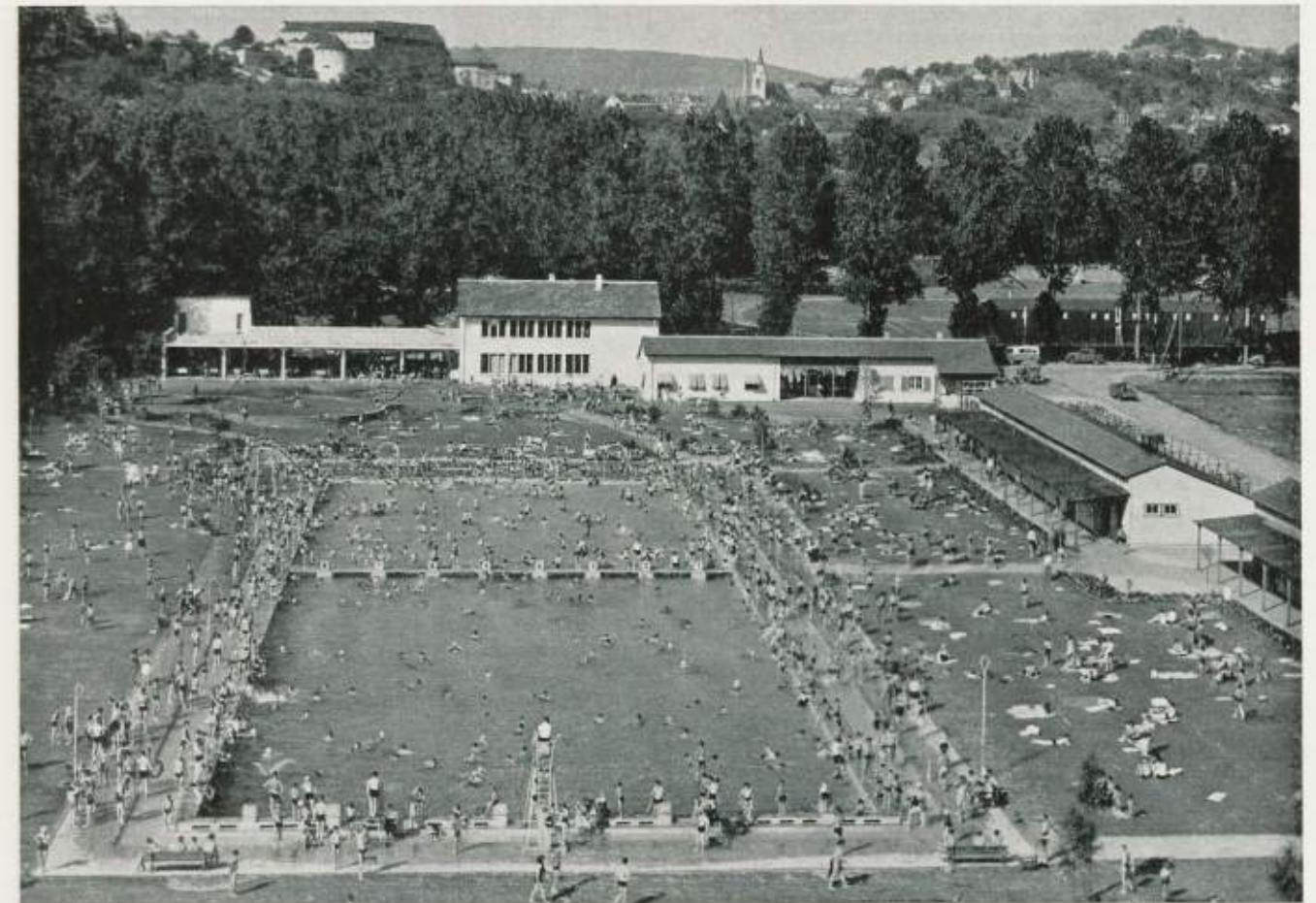
Im *Kraftwerk an der Rappenberghalde* wurden ebenfalls an den Turbinen, ferner an der Wehreinrichtung wesentliche Instandsetzungsarbeiten ausgeführt und ein großer Transformator aufgestellt. Die Erzeugung aus Wasserkraft betrug auf das Ganze des Jahres 1952 gesehen 40% des Bedarfs, da dem außerordentlich trockenen Sommer ein feuchter Jahresbeginn und ein feuchter Herbst gegenüberstanden.

II. Gasversorgung

Der *Gasbedarf* ist gegenüber dem Vorjahr um 5,5% gestiegen und liegt nun bei 5,7 Mill. cbm. Im Zuge der Erschließung neuen Wohngeländes wurden etwa 2 km Gasleitungen verlegt.

III. Wasserversorgung

Die außerordentliche Trockenheit dieses Sommers brachte eine Steigerung des *Wasserbedarfs* um 12% gegenüber dem Vorjahr und stellte an die Versorgung mit Trinkwasser vor allem in den Hochzonen ganz besondere Anforderungen. Ihren Höhepunkt erreichte die Trockenheit im Juli. Während in vielen Städten die Wasserversorgung in großem Umfang aussetzte, ist es in Tübingen glücklicherweise gelungen, den größten Teil der Stadt ununterbrochen mit Wasser zu versorgen. Nur in



Freibadbetrieb 1952

der hochgelegenen Waldhäuser Zone und im Gebiet des Denzenbergs mußten vorübergehend die Wohngebäude Sperrstunden auf sich nehmen, um die in diesem Gebiet gelegenen Krankenhäuser und wichtigen Institute noch versorgen zu können. Dies ist darauf zurückzuführen, daß durch den großen Verbrauch in der Stadt nicht mehr genügend Wasser zu den Pumpwerken für die Hochzone Waldhäuser Höhe zuströmte. So konnte der in diesem Jahr auf den doppelten Rauminhalt gebrachte Behälter auf der Eberhardshöhe nicht mehr aufgefüllt werden. Es wurden aber bereits neue Leitungsbauten ausgeführt, um den Zufluß von Wasser zu den Pumpwerken der Hochzone zu verstärken. Hierzu dient hauptsächlich die 300 mm starke Wasserleitung, die im Sommer in der Wilhelmstraße verlegt wurde und die nunmehr über die im Vorjahr erstellte Leitung entlang der Stuttgarter Straße eine direkte Verbindung mit den Pumpwerken in der Au und im Großholz darstellt. Nach Inbetriebnahme dieses ganzen Leitungsstranges im September ist nicht nur der Zustrom von Wasser zu den inneren Stadtteilen, sondern auch zu den erwähnten Pumpwerken der Hochzone entscheidend angestiegen. Insgesamt wurden 4 km neue Wasserleitungen verlegt.

In den beiden Pumpwerken in der Au wurden die elektrischen Hoch- und Niederspannungsanlagen erneuert. Das Schutzgebiet des Pumpwerks Großholz wurde planiert und ein Zufahrtsweg angelegt. Sämtliche Wasserbezieher haben jetzt in Tübingen als wohl einziger Stadt Westdeutschlands eine Wasseruhr erhalten.

Geoelektrische Messungen im unteren Neckartal zwischen Eisenbahn und Neckar, etwa in der Höhe des Pumpwerks im Großholz, haben ergeben, daß dort günstige Bedingungen für eine weitere Erschließung von Trinkwassergewinnungsanlagen vorhanden sind.

IV. Straßenbeleuchtung

Die Modernisierung der Straßenbeleuchtung wurde fortgesetzt und der Zug der Wilhelmstraße, Mühlstraße, Karlstraße und Friedrichstraße mit modernen Röhrenleuchten ausgestattet. Auch in der Reutlinger Straße, auf dem Marktplatz und in der Neckarhalde wurden veraltete Beleuchtungskörper durch neuzeitliche mit Blendungsschutz ersetzt. Eine Reihe von Straßen wurde neu mit Straßenbeleuchtung versehen, so die Rheinlandstraße, die untere Bismarckstraße, der Pfalzhaldenweg und die bereits bebauten Straßen der Eberhard-Wildermuth-Siedlung auf dem Sand. Die im Krieg außer Betrieb gesetzten Feuermelder wurden instandgesetzt und wieder angeschlossen.

V. Bäderwesen

1. Während das schöne Sommerwetter im Bereich der Trinkwasserversorgung Schwierigkeiten bereitete, brachte es dem *Freibad* eine Hochkonjunktur. Besonders die Samstage und Sonntage brachten einen Massenbesuch, der gerade noch bewältigt werden konnte. Insgesamt besuchten in diesem Sommer 154 000 Personen das Freibad, und zwar 60 000 Kinder

und 94 000 Erwachsene. An 110 Betriebstagen betrug der tägliche Durchschnittsbesuch 1400 Personen. Der 6. Juli brachte mit 8000 Personen einen Rekordbesuch; am 29. Juni waren es über 6000 Besucher und am 27. Juli 4000. Das Bad hat in dieser Sommersaison seine Bewährungsprobe voll bestanden. Das Badewasser war durchweg sauber, durchsichtig und wohltemperiert. Auch die Liegewiesen waren trotz der Dürrehitze in gutem Zustand. Der Massenansturm hätte wohl kaum bewältigt werden können, wenn dieses Jahr nicht das neue Kassen- und Verwaltungsgebäude zur Verfügung gestanden hätte. Auch die Fertigstellung der von dem Gastronomen Röhm, Derendingen, weiter ausgebauten Freibadgaststätte trug zur Belebung des Badebetriebs und zum Wohlbefinden der Besucher bei. Im Kassengebäude wurde eine Hauptuhr untergebracht und beim Schwimmbecken die von den Besuchern dringend gewünschte Säulenuhr aufgestellt. Die gärtnerischen Anlagen des Freibads wurden weiter ausgebaut und die große neue Liegewiese hergerichtet. Für das neue Jahr ist noch der Bau eines Kinderplanschbeckens vorgesehen. Einen Höhepunkt des sportlichen Betriebes im Freibad stellten die gut besuchten Deutschen Wasserballmeisterschaften 1952 dar.

2. Auch im *Uhlandbad* wurden weitere Verbesserungen durchgeführt. Die nun fertiggestellten Brausebäder machen mit ihrer Plättelung einen sauberen und einladenden Eindruck. Besondere Föhnkabinen geben die Möglichkeit zum Haartrocknen. Weitere Wannenbäder zweiter Klasse wurden umgebaut. In der Schwimmhalle sorgt eine Be- und Entlüftungsanlage für den Abzug der Feuchtigkeit und Erneuerung der Luft. Die Beleuchtung wurde durch Einbau von Leuchtstoffröhren verbessert.

E. Sonstige städtische Betriebe

I. Betrieb des Tiefbauamts

1. Die baulichen Arbeiten auf dem Gebiet der Stadtentwässerung und die Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten Kläranlage südlich des Neckars nebst den zugehörigen großen Abwasserkanälen werden an anderer Stelle erwähnt.

2. Der Betrieb der Stadtentwässerung, ebenso wie die weiter dem Tiefbauamt angegliederten Betriebe des Fuhrparks, der Müllabfuhr, der Straßenreinigung und der Latrinrentleerung haben auch im vergangenen Jahr ihre umfangreichen Aufgaben technisch einwandfrei gelöst. Für die Müllabfuhr wurde ein neuer 6-cbm-Müllwagen und für den Fuhrpark ein 5-t-Lastwagen angeschafft.

Auf dem Gebiet der Müllabfuhr haben wir im vergangenen Jahr den in den ortspolizeilichen Vorschriften enthaltenen Grundsatz, daß nur ordnungsgemäße Müllgefäße entleert werden, zur Geltung gebracht und dadurch die unhygienische und für das Personal der Müllabfuhr gefährliche Verwendung von unzulänglichen Gefäßen wie Blechkisten und Pappschachteln weitgehend ausgeschaltet. Die Bevölkerung hat trotz gewisser Anlaufschwierigkeiten der Durchsetzung dieser Anforderung Verständnis entgegengebracht.

3. Im städt. Steinbruch in Reusten wurde die neue Siloanlage fertiggestellt und in Betrieb genommen, die an Stelle einer nicht mehr leistungsfähigen und nachgerade einsturzgefährlichen Anlage getreten ist. Die Leistungsfähigkeit des Steinbruchs wurde dadurch so gesteigert, daß sich die aufgewendeten Kosten schon in einigen Jahren bezahlt machen werden.

II. Feuerlöschwesen

An Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr sind im Jahr 1952 zu verzeichnen: 10 Großfeuer, 11 Mittelfeuer, 8 Kleinf Feuer,

9 Waldbrände, 5 böswillige Alarme, 24 Übungen, 25 sonstige Hilfeleistungen, 61 Sonntagsbereitschaftswachen, 84 Theater- und Sicherheitswachen.

Besonders möchte ich hervorheben den Einsatz unserer Freiwilligen Feuerwehr bei dem Brand der Spritzlackiererei der Möbelfabrik Beck beim Waldhörnle, dem Dachstuhlbrand des Gebäudes Brodbeck in der Kornhausstraße und dem Brand der Scheune von Depperich und Dieterle in der Nonnengasse. In allen drei Fällen bestand die Gefahr einer starken Ausdehnung des Feuers auf andere Gebäudeteile bzw. benachbarte Gebäude der Altstadt. Es ist dem tatkräftigen Einsatz unserer Feuerwehr unter ihrem Kommandanten Braun zu danken, daß solche weiteren Schäden vermieden worden sind.

Im Dezember 1952 wurde unsere Feuerwehr nach Mössingen gerufen und bei dem Großbrand der Textilfirma Merz eingesetzt. Schon vorher hatte sie bei einem gefährlichen Brand in Breitenholz wirksame Löschhilfe geleistet.

III. Veterinärwesen

1. Im Jahr 1952 hat das Städt. Fleischschauamt bei insgesamt 13 786 Stück Schlachtvieh die Schlachtvieh- und Fleischschau vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr (13 489) haben die Schlachtungen um weitere 2,2 % zugenommen und den Stand des Jahres 1938 um 9,4 % überschritten. Da jedoch die Bevölkerung inzwischen um etwa 50 % zugenommen hat, so liegt offensichtlich der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung noch wesentlich unter dem Vorkriegsstand.

2. Der gegenwärtige Seuchenzug der *Maul- und Klauenseuche*, der seit zwei Jahren im gesamten Bundesgebiet immer wieder mit neuer Heftigkeit auftritt, hat auch in diesem Jahr unsere Stadt nicht verschont. Nach Erlöschen der Seuche im Januar im Stadtteil Derendingen ist sie erneut im Oktober in 12 Tierbeständen, hauptsächlich bei Ziegen und Schweinen aufgetreten. Besonders betroffen wurde die Schweinemastanstalt der Universität. In Tübingen-Stadt herrschte die Seuche zweimal im Verlaufe dieses Jahres.

Zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche wurden neben den polizeilich angeordneten Schutzimpfungen in den Sperrbezirken freiwillige Schutzimpfungen in den Rinderbeständen des gesamten Stadtbezirks durchgeführt. Zu den freiwilligen Schutzimpfungen hat die Stadt Tübingen einen Beitrag von 2.— DM pro Impfung geleistet.

Während der Dauer der Maul- und Klauenseuche konnte der normale Schlachtbetrieb am Schlachthof aufrechterhalten werden.

3. Die im vergangenen Jahr im Weiler Waldhausen, auf dem Berghof und im Stadtteil Lustnau zur Sanierung der unter den Rinderbeständen herrschenden Trichomonadenseuche eingeführte künstliche Samenübertragung wurde nach Auftreten der Seuche im Stadtteil Derendingen auch hier angewendet. Die Erfolge der künstlichen Samenübertragung sind durchweg als sehr günstig zu bezeichnen.

Während in den letzten Jahren die Viehhaltung in Tübingen rückläufig war, ist bei der Viehzählung im vergangenen Jahr erstmals wieder eine Erhöhung in der Zahl der im Stadtbezirk gehaltenen Rinder festgestellt worden.

4. Anlässlich der tierärztlichen Lebensmittelüberwachung wurden im Stadtbezirk Tübingen 340 Besichtigungen und Lebensmittelkontrollen durchgeführt.

IV. Land- und Forstwirtschaft

1. Das *städtische Obstfeld* auf dem Herbstenhof wurde durch eine großzügige Neupflanzung ergänzt. Nach den Mißernten

in den letzten Jahren hat sich heuer erstmals seit der Währungsumstellung aus dem Obstfeld ein Überschuß ergeben. Dieser Erfolg ist auf eine vorbildliche Baumpflege und Schädlingsbekämpfung zurückzuführen. Die anlässlich des Landesobstautags durchgeführte Obstausstellung hat diesen Erfolg bestätigt. Der Stadt wurde dafür eine besondere Anerkennung zuteil.

2. In den städtischen *Waldungen* brachte das abgelaufene Forstwirtschaftsjahr keine außergewöhnlichen Eingriffe in die Bestände. Sturm- und Dürreschäden sind nicht aufgetreten. Die Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Buchenprachtkäfer, der zeitweise bedrohlich auftrat, führten zum Erfolg, so daß diese Gefahr für die Buchenbestände als gebannt angesehen werden kann.

Der Holzeinschlag 1952 hat sich auf 3150 fm belaufen. Davon entfallen 2303 fm auf Laubholz und 847 fm auf Nadelholz. Der Nutzholzanteil am Gesamteinschlag betrug 43,5 %.

Aus den Holzverkäufen wurden erlöst:

aus dem Stadtwald	194 000 DM
aus dem Stiftungswald	16 000 DM
zusammen	210 000 DM

Den Kulturarbeiten wurde besondere Beachtung geschenkt. Neben Reinigungs- und Jungwuchspflegearbeiten konnten 85 400 Pflanzen neu gepflanzt und in den Saatschulen 54 600 Pflanzen verschult werden. In den Waldungen Gaishalde und Derendingen wurden die Wegverhältnisse durch Chausseierung von Erdwegen verbessert.

V. Friedhöfe

Der Nachholbedarf für unsere Friedhöfe konnte im vergangenen Jahr zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Die Kapelle im Stadtfriedhof wurde der Würde des Hauses entsprechend ausgestaltet. Die Anlagen für Kriegsgräber im Stadtfriedhof und auf dem Bergfriedhof sind mit Hilfe des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge in einen vorbildlichen Zustand gebracht. Vor allem hat der Volksbund im Ehrenfeld des Bergfriedhofs für die dort ruhenden annähernd 400 toten Soldaten und die Luftkriegsopfer der Stadt Tübingen insge-

samt etwa 100 Steinkreuze aufstellen und außerdem an jedem Grab eine Platte aus Majolika mit Namensinschrift anbringen lassen.

Außerdem hat die Stadt auf dem Bergfriedhof eine eindrucksvolle Gruppe von drei großen Steinkreuzen als Gedächtnismal für die Kriegstoten errichtet, das mit dem neu hergerichteten Ehrenfriedhof am Volkstrauertag im Beisein zahlreicher Ehrengäste eingeweiht worden ist.

Die Platzverhältnisse auf dem Stadtfriedhof sind in den letzten Monaten so beengend geworden, daß mehr und mehr Bestattungen auf dem Bergfriedhof vorgenommen werden müssen. Deshalb war dort auch die Anlegung eines weiteren Gräberfeldes notwendig.

F. Verwaltungsämter

Aus der Arbeit der Verwaltungsämter im Jahr 1952 ist folgendes zu erwähnen:

I. Hauptamt

1. Das Hauptamt hat im vergangenen Jahr, vielfach in enger Verbindung mit dem Rechnungsprüfungsamt, eine Reihe von organisatorischen Fragen bearbeitet und einer Lösung zugeführt, und zwar

- a) die Neuaufnahme des gesamten stadteigenen Inventars und der Vorräte,
- b) die Einrichtung von zentralen Beschaffungsstellen,
- c) die Neuordnung des Registraturwesens auf der Grundlage der Kennziffern des Haushaltplans und
- d) die Überarbeitung des Tübinger Ortsrechts.

2. Das Hauptamt war ferner mit der Durchführung einer Reihe von Empfängen, Ehrungen und sonstigen Veranstaltungen befaßt, die an anderer Stelle erwähnt sind.

3. Besonderen Schwierigkeiten sieht sich das Hauptamt auf dem Gebiet der Raumfragen der Stadtverwaltung gegenüber, da die vorhandenen Räume der gesamten Stadtverwaltung durchaus unzulänglich sind. Auf das Vorhaben der Zusatzversorgungskasse, für die technischen Ämter der Stadt einen Neubau an der Brunnenstraße zu erstellen und damit die Raum-



Ehrenmal auf dem Bergfriedhof

fragen der Stadt zu lösen, habe ich in anderem Zusammenhang hingewiesen.

4. Die dem Hauptamt übertragene Bearbeitung der Anträge auf staatliche Bauförderungsmittel ist in dem Abschnitt über die Förderung des Wohnungsbaus erwähnt. Diese Aufgabe nimmt das Hauptamt stark in Anspruch, zumal es sich nicht nur um die Zuteilung der Mittel, sondern vor allem auch um die Beratung der Bauzustigen und die Auszahlung der über die Stadtkasse laufenden Bauförderungsmittel und um deren grundbuchmäßige Sicherstellung handelt.

5. Der *Ratschreiberei* sind auch im Jahr 1952 umfangreiche Arbeiten auf dem Gebiet der Niederschriftsführung für den Gemeinderat und seine Abteilungen, vor allem die Innere und Technische Abteilung erwachsen. Der Umfang der Sitzungstätigkeit wird am Ende dieses Berichts gewürdigt.

6. Für die *Adrema-Abteilung* wurde eine Adrema-Druckmaschine angeschafft, die Ende des Jahres in Betrieb gekommen ist. Sie umfaßt als Neuerung eine Reihe von Zählwerken, die eine statistische Auswertung des Adremamaterials ermöglichen.

7. Dem *Wahlamt* oblag im Jahr 1952 vor allem die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952. Voraus ging eine vom Wahlamt vorbereitete Neueinteilung der Wahlbezirke, die sich durchaus bewährt hat.

Am 9. März 1952 wurde in 21 Wahlbezirken mit insgesamt 24 865 Wahlberechtigten abgestimmt. Die Wahlbeteiligung betrug 60,6 %.

Anschließend fertigte das Wahlamt eine statistische Auswertung der insgesamt fünf Wahlen und Abstimmungen der Jahre 1951 und 1952. Dabei zeigte sich vor allem, daß die Wahlbeteiligung der jüngsten Wählerjahrgänge sehr stark hinter dem Durchschnitt und insbesondere hinter der Wahlbeteiligung der älteren Jahrgänge zurückblieb.

8. Der gleichen Dienststelle sind auch die laufenden *statistischen Erhebungen* übertragen, insbesondere die landwirtschaftliche Statistik, die Statistik der Einzelhandelspreise sowie die Statistik des Wohnungsbaus und der Wohnraumzuteilung.

II. Rechtsamt

1. Bei den drei Standesämtern Tübingen, Lustnau und Derendingen sind im Jahr 1952 554 Geburten ortsansässiger Mütter verzeichnet worden (i. V. 560), ferner wurden insbesondere in der Universitäts-Frauenklinik 988 Kinder ortsfremder Eltern geboren (i. V. 1004), die in den Büchern des Tübinger Standesamts zu registrieren waren.

In Tübingen traten im Jahr 1952 388 Paare (i. V. 386) in den Stand der Ehe.

Von der ortsansässigen Bevölkerung sind im Jahre 1952 272 gestorben (i. V. 310). Außerdem sind — vor allem in den Universitätskliniken — 501 nicht ortsansässige Personen verstorben.

Die Geburtenziffer mit 554 Geburten ergibt für das Jahr 1952 einen Durchschnittssatz von 14 auf 1000 Einwohner. Dieser Satz liegt unter dem Landesdurchschnitt der — im Jahr 1951 — 16,2 Geburten auf 1000 Einwohner betragen hat.

Die Sterbeziffer war im Jahr 1952 besonders niedrig. Auf 1000 Einwohner sind nur 6,8 Sterbefälle gekommen. Diese derzeitige geringe Zahl der Sterbefälle in Verbindung mit den bescheidenen Geburtenzahlen ist symptomatisch für die zunehmende Veralterung unserer Tübinger Bevölkerung.

Erfreulich niedrig ist die Sterblichkeitsziffer bei den Säuglin-

gen. Sie ist im Jahr 1952 auf den ungewöhnlich niederen Satz von 3,4 von 100 Lebendgeborenen gesunken.

Aus dem Vergleich der Geburtenziffern und Sterbeziffern ergibt sich in Tübingen für das Jahr 1952 ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von 282.

2. Unter den sonstigen Arbeiten des Standesamts ist vor allem die Registrierung der Heimatvertriebenen hervorzuheben. Diese Arbeiten konnten jedoch nicht in dem gewünschten Umfang vorangetrieben werden, weil auf diesem Gebiet noch eine Regelung auf Bundesebene zu erwarten ist.

3. Das Gesetz zur Sammlung von Nachrichten über Kriegsgefangene, Vermisste usw. vom 23. April 1951 hat dem Standesamt weitere Arbeiten bezüglich der in den hiesigen Reserve-lazaretten verstorbenen Soldaten ermöglicht. Dabei konnten 47 Fälle geklärt und die Angehörigen über die letzte Ruhestätte des Verstorbenen verständigt werden.

4. Die dem Rechtsamt zugehörige *Grundbuchratschreiberei* hat im Kalenderjahr 1952 über 100 Kauf- und Erbbaurechtsverträge beurkundet. Außerdem wurde eine Menge von Beglaubigungen vorgenommen.

5. Im Bereich des *Zeugnisamts* erfordert die Ausstellung der Armenrechtszeugnisse genaue Erhebungen über Einkommen und Vermögen der Antragsteller.

Zur Beantragung von Reisepässen und Personalausweisen mußte das Rechtsamt eine große Zahl von Staatsangehörigkeitszeugnissen fertigen. Das Rechtsamt hat außerdem auch die Listen über die Impfpflicht für die Pockenschutzimpfung zu führen.

6. Beim *Sühneamt* sind im Jahr 1952 40 Anträge auf Vornahme von Sühneversuchen gestellt worden. Davon konnten leider nur 9 Versuche mit Erfolg abgeschlossen werden.

In 17 Fällen ist der Beschuldigte zum beantragten Termin nicht erschienen und 14 Sühneverhandlungen sind trotz eingehender Vermittlungsversuche gescheitert.

7. Die dem Rechtsamt angegliederte *Preisbehörde für Mieten und Pachten* hatte im Jahr 1952 rund 125 schriftliche Anträge zu bearbeiten, ganz abgesehen von mündlicher Beratung, Auskunftserteilung und Einigungsverhandlungen. Vor allem hat die gesetzliche Freigabe der Geschäftsraummiets und der 10%ige Mietzuschlag bei Wohnraum des Althausbesitzes zu häufiger Inanspruchnahme der Preisbehörde geführt.

III. Amt für öffentliche Ordnung

Die mit Wirkung vom 1. Januar 1952 an eingetretene Übertragung von Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde auf die unmittelbaren Kreisstädte, zu denen ja Tübingen gehört, hatte ein sehr beachtliches Ansteigen der Geschäftsvorgänge beim Amt für öffentliche Ordnung zur Folge. Besonders auffällig ist dies auf dem Gebiet der Verkehrsfragen und des Paß- und Ausländerwesens. Beispielsweise hatte das Amt für öffentliche Ordnung im Jahr 1952 etwa 3600 Reisepässe, 1000 Interzonenpässe, 400 Aufenthaltsgenehmigungen für Besuche aus der Ostzone zu behandeln. Außerdem hatte es über 2200 Strafvorschläge an das Amtsgericht vorzubereiten, darunter über 1100 wegen Übertretungen der Straßenverkehrsordnung. Zur Bearbeitung von Verkehrsangelegenheiten, insbesondere zur Vorbereitung von Verkehrsbeschränkungen und sonstigen verkehrswichtigen Maßnahmen wurde vom Gemeinderat ein *Verkehrsausschuß* gebildet, dem neben Mitgliedern des Gemeinderats auch Vertreter der am Verkehrswesen interessierten Organisationen angehören. Dieser Verkehrsausschuß hat im Jahr 1952 drei Sitzungen abgehalten. Im Blickpunkt der ersten Sitzung des Verkehrsausschusses stand die Beratung

über die Kreuzung Stuttgarter-Reutlinger Straße, bei der Dr.-Ing. habil. Feuchtinger sein oben erwähntes Gutachten über diese Kreuzung vorgetragen hat.

Eine Reihe von wichtigen Verkehrsfragen, insbesondere die Fragen des Ortslinienverkehrs und des Taxenwesens, ist in Bearbeitung und wird demnächst dem Verkehrsausschuß vorgelegt werden.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat eindeutig ergeben, daß es richtig war, die früheren sogenannten verwaltungspolizeilichen Aufgaben aus dem Kreis der eigentlichen Polizeiorganisation herauszunehmen und sie rein zivilen Verwaltungsdienststellen der Gemeinden zu übertragen.

Die Polizeizekutive ist im bisherigen Bundesland Württemberg-Hohenzollern ausschließlich der staatlichen Polizei übertragen, während in Nordwürttemberg die Polizei in größeren Gemeinden kommunal ist. Die Frage der künftigen Organisation der Polizei im Rahmen des neuen Bundeslandes ist in den vergangenen Monaten in einer Reihe von Gremien auf das eingehendste erörtert worden und wird auch uns im Gemeinderat im Jahr 1953 sehr stark beschäftigen.

IV. Bauratschreiberei

Der im Sommer 1950 neu eingerichteten Bauratschreiberei ist seit 1. April 1952 auch die Veranlagung und Erhebung der Hausgebühren (Gebühren für die Straßenreinigung und für die Müllabfuhr) übertragen worden.

Aus der Arbeit der Bauratschreiberei im Jahre 1952 ist folgendes zu berichten:

1. Die *Dolenbeiträge*, die letztmals im Jahre 1934 festgesetzt wurden, waren bisher gegenüber den erhöhten Aufwendungen für die Herstellung neuer Abwasserdolen nicht mehr angemessen. Sie wurden daher mit Wirkung vom 1. April 1952 um 75 % erhöht. Nach der neuen Dolenbeitragsatzung betragen die Dolenbeiträge an beiderseits anbaubaren Straßen nunmehr 17,50 DM und an nur einseitig anbaubaren Straßen 21.— DM je lfdm Grundstückslänge.

2. Nach § 1 Ziffer 2 der Gebührenordnung für die Benützung der städtischen Schwemmkanalisation sind die *Gebühren für die Einleitung gewerblicher Abwässer* usw. vom Gemeinderat jeweils besonders festzusetzen. Infolge der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse sind bisher nur einige Betriebe zu diesen Gebühren herangezogen worden.

Im Interesse einer gleichmäßigen Gebührenerhebung war es notwendig, daß auch von den übrigen gleichgelagerten Betrieben diese besonderen Gebühren erhoben werden. Der Gemeinderat hat daher am 17. September 1952 nähere Richtlinien für die Erhebung dieser besonderen Gebühren erlassen. Darnach sind die besonderen Gebühren in der Regel von solchen Betrieben zu erheben, die einen Wasserverbrauch von mindestens 3000 cbm im Jahr aufweisen oder deren jährliche Abwassermenge mindestens 3000 cbm im Jahr beträgt. Der Berechnung der besonderen Gebühren ist die eingeleitete tägliche Abwassermenge und der Verschmutzungsgrad der Abwässer zugrunde zu legen. Bei einer täglichen Abwassermenge von 1 cbm ist in der Regel eine laufende jährliche Gebühr von 20.— DM an die Stadtkasse zu entrichten. Wenn die eingeleiteten Abwässer die städtische Sammelkläranlage besonders stark belasten, können Zuschläge zu diesen Gebühren erhoben werden. Die besonderen Gebühren werden jeweils nach vorheriger Besprechung mit den in Betracht kommenden Betrieben festgesetzt. Auf diese Weise ist es in den bis jetzt veranlagten Fällen zu einer verständnisvollen Regelung gekommen.

3. Im übrigen wurden im Jahre 1952 von der Bauratschreiberei folgende Beiträge und Gebühren veranlagt:

(1) <i>Anliegerbeiträge:</i>	
In 150 Fällen	150 000.— DM
— davon sind bezahlt rund	80 000 DM —
(2) <i>Dolenbeiträge:</i>	
In 190 Fällen	50 000.— DM
— davon sind bezahlt rund	33 000 DM —
(3) <i>Schwemmkanalgebühren:</i>	
In 1400 Fällen	130 000.— DM
— davon sind bezahlt rund	115 000 DM —
(4) <i>Hausgebühren</i> (ab 1. 4. 1952)	
In rund 4000 Fällen	160 000.— DM
— davon sind bezahlt rund	110 000 DM —
	Gesamtbetrag 490 000.— DM
— davon sind bezahlt rund	338 000 DM —

Die Berechtigung der Schaffung der Bauratschreiberei dürfte nach diesem Ergebnis erwiesen sein.

G. Stadtteile Lustnau und Derendingen

I. Lustnau

1. Ortsausschuß Lustnau

Da der Stadtteil Lustnau nach der letzten Volkszählung über 5000 Einwohner zählt und mit einem weiteren Anwachsen der Bevölkerungszahl gerechnet werden muß, hat es der Gemeinderat als gerechtfertigt angesehen, die Zahl der Mitglieder des Ortsausschusses zu erhöhen. Nach § 4 der Gemeinde-satzung über die Verwaltung der Stadtteile Lustnau und Derendingen besteht der Ortsausschuß nunmehr aus dem Vorsitzenden und 6 Mitgliedern (bisher 4 Mitgliedern), und zwar aus den 4 Mitgliedern des Gemeinderats, die als Vertreter des Stadtteils gewählt wurden und aus den zwei weiteren bei der letzten Gemeinderatswahl als Vertreter des Stadtteils aufgestellten Bewerbern, die nach dem Wahlergebnis und dem Grundsatz der Verhältniswahl die nächsten, zur festgesetzten Mitgliederzahl des Ortsausschusses noch fehlenden Sitze erhalten hätten. Bei dieser neuen Mitgliederzahl besteht die Gewähr, daß der Ortsausschuß ein ausreichendes Bindeglied zwischen Verwaltung und Bevölkerung ist.

Der Ortsausschuß Lustnau hat sich auch in diesem Jahr in 25 Sitzungen und 11 Besichtigungen mit allen, den Stadtteil betreffenden Fragen befaßt, vor allem mit Wohnungsangelegenheiten, ferner mit An- und Verkauf von Grundstücken, Verbesserung der Straßen und Wege, Durchführung von Kanalisationen, Instandsetzung der städtischen Gebäude, Stellungnahme zu Stadtbauplänen und Förderung der Landwirtschaft, Stellungnahme zu Fürsorgeanträgen und Gesuchen gewerblicher Art, Grundstücksverpachtungen, Pflege der Vereine und Pflege der sonstigen kulturellen Einrichtungen im Stadtteil Lustnau.

2. Geschäftsstelle Lustnau

Die Geschäftsstelle hat neben ihrer laufenden Aufgabe, die Einwohner des Stadtteils Lustnau in allen Fragen des öffentlichen und privaten Rechts zu betreuen und die Verbindung mit den einzelnen städtischen Ämtern zu vermitteln, vor allem die folgenden Angelegenheiten im Bereich der städtischen Fachämter als Auftragsangelegenheiten ausgeführt:

a) Aus dem Bereich des Hauptamts ist zu erwähnen die Mit-

wirkung bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung und die Durchführung der statistischen Erhebungen, insbesondere landwirtschaftlicher Art im Markungsbe- reich Lustnau.

b) Im Bereich der Stadtpflege oblag der Geschäftsstelle wiederum die Überwachung der Vatertierhaltung sowie die Mitwirkung bei der Verwaltung der städtischen Liegenschaften und beim An- und Verkauf von Grundstücken.

Im Laufe des Jahres 1952 wurden 2 ha Grundstücke auf Markung Lustnau von der Stadt käuflich erworben, während 55 Ar abgegeben wurden. Das Angebot an privaten Grundstücken hat seit einigen Monaten stark nachgelassen.

c) Im Bereich des Steueramts wirkte die Geschäftsstelle bei der Preisüberwachung im Grundstücksverkehr, außerdem in Angelegenheiten der Gemeindesteuern und des gemeinderätlichen Schätzungswesens mit.

d) Auf dem Gebiet des Amtes für öffentliche Ordnung sei neben all der Einzelarbeit, die in dem Abschnitt des Amtes für öffentliche Ordnung selbst erwähnt ist, die Durchführung der Kartoffelkäferbekämpfung hervorgehoben. Die Bekämpfung wurde in Lustnau von zwei Spritzkolonnen durchgeführt. Infolge der großen Trockenheit ist der Kartoffelkäfer stark aufgetreten, so daß die Grundstücke zweimal gespritzt werden mußten. Die Kosten mit über 900 DM wurden auf die Grundstücksbesitzer umgelegt.

e) Auf dem Gebiet des Sozialamts oblag der Geschäftsstelle die Entgegennahme von Fürsorgeanträgen sowie die Stellungnahme hiezu. Die Zahl der Empfänger von Wehrmichtsver- sorgungsrenten beträgt in Lustnau 213.

f) Aus der Tätigkeit der Geschäftsstelle in Wohnungsange- legenheiten ist hervorzuheben, daß die Zahl der Wohnungs- suchenden im Stadtteil Lustnau nunmehr 194 beträgt gegen 153 zu Ende des Jahres 1951. 1952 wurden ohne die Neubauwo- nungen in der Eberhard-Wildermuth-Siedlung im Stadtteil Lustnau 74 Wohnungen zugeteilt. In den Neubauten der Eber- hard-Wildermuth-Siedlung wurden in der Hauptsache Heimat- vertriebene und Fliegergeschädigte untergebracht.

3. Die Geschäftsstelle Lustnau hat ferner folgende Angelegen- heiten in eigener Zuständigkeit erledigt:

a) In die Standesregister von Lustnau wurden im Jahr 1952 eingetragen:

Geburten: 26 (i. V. 19); *Eheschließungen:* 40 (i. V. 58); *Sterbe- fälle:* 28 (i. V. 38). Dazu kommen Lustnauer Fälle, die in Tü- bingen beurkundet wurden.

Den Austritt aus der Kirche erklärten 13 Personen (i. V. 9). In das Familienregister wurden im Laufe des Jahres 240 Fa- milien (i. V. 156) eingetragen. Noch einzutragen sind 430 Fa- milien, darunter eine große Anzahl Heimatvertriebener, die vielfach keine Personenstandsurkunden besitzen und deren Personalien nur mit großen Schwierigkeiten festgestellt werden können.

Der Stadtteil Lustnau zählt nach der letzten Volkszählung im Jahr 1950 5136 Einwohner. Nach dem ersten Weltkrieg wa- ren es 2667. In der Zwischenzeit sind in der neuen Siedlung auf dem Sand 350 Personen untergebracht worden, so daß sich die Bevölkerungszahl bei Berücksichtigung der Wohnhausneubauten am Denzenberg und im Pfrondorferviertel auf annähernd 6000 erhöht hat.

b) Im Bereich der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Ange- stelltenversicherung wurden im laufenden Kalenderjahr bear- beitet:

Aufgerechnete und neue Quittungskarten und Angestelltenver- sicherungskarten 745 (i. V. 450)
Rentenanträge 68 (i. V. 30)
Unfalluntersuchungen 27 (i. V. 23)
Zahl der Sozialrentner 347
(i. V. einschließlich der Empfänger von Versorgungsrenten 525)

c) Beim Sühneamt wurden im Laufe des Jahres 7 Anträge auf Sühneversuche gestellt, von denen 2 erfolgreich waren.

d) Vom Feld- und Waldschutz ist zu berichten, daß im Stadt- teil Lustnau zwei Feldschützen beschäftigt sind, die von der Geschäftsstelle sachliche Weisungen erhalten.

e) Die Nachfrage nach städtischen Pachtgrundstücken ist im- mer noch gering. Gefragt sind vor allem Gartengrundstücke in nächster Nähe des Orts. Insgesamt sind es 317 (i. V. 296) Pächter und 410 (i. V. 430) Pachtgrundstücke. Die Zahl der Pächter ist durch die Verpachtung der Farrengrundstücke ge- stiegen.

Die Obstverkäufe brachten eine Einnahme von 3231 DM (i. V. 2051 DM). Zur besseren Pflege der Obstbäume wurde die selbstfahrbare Baumspritze auf Gummibereifung umgebaut und eine Düngung der Obstbäume im Winterhalbjahr 1952/53 mit einem Kostenaufwand von annähernd 500 DM genehmigt.

f) Die Turn- und Festhalle wird während der Wochentage von der hiesigen Schule, den örtlichen Vereinen, der Waldorfschule und der Sofienpflege voll in Anspruch genommen. Die Zahl der Vereins- und öffentlichen Veranstaltungen in der Turn- und Festhalle ist etwa dieselbe wie im Vorjahr.

g) Im Laufe des Jahres wurden vom Ortsausschuß 25 Gesuche um Gewährung von Lernmittelfreiheit genehmigt. Zur Zeit wird insgesamt 110 Schülern Lernmittelfreiheit gewährt. Die Gesamtschülerzahl beträgt 507.

h) Auch in diesem Jahr haben die *Wildschweine* im Pfrondor- ferfeld große Schäden verursacht. Die Schätzungskommission schätzte in 54 Schadensfällen einen Schaden von 2672.50 DM (i. V. 2669 DM), der Hochwildschaden beträgt 89 DM.

i) Dem Turn- und Sportverein Lustnau wurde anlässlich der Einweihung seines neuen Sportplatzes an der Nürtinger Straße ein namhafter Beitrag gewährt. Sämtliche Vereine in Lustnau haben sich im Jahr 1952 gut entwickelt.

k) Da die Brennholzknappheit anhält, hat sich die Geschäfts- stelle auch in diesem Jahr mit der Beschaffung und Verteilung von Brennholz befaßt. Es wurden insgesamt 388,5 Raummeter Brennholz aus dem Forstamtsbezirk Einsiedel verteilt.

4. Größere Bauarbeiten und Verwaltungsmaßnahmen

a) Auf dem Gebiet des Tiefbauamts

Die Kanalisation und Straßenneugestaltung in der Nürtinger Straße vor der Frottierweberei, ferner die Kanalisation in der Steigstraße, Benzstraße, Eduard-Haber-Straße und in der Wil- helmstraße von Gebäude Nr. 100 in Richtung Gutleuthaus, so- dann Oberflächenteerung in der Saarstraße, Dorfackerstraße, Konzenbergstraße, Konradstraße, Wildenaustraße und Harp- prechtstraße.

Randsteinsatz und Kandelung in der Anna-Bosch-Straße; In- standsetzung verschiedener Feldwege und Fußwege; Neubau eines Bauhofs mit Einbau einer Wohnung für den Geschäfts- stellenleiter.

b) Auf dem Gebiet des Hochbauamts

Instandsetzungsarbeiten am Rathaus, an der Turn- und Fest- halle, am Kirchstraßenschulhaus, am Gebäude Steinböstraße 15 und an der Dorfackerschule.

c) Auf dem Gebiet des Stadtplanungsamts:

Neufestlegung der Straßenführung im Bereich der Württ. Frot- tierweberei sowie Baulinienfestsetzung und Aufstellung eines Bebauungsplans für das Denzenberggebiet.

5. Besondere Ereignisse:

Weitere Ausdehnung der Eberhard-Wildermuth-Siedlung; Ein- weihung des neuen Sportplatzes des Turn- und Sportvereins Lustnau an der Nürtinger Straße; Gauturnfest des Achalm- turngangs am 12. und 13. Juli 1952 auf dem neuen Sportplatz; Ernennung eines neuen Schulleiters der hiesigen Volksschule (Rektor Bühler); Eröffnung der Gloria-Lichtspiele im Gast- haus zum Ochsen; Erweiterung des Ortslinienverkehrs des Om- nibusbetriebs Kocher bis zum Gasthaus zum Waldhorn in der Nürtinger Straße.

II. Derendingen

Im Stadtteil Derendingen haben Ortsausschuß und Geschäfts- stelle dieselben Aufgaben bewältigt wie im Stadtteil Lustnau. Es wird deshalb hier auf den Bericht über Lustnau Bezug ge- nommen. Im einzelnen ist folgendes hervorzuheben:

1. Ortsausschuß Derendingen

Der Ortsausschuß hat sich in 20 Sitzungen und 4 Besichtigun- gen mit allen den Stadtteil berührenden Fragen befaßt.

2. Geschäftsstelle Derendingen

a) Im Aufgabenbereich der Stadtpflege mußte auch in Deren- dingen infolge des Ausbruchs der Trichomonadenseuche die künstliche Besamung eingeführt werden. Die Stadt hat auf Markung Derendingen Grundstücke mit einem Flächengehalt von etwa 1,6 ha erworben.

b) Im Laufe des Jahres 1952 wurde die Neuerrichtung einer Druckerei und einer Drogerie angemeldet.

c) In der öffentlichen Fürsorge kamen 4 Fälle zur Bearbeitung.

d) Die Wohnungsnot im Stadtteil Derendingen hat gegenüber dem Vorjahr weiter zugenommen. Die Zahl der Wohnungs- suchenden beträgt jetzt 110 (i. V. 75), 20 (i. V. 30) Wohnun- gen konnten in diesem Jahr zugeteilt werden. Leider war auch im Jahr 1952 so gut wie keine Bautätigkeit in Derendingen festzustellen. Dies ist vor allem auch darauf zurückzuführen, daß es auf Markung Derendingen sehr schwer ist, Baugrund- stücke preiswert zu erwerben. Von der Besatzungsmacht wur- den 6 Wohnungen in Derendingen freigegeben.

e) In den Standesregistern von Derendingen wurden im Jahr 1952 eingetragen:

Geburten 13 (i. V. 15)
Eheschließungen 27 (i. V. 28)
Sterbefälle 16 (i. V. 16)

Dazu kommen noch die beim Standesamt Tübingen beurkun- deten Fälle. Den Austritt aus der Kirche erklärten 5 Personen (i. V. 7). Ins Familienregister wurden 184 (i. V. 156) Familien eingetragen. Die Aufnahme der Heimatvertriebenen ins Fa- milienregister konnte noch nicht abgeschlossen werden.

Der Geschäftsstelle obliegt die Ergänzung der Zweitbücher der Standesämter Tübingen und Lustnau. Durch die in diesem Jahr erfolgte Übernahme der Nebenregister ab 1876 (bisher beim Amtsgericht) haben sich die einzutragenden und zu beur- kundenden Randeinträge auf etwa 600 (i. V. 300) erhöht.

f) Die Zahl der Sühneversuche betrug 4 (i. V. 3), die alle ohne Erfolg waren.

g) Die Tätigkeit im Bereich der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung ist auch im Jahre 1952 eine rege gewesen:

Aufgerechnete und neu ausgestellte Invaliden- versicherungskarten 380 (i. V. 429)
Aufgerechnete und neu ausgestellte Angestell- ten-Versicherungskarten 100 (i. V. 126)
Unfalluntersuchungen 18 (i. V. 10)
Entgegennahme von Rentenanträgen 14 (i. V. 17)

Die Zahl der Sozialrentenempfänger beträgt im Stadtteil De- rendingen mit Gartenstadt (ohne Steinlachviertel, das zum Postamt Tübingen zählt) 340.

3. Größere Bauarbeiten und Verwaltungsmaßnahmen:

a) auf dem Gebiet des Tiefbauamts: zweiter Bauabschnitt der Kanalisation in der Sieben-Höfe-Straße, Teer- und Walzarbei- ten verschiedener Straßen.

b) auf dem Gebiet des Hochbauamts: Instandsetzungsarbeiten im Rathaus.

c) Auf dem Gebiet der Stadtwerke: Herstellung einer beson- deren Stromzuleitung von der Trafostation zu der Mühle von Stengel. Gleichzeitig wurden sämtliche Verbindungsstellen der Strom-Zuleitung nachgeprüft und in Ordnung gebracht. Da- durch wurden die Lichtverhältnisse in Derendingen wesentlich verbessert.

4. Besondere Ereignisse

Erneuter Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Deren- dingen am 6. Oktober 1952. Von der Seuche wurden insgesamt 13 Gehöfte befallen. Ferner Ausbruch der Hühnerpest und der Trichomonadenseuche.

Einweihung der neuen Kirchenglocken, zu denen die Stadt einen Beitrag gegeben hat.

Durchführung der Bundesjugendspiele mit einem Schülerfest der Derendinger Schuljugend.

III. Der *Weiler Waldhausen* wurde gegen Ende des Jahres beunruhigt durch das Vorhaben der französischen Besatzungs- macht, zwischen Waldhausen und dem Waldrand ein Munitions- lager einzurichten. — Auf Veranlassung des Sprechers des Weilers Waldhausen hat das Tiefbauamt eine Reihe von Ver- besserungen an den Feldwegen durchgeführt.

Ich möchte mit diesem Bericht über unsere Stadtteile Lustnau und Derendingen sowie über Waldhausen auch meinen herz- lichen Dank an die dortigen Bevölkerungskreise zum Ausdruck bringen. Die Sorgen von Derendingen und Lustnau werden uns immer am Herzen liegen, und wir hoffen, in den kommen- den Jahren noch mehr die besonderen Wünsche dieser Stadt- teile befriedigen zu können.

H. Personalwesen

I. Über die Entwicklung des Personalwesens der Stadtverwal- tung unterrichten folgende Zahlenangaben:

1. Nach dem letztjährigen Verwaltungsbericht umfaßte das städtische Personal (einschließlich der Stadtwerke) auf 31. De- zember 1951

71 Beamte
219 Angestellte und
250 Arbeiter

zusammen: 540 Personen.

Am 31. Dezember 1952 waren es

76 Beamte
240 ständige Angestellte und
273 ständig beschäftigte Arbeiter

zusammen: 589 Personen.

Rechnet man hinzu die zu diesem Zeitpunkt beschäftigten 10 Aushilfsangestellten und 46 nicht ständig beschäftigten Arbeiter, wie zum Beispiel die Waldarbeiter, so ergibt sich eine Gesamtzahl der Beschäftigten von 645. Im Berichtsjahr wurden 5 Angestellte ins Beamtenverhältnis überführt und 3 außerplanmäßige Stadtinspektoren eingestellt. Ein Beamter wurde in den Ruhestand versetzt.

Die Erhöhung der Zahl der Angestellten um 21 ist durch einzelne Neueinstellungen bei den Stadtwerken, beim Amt für öffentliche Ordnung, beim Stadtmessungsamt, bei der Steuerstelle, beim Pauline-Krone-Heim und beim Lastenausgleichsamt begründet.

Die Zahl der Arbeiter, die am 31. Dezember 1951 infolge verschiedener Abgänge besonders nieder war, ist wieder aufgefüllt worden. Insgesamt ist eine Erhöhung des ständig beschäftigten Personals zwischen dem 31. Dezember 1951 und dem 31. Dezember 1952 um 49 Personen eingetreten.

Im Jahr 1952 sind 4 weitere Schwerbeschädigte bei der Stadt eingestellt worden. Dadurch, daß jedoch 41 im städtischen Dienst stehende Schwerbeschädigte durch die Versorgungsämter auf weniger als 50% Kriegsbeschädigung zurückgestuft worden sind, hat sich der Prozentsatz der anerkannten Schwerbeschädigten unter den im städtischen Dienst Stehenden wesentlich verringert. Bei künftigen Bewerbungen für den städtischen Dienst wird daher auf die Einstellung von Schwerbeschädigten besonders geachtet werden.

Zu der Verpflichtung, 10% der Arbeitsplätze durch Schwerbeschädigte zu besetzen, ist durch das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes vom 11. Mai 1951 die Verpflichtung hinzugekommen, eine bestimmte Zahl von Beamtenstellen mit Personen aufzufüllen, die unter Art. 131 des Grundgesetzes fallen, und an den Bund Ausgleichsleistungen zu erbringen, falls der Besoldungsaufwand der beschäftigten Unterbringungsteilnehmer 20% des Gesamtbemessungsaufwands für Beamte und Angestellte nicht erreicht. Da die Stadtverwaltung bis Ende des Jahres 1952 die Verpflichtung zur Einstellung von Unterbringungsteilnehmern noch nicht erfüllt hat, muß in Zukunft bei der Einstellung von Beamten besonders auf diese Verpflichtung geachtet werden, damit die Stadtverwaltung endlich wieder frei wird, Beamte, insbesondere auch solche aus den Reihen der eigenen Beamten- und Angestelltenschaft, einzustellen und zu befördern. Als Ausgleichsleistung an den Bund hat die Stadt im Jahr 1952 rund 47 000 DM bezahlt.

Unter den Personalveränderungen ist hervorzuheben, daß auf 31. März 1952 Stadtbauamtmann Kollmar vom Hochbauamt in den Ruhestand versetzt worden ist. An seiner Stelle ist Baumeister Keuerleber zum Stadtbauoberinspektor des Hochbauamts ernannt worden. Ferner wurde der bisherige Leiter der Steuerstelle, Stadtoberinspektor Bäßler, als stellvertretender Amtsvorstand zum Amt für öffentliche Ordnung versetzt. Zu seinem Nachfolger wurde Stadtoberinspektor Geyer, früher bei der Buchhaltung der Stadtkasse, bestellt. Stadtplaner Dipl.-Ing. Beicher wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1953 zum städtischen Baurat ernannt. Auf 1. Januar 1953 wurde ferner der bisherige Leiter des Wohnungsamtes, Stadtoberinspektor Schmid, mit der Bearbeitung der Verwaltungsangelegenheiten des Tiefbauamts betraut. Dafür wurde der bisherige zweite Beamte des Wohnungsamtes, Stadtinspektor Bames, mit der Leitung des Wohnungsamtes betraut.

Die Stadt hat zur Zeit an die Pensionskasse für Körperschaftsbeamte Ruhegehaltsanteile zu bezahlen für 29 Ruhegehaltsempfänger und 17 Beamtenwitwen der Stadt. Ferner gewährt sie Ruhegehälter an 32 frühere Angestellte und Arbeiter und

Witwengeld an 23 Witwen früherer Angestellten und Arbeiter. Im Berichtsjahr konnten folgende Jubilare geehrt werden: Stadtsekretär Spannenberger bei der Stadtkasse für 50jährige Dienstzeit; Stadtmann Pfeiffer, Leiter des Rechtsamtes, für 40jährige Dienstzeit; Stadtoberinspektor Bäßler beim Amt für öffentliche Ordnung; Monteur Künstle bei den Stadtwerken, und Trichinenschauerin Pietsch beim Fleischbeschauamt für 25jährige Dienstzeit.

Im Dezember 1952 fand eine Weihnachtseinladung der städtischen Pensionäre und Ruhelohnempfänger statt.

2. Der Personalaufwand der Stadt (ohne Stadtwerke) betrug nach der abgeschlossenen Rechnung 1951 2 076 278 DM. Das sind bei einer Summe der Rechnung des ordentlichen Haushaltsplans von 10 145 858 DM 20,5%. Im laufenden Rechnungsjahr 1952 ist mit einem erheblichen Anwachsen der Personalausgaben zu rechnen. Dabei sind vor allem folgende Erhöhungen zu berücksichtigen:

a) Wie bereits oben erwähnt, hat sich die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Jahr 1952 gegenüber dem Stand von 1951 *erhöht*.

b) Die seit langem erwartete Besoldungsreform für die *Beamten*, deren Bezüge zur Zeit bei 120% der Bezüge von 1938 liegen, ist im Jahr 1952 durch die dafür maßgebliche Bundesgesetzgebung noch nicht vorgenommen worden. Die Beamten haben jedoch im Juli 1952 ein halbes Monatsgehalt erhalten, ferner im Dezember als Notstandsbeihilfe 30% des Grundgehalts. Die Frage, wie die letztgenannte Leistung besoldungsrechtlich und steuerrechtlich endgültig behandelt werden soll, ist noch offen.

Mit einer baldigen Angleichung des Besoldungsrechts in Baden-Württemberg an die zunächst nur für die Bundesbeamten geltende zweite Novelle zum Besoldungsgesetz, die das Wohnungsgeld und die Kinderzuschläge betrifft, ist zu rechnen.

c) Die Gehälter der *Angestellten* sind durch Tarifvertrag vom 9. Juni 1951 geregelt worden. Im Jahr 1952 haben auch die Angestellten im Sommer ein halbes Monatsgehalt und im Dezember die 30%ige Notstandsbeihilfe erhalten.

Da die Gewerkschaft Öffentliche Dienste den Tarifvertrag für die Angestellten der Gemeinden auf 31. Dezember 1952 gekündigt hat, ist mit erneuten Zuschlägen oder Erhöhungen zu rechnen.

d) Die Löhne der *Arbeiter* des öffentlichen Dienstes sind durch den Bundeslohntarifvertrag vom 9. Juni 1951 geregelt worden. Im Sommer 1952 haben auch die Arbeiter eine einmalige Ausgleichszahlung im Umfang von 2 Wochenlöhnen erhalten. Im Dezember 1952 haben sie ferner eine Notstandsbeihilfe in Höhe von 52 Stundenlöhnen steuerfrei erhalten. Auch der Tarif für die Arbeiter des öffentlichen Dienstes ist auf 31. Dezember 1952 gekündigt.

e) Auf Weihnachten 1952 wurde auf Grund eines Tarifvertrags und in gewisser Anlehnung an die bundesrechtliche Regelung einheitlich an alle Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt eine *Weihnachtsgratifikation* ausbezahlt und zwar erhielten die Ledigen, Geschiedenen und Verwitweten . . . je 40 DM die Verheirateten . . . je 60 DM dazu für die kinderzuschlagsberechtigten Kinder . . . je 15 DM

3. Anstelle einer Maifeier wurde im Berichtsjahr getrennt für Verwaltung und Stadtwerke ein Betriebsausflug mit Omnibussen durchgeführt. Die Angehörigen der Verwaltung fuhren nach Baden-Baden, die der Stadtwerke zu den Triberger Wasserfällen. Beide Ausflüge waren vom Wetter begünstigt und

brachten den Teilnehmern unvergeßliche Eindrücke von der Schönheit unserer weiteren Heimat.

4. a) Die Stadtverwaltung ist ständig um die Ausbildung ihrer Nachwuchskräfte bemüht. Verschiedene jüngere Angestellte besuchten Lehrgänge, um sich auf den mittleren Verwaltungsdienst vorzubereiten.

b) Das Stadtmessungsamt wird im Frühjahr 1953 wieder zwei Vermessungslehrlinge in Ausbildung nehmen, nachdem zwei bisherige Lehrlinge ihre Abschlußprüfung mit Erfolg abgelegt haben.

c) Als eine wesentliche Neuerung wird die Stadtverwaltung auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses im kommenden Frühjahr 3—4 Verwaltungslehrlinge aus den Tübinger Volksschulen in eine 3jährige Ausbildung übernehmen, um sie auf den Dienst als Angestellte oder als mittlere Verwaltungsbeamte vorzubereiten.

I. Finanzwesen

I. Stadtpflege

Die gesamte Arbeit der Stadtverwaltung kommt zum Ausdruck in den Zahlen des städtischen Haushalts und sie findet zugleich im Ganzen wie in den einzelnen Teilen ihre Grenzen in den finanziellen Möglichkeiten der Stadt.

1. Ehe ich die neuesten Zahlen nenne, ist es wohl von Interesse, wenn wir uns einmal die Entwicklung des städtischen Haushalts über einige Jahrzehnte hin vergegenwärtigen:

im Jahr 1877 betragen die Gesamtausgaben	
der Stadt	199 500.—
im Jahr 1900	387 000.—
im Jahr 1910	1 045 000.—
im Jahr 1925	2 043 000.—
im Jahr 1939	4 486 000.—
im Jahr 1945	6 291 000.—
im Jahr 1951	10 146 000.—

Diese Steigerung der Ausgaben ist bedingt durch die erhebliche *Entwertung* des Geldes, vor allem gegenüber den früheren Jahrzehnten, durch das *Wachstum* der Bevölkerung unserer Stadt auf ein Mehrfaches, durch die erhöhten *Ansprüche der Bevölkerung* an Versorgungseinrichtungen wie Gas, Wasser, Elektrizität, Reinigung, Beleuchtung und Kanalisation und nicht zuletzt durch die unheilvolle *Auswirkung zweier verlorener Weltkriege* mit all ihren vielgestaltigen Kriegs- und Kriegsfolgelasten, die — wenn zum Teil nur durchlaufend — auch unseren kommunalen Haushalt belasten.

2. Der Haushaltplan 1952 wurde wiederum zu Beginn des Rechnungsjahres aufgestellt, so daß von vornherein eine geordnete Finanzwirtschaft sichergestellt war. Der ordentliche Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1952 wurde in den Einnahmen und Ausgaben auf 9 236 025 DM, der außerordentliche Haushaltplan auf 2 481 900 DM festgesetzt.

Nach Ablauf des ersten Halbjahres des Rechnungsjahrs 1952, also nach dem Stand vom 30. September 1952, wurde dem Gemeinderat ein umfassender Zwischenbericht über die bisherige Ausführung des Haushaltplans und über die voraussichtliche Entwicklung bis zum Ende des Rechnungsjahres 1952 gegeben. Es ist beabsichtigt, mit Rücksicht auf einige beträchtliche Veränderungen gegenüber den Planansätzen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite dem Gemeinderat im Februar 1953 einen Nachtrag zum ordentlichen und außerordentlichen Haushaltplan 1952 zur Beschlußfassung vorzulegen.

Derzeit sind daneben schon die Vorarbeiten für den Haushaltplan 1953 im Gang. Eine vorläufige Zusammenstellung über die für das Jahr 1953 und die Folgezeit angemeldeten Bauvorhaben der Stadt ist den Mitgliedern des Gemeinderats bereits zugegangen.

II. Stadtkasse

Die Stadtkasse war auch im vergangenen Jahr bemüht, die Steuern, Gebühren und Mieteinnahmen der Stadt beizubringen, ohne daß die Ausstände beim Rechnungsabschluß gegenüber dem Vorjahr angestiegen wären. Es hat sich gezeigt, daß die auf 1. August 1951 erfolgte Einstellung eines zweiten Vollziehungsbeamten ein dringendes Erfordernis war.

Im einzelnen wurden folgende Beitreibungsmaßnahmen notwendig:

2 241 (i. V. 2 785)	Zahlungserinnerungen
13 465 (i. V. 11 219)	Mahnungen nach der Reichsabgabeordnung
2 879 (i. V. 2 410)	Vollstreckungsanordnungen
11 (i. V. 21)	Pfändungen in das bewegliche Vermögen
26 (i. V. 8)	Forderungspfändungen
69 (i. V. 123)	Lohn- und Gehaltspfändungen
83 (i. V. 46)	Anträge an das Amtsgericht auf Erlassung von Zahlungsbefehlen wegen privatrechtlicher Forderungen
59 (i. V. 30)	Anträge an das Amtsgericht auf Erlassung von Vollstreckungsbefehlen wegen privatrechtlicher Forderungen
355 (i. V. 371)	Amtshilfeersuchen wegen öffentlich-rechtl. Ansprüche an andere Behörden
6 (i. V. 2)	Sicherungsübereignungsverträge.

Auf 1. Januar 1952 hat die Stadtkasse auch die Mahnung der Zahlungsrückstände von den Stadtwerken übernommen. Bis 1. Dezember 1952 wurden 5200 Zahlungserinnerungen gefertigt.

Für fremde Behörden hat die Stadtkasse 337 (i. V. 226) Amtshilfeersuchen erledigt.

Der *Abschluß* des Rechnungsjahres 1951, das mit dem 31. März 1952 zu Ende ging, konnte auf 1. Oktober 1952 gefertigt werden. Durch Beschaffung einer zweiten Buchungsmaschine für die Sachbuchung wurde die Buchführung verbessert und die Buchungsvorgänge beschleunigt. Auf 1. April 1952 wurde die Verbundrechnung eingeführt. Mittels dieses neuen Rechnungstils wird erreicht, daß die Bestände des Vermögens und der größte Teil der Schlußabrechnungen laufend ergänzt und automatisch fortgeschrieben werden. Gleichzeitig wird der Rechnungsabschluß auch für den Nichtfachmann verständlicher.

III. Steuerstelle

Den wichtigsten Einnahmeposten stellen die Einnahmen und Gebühren dar, die von der Steuerstelle veranlagt und erhoben werden.

1. Gewerbesteuer

Auf dem Gebiet der Gewerbesteuer ist die städtische Steuerstelle an die Besteuerungsgrundlagen gebunden, die vom Finanzamt geliefert werden. Im Jahr 1952 ist es dem Finanzamt Tübingen gelungen, die restliche Veranlagung zur Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1949 abzuschließen, die Veranlagung für das Kalenderjahr 1950 durchzuführen und in einem Teil der Fälle auch schon die Veranlagung für das Kalenderjahr 1951 vorzunehmen. Anschließend hat unsere städtische Steuerstelle die entsprechende Veranlagung zur Gewerbesteuer

durchgeführt. Durch die Änderung des Gewerbesteuergesetzes wurde die Mindeststeuer eingeführt, die für Tübingen in etwa 230 Fällen zum Ansatz kommt. Ferner ist die Zuständigkeit zur Anpassung der Gewerbesteuervorauszahlungen auf die Gemeinden übergegangen. Das Aufkommen an Gewerbesteuer betrug im Kalenderjahr 1952

aus Vorauszahlungen	1 750 000 DM
aus Nachholungen 1950	850 000 DM
	<hr/>
	2 600 000 DM

Für die Zukunft ist nicht mit so hohen Nachholungen zu rechnen, so daß das Gewerbesteueraufkommen der nächsten Jahre den genannten Gesamtbetrag voraussichtlich unterschreiten wird.

Infolge der großen Nachholungen aus dem Erhebungszeitraum 1950 waren im Jahr 1952 etwa 300 *Stundungsgesuche* zu bescheiden. Soweit es sich um große Beträge handelte, hat der Gemeinderat selbst die Bezahlung der Nachholungen an die finanziellen Möglichkeiten der besteuerten Betriebe angepaßt.

b) Als *Gewerbesteuerausgleich* haben bekanntlich die Gemeinden für die in gewerbesteuerpflichtigen Betrieben tätigen auswärtigen Arbeitnehmer einen Kopfbetrag von 50 DM an die Wohnsitzgemeinden zu bezahlen, sofern aus einer Wohnsitzgemeinde mehr als 10 Arbeitnehmer in der betreffenden ausgleichspflichtigen Gemeinde tätig sind. Die Stadt hat unter Berücksichtigung der Zahl der Ein- und Auspendler von den einzelnen Wohnsitzgemeinden per Saldo an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen für 3480 Einpendler bei einem Satz von 50 DM zus. = 174 020 DM zu bezahlen und wiederum per Saldo für 403 Auspendler 20 150 DM zu bekommen.

Insgesamt ist mit rund 70 Gemeinden der Gewerbesteuerausgleich angelaufen.

c) Im Kalenderjahr 1952 waren 285 Gewerbebeanmeldungen und 245 Gewerbeabmeldungen, insgesamt also 530 Meldungen zu bearbeiten.

Die erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (rund 250 An- und Abmeldungen) ist durch die starke Zunahme des ambulanten Gewerbes bedingt.

d) Gemäß gesetzlicher Vorschrift hatte die städtische Steuerstelle auch im Jahr 1952 die Handwerkskammerumlage im Auftrag der Handwerkskammer Reutlingen umzulegen, einzuziehen und abzuliefern. Sie betrug bei 784 Handwerksbetrieben rund 10 000 DM.

2. Grundsteuer

Bei der Grundsteuer beträgt der Planansatz 1952 1 309 000 DM. Das Grundsteueränderungsgesetz vom 10. August 1951 wird sich jedoch nach den neuesten Berechnungen unserer Steuerstelle dahin auswirken, daß sich die Grundsteuer

bei unbebauten Grundstücken um	50 000 DM
und bei bebauten Grundstücken um	33 000 DM
insgesamt um	83 000 DM
auf etwa	1 226 000 DM

ermäßigen wird.

3. Einwohnersteuer

Die Veranlagung der Einwohnersteuer konnte auch im Jahr 1952 erst Mitte Oktober beendet werden. Vor Erteilung der Steuerbescheide wurden intensiver als in den Vorjahren diejenigen Steuerfälle von vornherein ausgeschieden, bei denen wegen geringen Einkommens Befreiungsgründe als vorliegend angenommen werden konnten. Dadurch hat sich die Zahl der

Steuerbescheide und die Zahl der Einsprüche sowie der Erlaßgesuche wesentlich verringert.

Es waren auszufertigen:

14 900 Einwohnersteuerbescheide	(i. V. 17 000)
1 600 Änderungen des Steueransatzes	(i. V. 2 800)

Das Aufkommen an Einwohnersteuer wird sich mit 150 000 DM ungefähr in der Höhe des Vorjahres halten. Da allein noch der Landesbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern die Einwohnersteuer kennt, muß damit gerechnet werden, daß diese im Zuge einer einheitlichen Regelung des Finanzausgleichs für das gesamte Bundesland Baden-Württemberg in absehbarer Zeit in Wegfall kommt.

4. Das Aufkommen an *Vergnügungssteuer* wird im Haushaltsjahr 1952 130 000 DM erreichen. Es steigt gegenüber dem Vorjahr etwas durch die Eröffnung der neuen Kinos in Lustnau und am Haagtor, sowie durch die sonstige Zunahme an Veranstaltungen.

5. Getränkesteuer

Nach dem Vorgang anderer Städte hat die Stadtverwaltung Tübingen Betriebsprüfungen zur Feststellung der Getränkesteuer durchgeführt, um im Interesse der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit der Besteuerung möglichst vollständig die Getränkesteuerbeträge zu erfassen, die ja den Besuchern der Gaststätten tatsächlich in Anrechnung gebracht werden. Das ordentliche Jahresaufkommen im Rechnungsjahr 1952 erhöht sich auf Grund des Ergebnisses der Betriebsprüfung um etwa 30 000 DM. Dazu kommen Steuernachholungen aus den Jahren seit der Währungsreform.

6. Hundesteuer

Die Steuerstelle hatte im Jahr 1952 die Hundesteuer in etwa 920 Fällen zu veranlagern. Da für Jagdhunde eine Ermäßigung gesetzlich nicht zulässig ist, mußte der Gemeinderat entsprechend einer Beanstandung der Aufsichtsbehörde die Steuer für Jagdhunde auf den Normalsatz erhöhen.

7. Neben den eigentlichen Steuersachen sind der städtischen Steuerstelle noch eine Reihe weiterer Aufgaben übertragen:

- die Erhebung der Brand- und Sturmschadensumlage für die Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt, sowie die Bearbeitung von Brand- und Sturmschadensfällen;
- die Veranlagung der Hausgebühren (Gebühren für Straßenreinigung und Müllabfuhr), die allerdings ab 1. April 1952 der Bauratschreiberei übertragen worden ist.
- die Erhebung der Umlage für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft;
- die Fertigung der Viehseuchenumlage;
- die Ergänzung der Urkartei des Finanzamts;
- die Ausschreibung und die Ausgabe der Lohnsteuerkarten (19 290 Karten);
- die Fortführung der Personenstandskartei der Steuerstelle;
- die Sachbearbeitung für die amtlichen Schätzungen durch die Schätzungsabteilung des Gemeinderats;
- die Fertigung von Äußerungen an das Landratsamt bezüglich der Preisüberwachung bei Grundstückspreisen.

IV. Schulpflege

1. Einrichtung einer *Mittelschule* und einer *Höheren Handelsschule*.

Der Gemeinderat hat am 4. Februar 1952 im Grundsatz die Einrichtung einer Mittelschule und einer Höheren Handels-

schule gebilligt. In seiner Sitzung vom 21. April 1952 hat der Gemeinderat beschlossen, die Mittelschule vom Schuljahr 1952/53 an zunächst mit jährlich *einer* Klasse anlaufen zu lassen. Der Beginn der Höheren Handelsschule wurde zurückgestellt, bis in dem vorgesehenen Neubau für die Berufsschule der erforderliche Schulraum vorhanden ist.

2. Über das *Projekt des Neubaus der Berufsschule* werde ich im Rahmen des Ausblicks auf das Jahr 1953 berichten.

In den *Schulgebäuden* sind auch im Jahr 1952 neben vielen Unterhaltungsarbeiten wesentliche Verbesserungen durchgeführt worden. Im besonderen ist in der Silcherschule eine Zentralheizung eingebaut, auch sind in allen Stockwerken Spülaborie eingerichtet worden.

Ferner ist die Westfassade des Gewerbeschulgebäudes an der Schmidtorstraße, deren prächtiges Fachwerk vom Holzbock befallen war, mit einem Aufwand von 8600 DM ausgebessert und teilweise erneuert worden. Weitere 6500 DM werden noch für die Instandsetzung des Gebäudes nötig sein.

Insgesamt meldet das Hochbauamt, daß es für die Instandsetzungsarbeiten an Schulgebäuden und für die Verbesserung ihrer Einrichtungen im Jahr 1952 einen Betrag von 180 000 DM aufgewendet hat.

3. Schulkosten

Von den gesamten Ausgaben des ordentlichen Haushalts 1952 mit 9 236 025 DM entfallen allein 1 514 080 DM oder 16,4% auf das Schulwesen. Diesem Aufwand stehen auf der Einnahmeseite 340 270 DM aus Schulgeldeinnahmen sowie aus Zuweisungen des Landes und der Kreisverbände für den Besuch auswärtiger Schüler gegenüber. Immerhin verbleibt ein reiner Zuflußbedarf von 1 173 710 DM.

Dieser Betrag gliedert sich wie folgt:

Allgemeine Schulverwaltung	13 800.—	(i. V. 1 110.—)
Volks- und Hilfsschulen	418 100.—	(i. V. 521 410.—)
Höhere Schulen	416 780.—	(i. V. 398 240.—)
Kaufmännische, Gewerbliche, Hauswirtschaftliche Berufsschule	245 130.—	(i. V. 161 420.—)
Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	39 900.—	(i. V. 42 520.—)
Waldorfschule	40 000.—	(i. V. 40 000.—)
	<hr/>	
	1 173 710.—	(i. V. 1 164 700.—)

4. Schülerzahlen

Im Schuljahr 1952/53 werden unsere Schulen wie folgt besucht:

	1952/53	Im Vorj. 1951/52	Gegenüber 1939 mehr
Volks- u. Hilfsschulen	3267	3530	26% (i. V. 36%)
(also ein Rückgang v. 263 Schülern)			
Mittelschule	45	—	—
Höhere Schulen	1801	1684	82% (i. V. 71%)
(also ein Zugang von 117 Schülern)			
Kaufm. Berufsschule	442	423	84% (i. V. 76%)
Gewerbl. Berufsschule	1453	1509	136% (i. V. 145%)
Hauswirtschaftl. Berufsschule	319	297	58% (i. V. 47%)
Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	205	187	95% (i. V. 78%)

5. Auswärtige Schüler

Die Zahl der auswärtigen Schüler beträgt im Schuljahr 1952/53:

	Aus dem Kreis Tübingen	Aus anderen Kreisen
an den höheren Schulen	351 (i. V. 338)	27 (i. V. 31)
an der Kaufm. Berufsschule	22 (i. V. 10)	4 (i. V. 5)
an der Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	77 (i. V. 65)	13 (i. V. 8)

Im Rechnungsjahr 1951 betragen

- die Beiträge der Kreisverbände, zu deren Bezirk die Schülerwohn-gemeinden gehören, 75 v. H. der Kopfbeträge = 59 730.— DM (i. V. 54 000.— DM)
 - die Zuschüsse des Landes aus dem Ausgleichs- und Hilfsstock 25 v. H. der Kopfbeträge = 19 910.— DM (i. V. 18 200.— DM)
- ferner erhielt die Stadt aus Sondermitteln des Landes = 7 090.— DM (i. V. 12 600.— DM)
- 86 730.— DM 85 300.— DM

Im laufenden Haushaltjahr rechnet die Stadt mit ähnlichen Beiträgen und Zuschüssen.

6. Heimatvertriebene Schüler

Seit 1946 sind in die hiesigen höheren Schulen insgesamt 326 heimatvertriebene Schüler aufgenommen worden, von denen im gegenwärtigen Schuljahr 102 unter die Sonderbestimmungen über die Schulgeldregelung für die Kinder von Ausgewiesenen fallen. Von diesen sind auf Grund der geltenden Bestimmungen 21 von der Schulgeldzahlung ganz befreit, während beim Rest ein Schulgeldnachlaß bewilligt werden kann.

7. Schulgeldnachlässe

Von den Rektoren sind im Schuljahr 1952/53 insgesamt 565 Anträge auf Schulgeldnachlaß übergeben worden.

8% der Schulgeldeinnahmen werden nach einem Gemeinderatsbeschluß für Nachlässe bereitgestellt. Die bewilligten Nachlässe betragen

- bei den höheren Schulen für einheimische Schüler 13 407.— DM (i. V. 12 400.— DM) für heimatvertriebene Kinder 4 929.— DM (i. V. 4 245.— DM)
- bei der Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule 1 107.— DM (i. V. 963.— DM)

8. Schulräume und Schichtunterricht

Die Freigabe des Frauenarbeitsschulgebäudes auf dem Schulberg auf 1. November 1952 ermöglicht es, daß die Frauenarbeitsschule am 15. Januar 1953 zunächst 6 Räume ihres alten Gebäudes wieder beziehen kann und daß sie darin später, d. h. nach Fertigstellung der umfangreichen Instandsetzungsarbeiten weiteren Raum erhalten wird. Dadurch wird vor allem bei der gewerblichen Berufsschule eine bescheidene Auflockerung eintreten.

In der beschlagnahmten Wildermuth-Schule sind — von der französischen Verwaltung — nunmehr insgesamt 11 Räume der deutschen Schulverwaltung zur Verfügung gestellt, allerdings mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Aufhebung der Beschlagnahme noch nicht erfolgen könne. Davon dienen künftig 10 Zimmer als Schulräume, ein Zimmer als Rektors- und Lehrerzimmer der Mädchenoberschule. Die Mädchenoberschule

kann damit großenteils in ihr früheres Schulgebäude übersiedeln und ist nur noch auf die Inanspruchnahme von 3 Klassenräumen und auf die Mitbenützung der Spezialräume im Uhlandgymnasium angewiesen. Gleichzeitig war es auch möglich, für die Grundschüler des 1. und 2. Schuljahres einen zweiten Raum in den Schulgebäuden an der Uhlandstraße zur Verfügung zu stellen.

Die Raumnot an den Volks- und höheren Schulen ist aber immer noch sehr groß. Den 79 Klassen der Volksschulen in Tübingen mit den Stadtteilen Derendingen und Lustnau stehen nur 66 Klassenzimmer zur Verfügung. Einschließlich der nunmehr in der Wildermuthschule zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten verfügen die 55 Klassen der höheren Schulen über 39 Klassenräume. Sowohl bei den Volksschulen wie bei den höheren Schulen ist daher nach wie vor Schichtunterricht und Kürzung der Unterrichtsstunden in erheblichem Umfang erforderlich. Die Gewerbliche und die Kaufmännische Berufsschule können vor der Fertigstellung ihres Neubaus bei weitem nicht den vollen lehrplanmäßigen Unterricht für die betr. Berufsjahrgänge durchführen.

K. Arbeit des Gemeinderats

Entscheidenden Einfluß auf alle in diesem Verwaltungsbericht erwähnten Maßnahmen und Vorhaben haben Sie, meine Dame und meine Herren des Tübinger Gemeinderats. Ihre Verantwortungsfreudigkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber all diesen vielseitigen kommunalpolitischen Fragen hat die Stadtverwaltung in die Lage versetzt, so tatkräftig und erfolgreich zugunsten unserer Tübinger Bürgerschaft zu wirken. Lassen Sie mich dafür Ihnen allen als dem allein beschlußfassenden Gremium herzlichst danken. Ihre Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft war auch im vergangenen Jahr wieder ungewöhnlich groß und umfassend. Ich darf aus der Fülle der Ereignisse des vergangenen Jahres nur daran erinnern, daß Sie nach Erörterung aller grundsätzlichen Schulprobleme unter starker Anteilnahme der Öffentlichkeit den Beschluß gefaßt haben, die Notwendigkeit eines Neubaus für die Kaufmännische und Gewerbliche Berufsschule als vordringlichste Aufgabe zu bejahen und für sie einen nach städtebaulichen Erkenntnissen geeigneten Bauplatz auszuwählen.

1. In je 23 öffentlichen und nichtöffentlichen *Plenarsitzungen* (i. V. 20) hat der Gemeinderat über 520 (i. V. 630) Fragen von allgemeiner Bedeutung beraten. Eine Neuerung des abgelaufenen Kalenderjahrs war, daß der Entwurf des Haushaltplans 1952 diesmal nicht nur durch die Fraktionsvorsitzenden, welche bisher den sog. Haushaltsausschuß bildeten, sondern durch die gesamte Innere und Technische Abteilung in 8 Sitzungen vorberaten wurde. Dieses Verfahren hat sich durchaus bewährt und die Verabschiedung des Haushalts im Plenum des Gemeinderats wesentlich erleichtert.

2. Das Kalenderjahr 1952 war besonders durch zahlreiche *Besichtigungen* durch Gemeinderat und Abteilungen charakterisiert. Auch wurden zahlreiche Neuerungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, der Industrieansiedlung und der Verkehrslösungen sowie kulturelle Einrichtungen wie Museen, Bühnen u. dgl. im In- und Ausland besichtigt. Dadurch wurden zahlreiche wichtige Erkenntnisse gewonnen, die dem Gemeinderat seine Beschlußfassung auf den genannten Gebieten wohl wesentlich erleichterten.

Die *Innere* und *Technische Abteilung* hat in 29 Sitzungen (i. V. 23) über 700 (i. V. 830) Gegenstände Beschluß gefaßt oder sie zur Entscheidung für den Gemeinderat vorberaten.

3. Besonders wertvoll war die Reise der Inneren und Technischen Abteilung des Gemeinderats in die Schweiz, wo wir durch die Stadtverwaltung Zürich eine umfassende Führung durch Wohnungsbauten, Schulbauten, Freibäder und Verkehrseinrichtungen erfahren haben. Zur Vorbereitung des Wettbewerbs für die Berufsschulneubauten fanden zwei Besichtigungsfahrten nach Bruchsal, Schwetzingen und Eberbach sowie nach Eßlingen, Göppingen und Aalen statt.

4. Die *Kulturabteilung* hat im vergangenen Jahr 4 Sitzungen durchgeführt. Sie hat ferner unter anderem das Heimatmuseum und das Spendhaus in Reutlingen besichtigt.

5. Die *Sozialabteilung* und der *Verwaltungsrat des Tübinger Hilfswerkes* haben in mehreren Sitzungen im Interesse unserer durch die Kriegsfolgen betroffenen Bevölkerungskreise wertvolle Arbeit geleistet.

6. Auch die *Schätzungsabteilung* hat in diesem Jahr wiederum in bewährter Weise eine beträchtliche Zahl von Schätzungen für den Grundstücksverkehr und insbesondere für Beleihungen durchgeführt.

7. Über die schwierige Arbeit des *Wohnungsausschusses* und der *Wohnungsabteilung* habe ich schon in anderem Zusammenhang berichtet.

8. Erwähnt habe ich auch schon die Arbeit des im vergangenen Jahr neugebildeten *Verkehrsausschusses* sowie die Arbeit des *Verteilungsausschusses*, der über die Verteilung von Bauförderungsmitteln in Höhe von 2 446 000.— DM Beschluß zu fassen hatte.

9. Der bei der Gemeinderatswahl am 18. November 1951 wieder gewählte Stadtrat *Schimpf* sah sich leider aus gesundheitlichen Gründen veranlaßt, seine bewährte Mitarbeit im Tübinger Gemeinderat einzustellen. An seine Stelle rückte Stadtrat *Raiser* von der Freien Wählervereinigung nach.

10. Der Gemeinderat bestand im Kalenderjahr 1952 aus folgenden Vertretern der einzelnen Fraktionen:

- 10 Vertreter der FDP (DVP)
- 5 Vertreter der CDU
- 5 Vertreter der Freien Wählervereinigung
- 4 Vertreter der SPD
- 1 Vertreter der KPD
- 1 Vertreter der „Jungen Stadt“

26 Stadträte.

11. An dieser Stelle erinnere ich auch noch an Ihren einstimmigen Beschluß, die verdienten Tübinger Bürger

Baumeister Friedrich *Dannenmann* und
Reichsbahnobersekretär i. R. Paul *Löffler*

zu *Ehrenbürgern* der Universitätsstadt Tübingen zu ernennen. Zu unserem aufrichtigen Bedauern ist unser Ehrenbürger *Dannenmann* kurze Zeit nach dieser Ehrung im Alter von 89 Jahren verstorben und von Gemeinderat und Stadtverwaltung sowie vielen Vertretern der Bürgerschaft feierlich zur letzten Ruhe geleitet worden.

Meine Dame und meine Herren des Gemeinderats!

Darf ich diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen allen für Ihre Zusammenarbeit mit mir und für die im abgelaufenen Jahr erzielten Erfolge namens der gesamten Bürgerschaft von Tübingen zu danken. Vor allem war es für mich wieder eine große Befriedigung, daß wir in grundsätzlichen Fragen der städtischen Selbstverwaltung in sachlicher Weise unsere Meinungen ausgetauscht haben und daß unsere Beschlüsse fast

ohne Ausnahme mit überwiegender Stimmenmehrheit, nicht selten einstimmig, gefaßt wurden. Ernsthafte Verschiedenheiten in der persönlichen Auffassung oder Überzeugung des einzelnen wurden wie in der Vergangenheit geachtet und anerkannt. Wir hoffen, daß auch die künftigen Beratungen und Beschlüsse unseres Gemeinderats unter diesem Vorzeichen stehen werden.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht noch auf eine Frage zu sprechen kommen, welche die *Amtsauer unseres Gemeinderats* berührt. Wie Sie wohl wissen, ist von der Landesregierung in Aussicht genommen, die Neuwahl der Gemeinderäte im gesamten neuen Bundesland Baden-Württemberg auf einen einheitlichen Termin Ende 1953 festzusetzen. Dies würde bedeuten, daß die Amtszeit der in den Jahren 1948 und 1951 gewählten Gemeinderatsmitglieder von 6 auf 5 Jahre verkürzt würde. Ob dieselbe Regelung auch für die Amtsdauer der Bürgermeister Anwendung finden wird, ist noch nicht bekannt.

Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese damit bevorstehende neue Gemeinderatswahl und auch die im Spätsommer stattfindende Neuwahl zum zweiten deutschen Bundestag die sachliche Arbeit unserer Selbstverwaltung nicht durch ein Übersäumen der politischen Meinungsverschiedenheiten stören möge. Die bisherige erfreuliche Zusammenarbeit der Rathausfraktionen scheint mir die Gewähr zu bieten, daß wir in dieser Hinsicht keine Befürchtungen und Sorgen zu haben brauchen.

Neben diesem Dank an Sie, meine verehrten Mitglieder des Gemeinderats, möchte ich auch allen Mitarbeitern in der Stadtverwaltung und in den Stadtwerken, den zahlreichen Beamten, Angestellten und Arbeitern, an ihrer Spitze wiederum dem bewährten Herrn Stadtdirektor *Asmuß*, ferner der Personalvertretung und dem Betriebsrat herzlichsten Dank und volle Anerkennung aussprechen.

Viel Nachhol- und Aufbauarbeit ist in dem vergangenen Kalenderjahr geleistet worden. Erfreulicherweise war es möglich, den städtischen Bediensteten ihre wirtschaftliche Lage teilweise durch Lohnerhöhungen und Gehaltsverbesserungen zu erleichtern und damit ihre Arbeitsleistung auch in dieser Hinsicht anzuerkennen. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß trotz der damit verbundenen finanziellen Mehrbelastung auch im kommenden Jahr vor allem den Angestellten und Beamten eine Angleichung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten ermöglicht werden kann, was bei den Arbeitern im öffentlichen Dienst durch mehrfache tarifvertragliche Regelung in weitergehendem Umfang als bei den Angestellten und Beamten bereits geschehen ist.

Herzlichen Dank sage ich auch allen ehrenamtlichen Kräften in den verschiedenen Abteilungen und Ausschüssen des Gemeinderats, den staatlichen Behörden, insbesondere unserem Herrn Regierungspräsidenten Dr. *Walser*, mit dem wir ausgezeichnet zusammengearbeitet haben, dem Kreistag und Kreisrat mit Herrn Landrat *Zabr*, den wir heute in unserer Mitte begrüßen dürfen, dem Gemeindetag von Württemberg-Hohenzollern, den Kirchen, dem Roten Kreuz für seine Gefangenenhilfe, den Gewerkschaften, den Ortsschulräten, mit denen wir schwierige schulische Probleme in Konzilianz behandelt haben, den caritativen Verbänden, den staatsbürgerlichen und geselligen Vereinigungen wie Museum, Bürger- und Verkehrsverein, Schutzbund für Staatsbürgerrechte, den Kreditinstituten von Stadt und Land und nicht zuletzt unserer *Lehrerschaft*, deren unermüdlichem Einsatz wir die erfolgreiche Ausbildung unserer *Jugend* in Schulen aller Art und die wirkungsvolle Erziehung unserer Mädels und Jungen fürs Leben zu danken haben.

Besonderen Dank möchte ich aber auch den hier anwesenden Vertretern von *Rundfunk* und *Presse* aussprechen, die immer in aktiver und aufgeschlossener Weise über die Arbeit von Gemeinderat und Stadtverwaltung berichtet haben und in schwierigen Fragen um eine objektive Schilderung und Aufklärung der Bevölkerung bemüht waren. Dank sei auch unserer gesamten *Bürgerschaft* gesagt, die im vergangenen Jahr mit großem Interesse und reger Anteilnahme unsere kommunalpolitische Arbeit verfolgt und sich für unsere Aufgaben aufgeschlossen gezeigt hat.

L. Ausblick

Meine Damen und Herren!

Der Bericht über das abgelaufene Kalenderjahr hat Ihnen gezeigt, wie vielfältig und mühevoll die Lösung der Aufgaben war, vor die wir im Kalenderjahr 1952 gestellt waren. Was sich vor meinem geistigen Auge für das Kalenderjahr 1953 abzeichnet, ist aber nicht minder umfassend und schwerwiegend.

1. Eines der umfassendsten Anliegen unserer Stadt wird der Neubau für die *Gewerbliche* und die *Kaufmännische Berufsschule* sowie die *Höhere Handelsschule* sein. Das Hochbauamt war im Jahr 1952 mit der Vorbereitung dieses vom Gemeinderat beschlossenen Neubaus intensiv befaßt. Nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Baumöglichkeiten beschloß der Gemeinderat, für den Neubau der Berufsschulen das städteigene *Gelände an der Steinlach südlich der Mörikeschule* vorzusehen. Auf Grund der Vorarbeiten des Hochbauamts und auf Grund der Beratungen einer Kommission von Gemeinderatsmitgliedern und Fachleuten des Berufsschulwesens wurde ein *beschränkter Wettbewerb* unter 6 Tübinger und 4 auswärtigen Architektengruppen in die Wege geleitet. Als Ablieferungstermin ist der 31. Januar 1953 bestimmt.

Ich hoffe, daß keine Verlängerung dieses Termins notwendig werden wird. Wenn alles gut geht, kann bis Ende Februar das Preisgericht zur Begutachtung der eingegangenen Arbeiten zusammentreten. Alsdann würde der Gemeinderat in einer Sitzung im März das Ergebnis des Wettbewerbs und der Empfehlungen des Preisgerichts vorgetragen erhalten. Sollte sich eine überragende Leistung herauschälen, deren bauliche Ausführung ohne wesentliche Änderungen übernommen werden könnte, so wäre unter Berücksichtigung der Fertigstellung von Detailzeichnungen, der Ausschreibung und der Zuschlagserteilung ein Baubeginn noch im Sommer 1953 möglich.

Müßte allerdings eine grundlegende Überarbeitung der preisgekrönten Entwürfe zum Zwecke einer noch besseren endgültigen Lösung stattfinden, würde dadurch wohl eine wesentliche zeitliche *Verzögerung* eintreten. Was dies im Hinblick auf die Gespräche um eine europäische Verteidigungsgemeinschaft mit all ihren finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen für unser Großbauvorhaben bedeuten würde, dürfte uns wohl aus den Erfahrungen der Jahre 1937—1939 her noch bekannt sein. Auf jeden Fall wollen wir aber bestrebt sein, den vom Gemeinderat beschlossenen Neubau einer Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule im I. Bauabschnitt unter allen Umständen noch im Kalenderjahr 1953 zu beginnen und dann, wenn möglich, laufend in den nächsten Jahren in seinen weiteren Bauabschnitten durchzuführen.

Wir sind der Auffassung, daß neben den Volksschulen und neben den Höheren Schulen gerade die Berufsschulen und die Mittelschule besonderer Förderung bedürfen. Wenn die Stadt

Tübingen in Zukunft ihre Stellung auf dem Gebiet des Handels, des Handwerks und der Industrie walren und ausbauen will, dann erfordert dies, daß die Jugend in Tübingen und in seiner Umgebung gerade auch in den Berufsschulen einschließlich einer Höheren Handelsschule und einer Mittelschule eine möglichst intensive und berufsnahe Ausbildung in den kaufmännischen und gewerblichen Berufen erhält.

Wir müssen damit rechnen, daß der Berufsschulneubau einen Aufwand von etwa 3—4 Millionen DM erfordern wird. Es stellt damit das weitaus größte Bauvorhaben dar, das die Stadt durchzuführen hat. Es wird die städtischen Finanzen auf Jahre hinaus auf das stärkste in Anspruch nehmen. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß dadurch auch laufend für alle Zukunft die Aufwendungen der Stadt auf dem Schulgebiet noch wesentlich erhöht werden.

Den Ertrag dieser Aufwendungen hoffen wir aber, wie angedeutet, auf dem Weg über die bessere Ausbildung unserer Jugend in der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt zu finden.

2. Das Jahr 1953 wird auch den Abschluß des *Wiederaufbaus der Alleenbrücken* sehen. Dieser stellte die größte Arbeit des Tiefbauamts und überhaupt die größte Bauarbeit der Stadt im Jahr 1952 dar.

Im vergangenen Frühjahr wurde die Frage, auf welcher Trasse die neuen Alleenbrücken gebaut werden sollen, eingehend erörtert. Dabei handelte es sich einmal um die Frage des Anschlusses der Alleenbrücken an einen etwaigen künftig auszuführenden Straßentunnel durch den Schloßberg hindurch und zum anderen um die Verbindung zwischen den Alleenbrücken und der Rottenburger Straße. Nach eingehender Erörterung entschloß man sich für eine Trassierung, die an der Neckarhalde mit den alten Alleenbrücken zusammenfällt, jedoch insgesamt von der alten Trasse etwas nach Osten abweicht. Während die alten Alleenbrücken eine Fahrbahnbreite von 5,10 m und Gehwege von je 1,70 m hatten, werden die neuen Alleenbrücken eine Fahrbahnbreite von 8,50 m nebst Gehwegen von je 2,50 m erhalten. Die Kosten wurden mit rund 590 000 DM angenommen. Davon hat der Staat, weil die alten Alleenbrücken am Ende des Krieges gesprengt, also kriegszerstört worden sind, einen Beitrag von hälftiger Höhe bis zu 295 000 DM in Aussicht gestellt.

Da sich bei der Bauausführung die seinerzeit gesprengten Fundamente in weiterem als dem angenommenen Umfang als zerstört erwiesen, erhöht sich der Bauaufwand um rund 20 000 DM. Wir sind darum bemüht, daß der Staat auch an diesem Mehraufwand den hälftigen Kostenanteil übernimmt.

Mit der Inbetriebnahme ist für Ende April/Anfang Mai d. J. zu rechnen. Ich glaube, daß sich diese Brücken sehr rasch als fühlbare Entlastung in der Rappenberghalde für den derzeitigen Durchgangsverkehr erweisen werden.

Inwieweit im Zuge dieser neuerbauten Alleenbrücken auch eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der *Neckarhalde* zwischen Dekanat und Alleenbrücken möglich sein wird, werden die Haushaltsberatungen dieses und der kommenden Jahre zeigen. Daß sie sich zu einer ständigen Lebensgefahr für die dortigen Fußgänger entwickelt haben, dürfte jedem, der, wie ich, dort täglich durchzugehen hat, bewußt sein.

3. Eingehende Verhandlungen sind innerhalb des Gemeinderats wie auch mit den zuständigen staatlichen Stellen über die Frage der Wiederherstellung des ebenfalls im Jahr 1945 von militärischer Seite beseitigten Freibadstegs geführt worden. Der Wiederaufbau des Stags ist in massiver Bauweise vorgesehen worden. Die Entscheidung des Gemeinderats über die

Ausführung wird wesentlich davon abhängen, ob der Staat an den entstehenden Kosten von rund 70 000 DM die bei Kriegszerstörungen üblichen 50 % übernimmt.

4. Eine besondere Sorge bereitet der Stadt der Zustand der *Steinlachbrücken*.

a) Da der alte *Holzsteg über die Steinlach* wegen Baufähigkeit abgetragen werden mußte, hat das Tiefbauamt im vergangenen Jahr im Zuge der Moltkekaserne/Ebertstraße einen neuen Steg in stärkerer Ausführung erstellt. Baukosten 7500 DM.

b) Auch die *Steinlachbrücken* im Zuge der Heinlenstraße, der *Waldhörnlestraße* und der *Kreßbacher Straße* sind dem modernen schweren Verkehr nicht gewachsen und mehr oder weniger baufällig. Auf Grund von Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und dem Kreisverband hat der Kreistag bereits beschlossen, daß der Kreisverband im Jahr 1953 die Steinlachbrücke im Zuge der Waldhörnlestraße erneuert. Da die Stadt ohnedies etwa die Hälfte der Kreisverbandsumlage bezahlt, so trägt sie damit auch die Hälfte dieser Erneuerungskosten. Außerdem wird sie den Mehraufwand, der durch Verbreiterung der Waldhörnlestraßen-Brücke entsteht, unmitttelbar auf sich nehmen.

5. Die Stadtverwaltung hatte im Haushaltplan 1952 noch die Verbreiterung der *Bebenhäuser Straße* auf der Etterstrecke von der Sophienpflege bis zum „Adler“ in Lustnau vorgesehen. Es hat sich jedoch nunmehr herausgestellt, daß der Staat den dafür vorgesehenen Beitrag weder im Haushaltjahr 1952 noch im Haushaltjahr 1953 in seinen Etat einstellt. Unter diesen Umständen muß die Stadt Tübingen auf diese wegen des starken Kraftfahrzeugverkehrs dringlich erscheinende Straßenverbreiterung zunächst verzichten.

6. Das Tiefbauamt hat zu Beginn des Jahres 1952 als Notstandsarbeit den ersten Bauabschnitt der *Auffahrtsstraße zum Bergfriedhof* fertiggestellt. In den letzten Wochen des Kalenderjahrs 1952 wurden die Arbeiten für den zweiten Bauabschnitt dieser Auffahrtsstraße ausgeschrieben, die jetzt in den kommenden Wintermonaten ebenfalls als Notstandsarbeiten ausgeführt werden.

Über die im Finanzierungsplan vorgesehene Förderung seitens des Arbeitsministeriums ist dieser Tage vollends eine Einigung erzielt worden, so daß dem Beginn der Bauarbeiten in den nächsten Tagen nichts mehr entgegensteht. Mit dem zweiten Bauabschnitt erreicht die Auffahrtsstraße den Eingang des Bergfriedhofs und damit ihren baulichen Abschluß. Die Herstellung dieser Auffahrtsstraße ist dringend erforderlich, um zu allen Jahreszeiten einen sicheren Omnibusverkehr zum Bergfriedhof zu ermöglichen, da die bisher hierfür benützte Waldhörnlestraße zu eng und teilweise zu steil ist. Außerdem wird aber diese Auffahrtsstraße einen schönen Panoramaweg darstellen, der in seinen verschiedenen Abschnitten eine prächtige Aussicht auf die Stadt mit den dahinterliegenden Höhen, auf das Neckartal, auf das Steinlachtal und auf den Albrand bietet.

7. Ein sehr schwieriges Verkehrsproblem stellt die Kreuzung *Stuttgarter-Reutlinger Straße* dar. An dieser Kreuzung von zwei Bundesstraßen haben sich in den vergangenen Jahren mehrere tödliche Unfälle ereignet, obwohl diese Kreuzung an sich übersichtlich ist. Die Stadtverwaltung hat daher im vergangenen Jahr das Gutachten eines ersten Verkehrsfachmanns, Dr. Ing. habil. Feuchtinger, Ulm, eingeholt. Dieser hat einige vorläufige Verkehrsmaßnahmen angeregt, auf längere Sicht gesehen aber — unter Auswertung von Anregungen der Stadtplanung und des Tiefbauamts — einen großzügigen Umbau der Kreuzung im Sinn einer langgestreckten Ovallösung vor-

geschlagen, und auf ganz lange Sicht ein Kreuzungsbauwerk entworfen. Zunächst soll nun ein Versuch mit Stoppstellen im Zuge der Reutlinger Straße gemacht werden.

8. Zur weiteren Entlastung des innerstädtischen Verkehrs hat die Stadtplanung im Benehmen mit den zuständigen Stellen des Landes eine *südliche Umgehungsstraße* im Zuge der Stuttgarter Straße und der Julius-Wurster-Straße in Richtung auf das Weilheimer Kneiple vorgesehen. Im besonderen hat die Stadtplanung für die Kreuzung dieser südlichen Umgehungsstraße mit der Hedinger Straße das Projekt eines Ringverkehrs am Hedinger Eck ausgearbeitet.

Die rechtswirksame Feststellung dieses Projekts, vor allem aber seine Ausführung bedeuten für die Stadt weitere große Aufgaben.

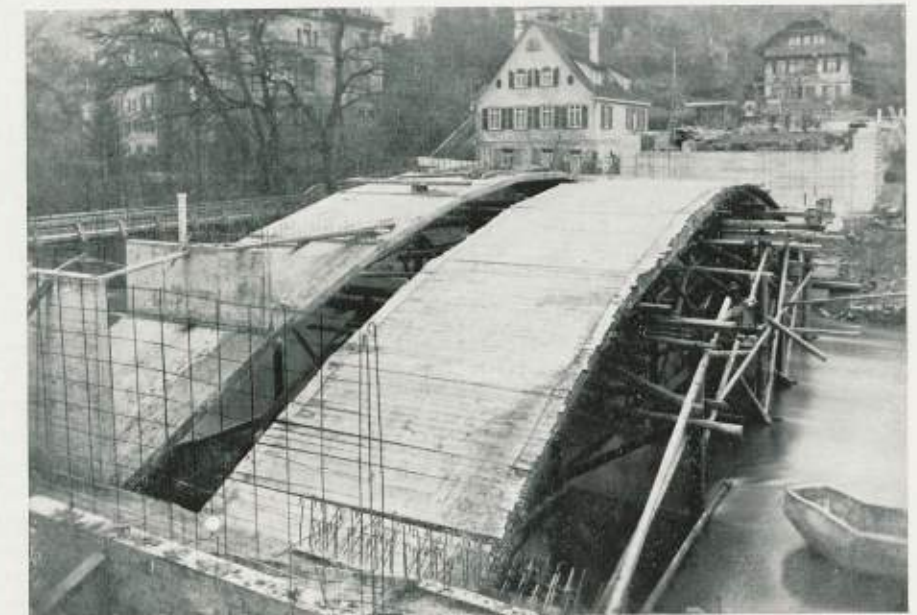
9. Besondere Verkehrsschwierigkeiten ergeben sich zur Zeit vor dem *Tübinger Hauptbahnhof*, vor allem auch durch die Aufstellung zahlreicher Omnibusse. Ein dringendes Anliegen der Stadtplanung ist daher die Ausarbeitung eines Plans für die Einrichtung eines *Omnibusbahnhofs* auf dem Postplatz und für die damit zusammenhängende Umgestaltung des Vorgefeldes des Hauptbahnhofs. Dieses schwierige Problem kann aber nur in Zusammenarbeit mit der Bundesbahn, deren Direktion ab 1. Januar 1953 wieder nach Stuttgart verlegt wird, und der Bundespost befriedigend gelöst werden.

10. Im Jahr 1953 soll für die technischen Ämter der Stadt ein Neubau erstellt werden. Dieser wird nicht von der Stadt finanziert. Vielmehr hat sich die *Zusatzversorgungskasse* Reutlingen auf Grund eingehender Verhandlungen bereit erklärt, ein größeres Verwaltungsgebäude auf städtischem Gelände an der Brunnenstraße zu bauen. Die Stadt Tübingen soll dieses Gebäude zur Unterbringung der technischen Ämter auf eine längere Reihe von Jahren mieten. Damit wird der dringenden Raumnot in den Verwaltungsgebäuden der Stadt abgeholfen werden. Die Planung und Durchführung des Neubaus ist dem Städtischen Hochbauamt übertragen. Mit dem Bau soll im Frühjahr 1953 begonnen werden.

In den letzten Wochen sind wegen dieses Neubaus noch umfangreiche Verhandlungen mit der Bauabteilung des Finanzministeriums geführt worden, weil der Staat beabsichtigt, für die Universität auf dem anschließenden Gelände mit beachtlicher Hilfe von Mc Cloy-Geldern ein Studentenheim in mehreren Baukörpern und außerdem einen Erweiterungsbau der Universitätsbibliothek zu erstellen. Es ist nunmehr gelungen, zu einer gegenseitigen Abstimmung der Bauabsichten zu gelangen, so daß auch von dieser Seite her dem Bauvorhaben der Zusatzversorgungskasse nichts mehr im Wege steht.

11. Große Aufgaben auf dem Gebiet der Stadtplanung und auf dem Gebiet der Geländeerschließung erwachsen im Jahr 1953 auch aus den Bauvorhaben der Universität und sonstiger wissenschaftlicher Institute.

Neubau der Alleenbrücke
Links: Fertiger Brückenbogen
Rechts: Lehrgerüst für den 2. Brückenbogen



a) Im Vordergrund steht das Projekt des *Neubaus einer Medizinischen Klinik* auf dem Schnarrenberg.

b) Am Fuß des Nordhangs des Osterbergs hinter dem Schlachthof soll ein Bundesforschungsinstitut für Viruskrankheiten der Tiere erstellt werden. Der künftige Leiter dieses Instituts, Herr Professor Dr. Traub, wird Anfang des Jahres aus Amerika eintreffen, um die Vorbereitungen für dieses umfassende und für die Forschungsarbeit in Tübingen wichtige Institut in die Wege zu leiten.

Das Finanzministerium — Bauabteilung — hatte schon im Jahr 1951 einen Wettbewerb für ein neues Klinikenviertel ausgeschrieben, der im Jahr 1952 zur Entscheidung kam. Die Planung umfaßt eine neue Medizinische Klinik, eine Frauenklinik und eine Nervenklinik. Zur Ausführung vorgesehen ist zunächst die Medizinische Klinik. Die Bedeutung dieses Bauvorhabens für die Stadtverwaltung kam darin zum Ausdruck, daß auch der Oberbürgermeister dem Preisgericht als Laienpreisrichter angehörte. Den 1. Preis erhielt der Hamburger Architekt *Gutschow*, der eine nicht nur vom architektonischen, sondern auch vom medizinischen Standpunkt aus hervorragende Lösung für den Klinikneubau gefunden hat. Der Finanzausschuß des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg hat gegen Ende des Jahres 1952 eine Besichtigung durchgeführt und auch seinerseits die Notwendigkeit des Ersatzes der alten Medizinischen Klinik durch einen Neubau anerkannt.

Für die städtischen Ämter, insbesondere für die Stadtplanung, das Tiefbauamt und die Stadtwerke besteht nun die Hauptaufgabe darin, die Möglichkeiten der Erschließung und des Leitungsbaus für die Versorgung des neuen Klinikenviertels auf dem Schnarrenberg mit Energie und Wasser sorgfältig zu planen. Wesentliche Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die Frondbergstraße wegen ihrer starken Steigung bis zu 11 % auf die Dauer als Zufahrt zu dem neuen Klinikenviertel nicht geeignet ist. Die Stadtplanung hat deshalb als Dauerlösung eine Auffahrt vom Käsenbachtal her vorgeschlagen.

12. Eine der weiteren großen Sorgen der Stadtverwaltung auf weitere Sicht hin ist das Problem der *Wasserversorgung*. Wir alle wissen, daß mit den Veränderungen in der Lebenshaltung des modernen Menschen der Wasserbedarf an sich schon erheb-

lich gestiegen ist. Dazu kommen die zusätzlich von Industrie, Handwerk und Gewerbe benötigten Mengen, die sich infolge der raschen Industrientwicklung auch in unserer Stadt sprunghaft steigern, so daß man künftig schon pro Kopf der Bevölkerung mit einem täglichen Verbrauch von rund 200—250 Litern gegenüber 80—100 Litern in früheren Jahrzehnten wird rechnen müssen. Diese Lage wird sich außerdem noch durch den starken Bevölkerungszuwachs aus den deutschen Ostgebieten erheblich verschärfen.

Sie wissen, daß zur Verbesserung der Wasserversorgung im Land Baden-Württemberg ein großzügiges Bauvorhaben zur Wasserversorgung vom Bodensee aus in Angriff genommen werden soll. Die Stadt Tübingen ist bereits der kommunalen Studienkommission für dieses Wasserprojekt beigetreten. Die Leitung von zirka 146 km Länge wird auf 150 Millionen DM Baukosten geschätzt.

13. Auf dem Gebiet der Wasserversorgung in Tübingen werden als unmittelbare Folge des Neubaus der Medizinischen Klinik auf dem Steinenberg und auf dem Sand zwei neue umfangreiche Wasserhochbehälter gebaut werden müssen. Der Ausbau des Behälters auf dem Sand ist mit 350 000 DM im Finanzplan der Stadtwerke 1953 bereits enthalten. Diese neue Versorgung der Waldhäuser Zone von Lustnau her ist notwendig, weil die Wasserförderungsanlage im Geigerle nicht ausreicht, um neben der Speisung der Hochbehälter auf der Waldhäuser Höhe auch noch die Wasserversorgung des künftigen Klinikgeländes auf dem Schnarrenberg zu gewährleisten. Die Behälter und langen Zuleitungen sind kostspielige Wasserversorgungsprojekte, welche schon in den nächsten Jahren Hunderttausende von Mark an Investierungskosten erforderlich machen werden.

14. Auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung und der neuen Kliniken mit Gas und Elektrizität sind weitere umfangreiche Aufwendungen notwendig.

Bei den Stadtwerken wird auf längere Sicht das Projekt eines dritten Gaskessels geplant, welcher im Bereich des städtischen Gaswerks zur Erstellung kommen soll.

Auch die weitere Umstellung der Elektrizitätsversorgung von Gleichstrom auf Wechselstrom, die Schaffung neuer Trafostationen sowie Ausbau und Verstärkung des Verteilernetzes werden an die Stadtwerke hohe finanzielle Anforderungen stellen.

15. Ein weiteres großes Bauvorhaben wird der Neubau einer modernen Kläranlage südlich des Neckars nebst Zuleitungen bilden. Die Forderung auf Ausbau dieser Anlage wird von dem Staatlichen Gesundheitsamt und dem Land seit längerer Zeit und mit immer stärkerem Nachdruck gefordert. Sie ist auch zugegebenermaßen für die Wohnbauten in dem Dreieck Reutlinger-Stuttgarter-Hechinger Straße und insbesondere auch für die Erschließung neuen Industriegeländes eine dringende Notwendigkeit. Die Kosten für dieses Bauvorhaben, das voraussichtlich auch bald in Angriff genommen werden muß, sind auf etwa 1,5 Mill. DM veranschlagt.

Sie sehen also, daß Wasser, Gas, Elektrizität und Kanalisation allein schon wesentliche Millionenbeträge in den nächsten Jahren in Anspruch nehmen werden.

16. Die entscheidende Frage der Zukunft wird aber lauten: Was wird aus der ehemaligen Landeshauptstadt Tübingen in den kommenden Jahren? Wird der provisorische Sitz des Regierungspräsidenten in Tübingen zum Definitivum oder sind von der Regierung mit den Städten Tübingen und evtl. auch Reutlingen anderweitige Absichten bei der definitiven Festlegung der neuen künftigen Regierungsbezirke verbunden?

Diese Dinge bedeuten für die Stadt Tübingen und auch für Reutlingen grundsätzliche Probleme. Wir haben vor einigen Tagen Gelegenheit gehabt, mit Beamten im Stuttgarter Staatsministerium, den Herren Ministerialdirektor Dr. Spreng und Staatsrat Schlösser, über Fragen der Zukunft Tübingens zu sprechen. Wie vorgesehen, hatte diese Aussprache lediglich informatorischen und persönlichen Charakter. Welche Gedanken Herr Ministerialdirektor Dr. Spreng persönlich hinsichtlich der Verlegung von Staatsbehörden nach Tübingen hat, ist Ihnen durch Zustellung seines Artikels aus dem Staatsanzeiger im einzelnen bekannt gegeben. Inwieweit außerdem gewisse Wünsche der Stadt auf Erhaltung des Oberlandesgerichts, der Oberpostdirektion, der Polizeidirektion und anderer Behörden für Tübingen Berücksichtigung finden können, ist heute noch nicht geklärt, wird aber voraussichtlich im Laufe der nächsten Monate schon durchsichtiger werden.

Eines aber muß deutlich herausgestellt werden und das hat sich auch bei den Gesprächen mit Herrn Ministerialdirektor Dr. Spreng gezeigt:

Bei der Verlegung von Behörden nach Tübingen muß und wird unserer Stadt dieselbe Chance gegeben werden wie etwa den Städten Ulm, Sigmaringen oder Ravensburg; denn auch dort würden in großem Umfang neue Verwaltungsgebäude und zahlreiche Wohneinheiten auf Staatskosten zu schaffen sein.

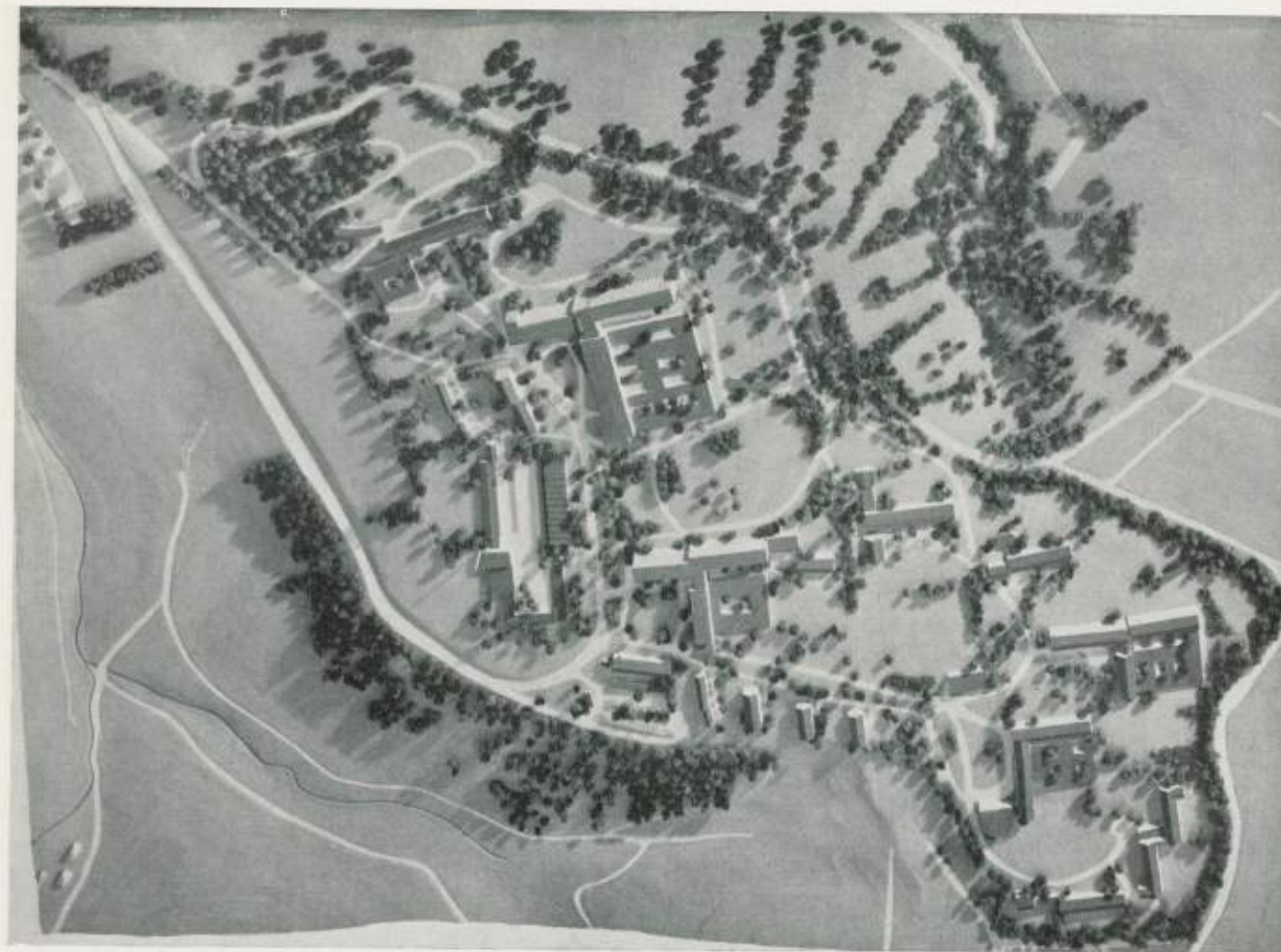
Und nun zu der Frage des endgültigen Regierungspräsidiums für Südwürttemberg in Tübingen.

Als wir im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis der Südweststaatsabstimmung am 9. Dezember 1951 sprachen, gingen wir alle davon aus, daß unser Tübingen nur durch die Zufälligkeit besatzungspolitischer Entwicklung fast 7 Jahre der Sitz einer Landesregierung gewesen ist und daß die Auflösung seiner Ministerien eine Zwangsläufigkeit sein mußte. Man darf auch behaupten, daß der jetzige provisorische Sitz des Regierungspräsidiums in Tübingen mehr verwaltungsmäßigen Zweckmäßigkeiten als politischen Gründen entspringt.

Ich habe über diesen Beschluß der Staatsregierung bereits anderen Orts unserer Freude Ausdruck gegeben. Ich bin mir aber über folgendes klar:

Wenn es der Verfassungsgebenden Landesversammlung möglich ist, im Jahr 1953 dem neuen Bundesland durch Gesetz eine endgültige Landesverfassung zu geben, wenn es ihr weiterhin gelingt, 1953 die vordringlichen Fragen einer neuen Gemeindeordnung und einer neuen Kreisordnung mit all ihren Schwierigkeiten bei der Angleichung des Verwaltungsrechts der drei, früher selbständigen Bundesländer im Südweststaat zu verabschieden, so würde in Stuttgart schon eine große Aufgabe gelöst sein. Ich kann mir deshalb nicht denken, daß es nebenher noch im Jahr 1953 zur Verabschiedung eines endgültigen Landesverwaltungsgesetzes kommen wird, welches die Zahl und Grenzen der künftigen Regierungsbezirke und damit die Sitze der endgültigen Regierungspräsidien festzulegen hätte.

Wenn schon der erste Versuch der Beseitigung kleiner Enklaven des Landes Württemberg im Badischen oder umgekehrt oder die Verbesserung der Grenzverhältnisse im Bereich der kreisfreien Stadt Pforzheim fast unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht hat, wenn man deshalb daran denkt, Volksbefragungen in den betroffenen Städten, Kreisen und Gemeinden abzuhalten, dann können wir wohl annehmen, daß die endgültige Festlegung neuer Regierungsbezirke und ihrer Sitze wesentlich größere Schwierigkeiten und harte politische und verwaltungsmäßige Kämpfe auslösen wird.



Modell für die neue Medizinische Klinik auf dem Schnarrenberg
Vorne Medizinische Klinik, dahinter neue Frauenklinik, links oben neue Nervenklinik - Entwurf Gutschow-Nissen, Hamburg (1. Preis)

Auch die Stadt Tübingen wird, wie gesagt, zu diesen Absichten gehört werden müssen. Frage ist nun:

a) ob Tübingen seinen Gemeinderatsbeschluß vom 15. September 1952 aufrechterhält, sich um den endgültigen Sitz des Regierungspräsidenten für Südwürttemberg zu bewerben und entsprechende Angebote zu machen oder

b) ob es für seine kommunal-politische Entwicklung nicht besser ist, wie es der Stadtdirektor von Reutlingen bereits erklärt hat, von vornherein mit aller Kraft einen Anschluß an einen nordwürttembergischen Regierungsbezirk anzustreben.

Ich möchte vorschlagen, daß wir von uns aus in dieser Frage neuerlich eine klare Stellung beziehen sollten. Ich kann mir denken, daß sich die Domizilierung des vorläufigen Regierungspräsidiums in unserer Stadt in den kommenden Monaten und Jahren aus mehrfachen Gründen so einspielen wird, daß in Tübingen schon ein Wohnheitsstatus entstanden ist, wenn diese Frage endgültig zur Beschlussfassung im Landtag ansteht.

Meine Damen und Herrn! So sieht die Stadtverwaltung dieses Problem! Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn sich die Fraktionen und die Bürgerschaft in den nächsten Wochen und Monaten hierüber eingehend aussprechen würden.

17. Die Universitätsstadt Tübingen ist sich darüber im klaren, daß ihre Entwicklung wie in den vergangenen Jahrhunderten so auch in Zukunft in erster Linie mit der Universität zusam-

menhängt, daß sie aber ihre wirtschaftliche Grundlage vor allem in der Ausweitung von Industrie, Handel und Gewerbe finden muß.

Neben den Bemühungen um die Ansiedlung von bedeutsamen Behörden in Tübingen werden wir daher auch im kommenden Jahr, soweit das in unserer Kraft steht, um die Entwicklung der Universität und den Ausbau der Kliniken und Institute sowie um die Heranziehung neuer wissenschaftlicher Institute nach Tübingen besorgt sein. Außerdem werden wir aber auch die sogenannte wirtschaftliche Ansiedlung pflegen und die Bereitstellung von Geschäfts- und Wohnraum für Industrie und Gewerbe betreiben. Über die einzelnen noch schwebenden Projekte der Ansiedlung von Behörden und Instituten wird dem Gemeinderat zu gegebener Zeit Bericht erstattet werden, desgleichen über die Absichten der Ansiedlung von neuer leistungsfähiger Industrie.

18. Auch Tübingen als Besatzungsstadt wird uns in den kommenden Jahren manche neue Aufgabe stellen.

In erster Linie denken wir dabei an die Fortsetzung der Verhandlungen um den Bau einer besatzungseigenen Schule. Sie wissen, daß wir schon mehrfach Verhandlungen in dieser Richtung geführt haben, daß sie aber bis heute noch ohne Erfolg waren. Der französische Vertreter für Schulfragen in Freiburg hat wohl mit uns verhandelt und auch die angebotenen Bau-

plätze in Augenschein genommen. Trotzdem konnte bis heute noch keine Klärung hinsichtlich eines besatzungseigenen Schulgebäudes erzielt werden. Wir wollen aber nicht nachlassen, in unserem Bemühen, nach den Vorgängen anderer Städte auch für Tübingen bald eine besatzungseigene Schule und weitere Wohnbauten geschaffen zu sehen.

19. Ein zentrales Problem der *Universität*, das aber auch die Stadtverwaltung angeht, sei in diesem Zusammenhang erwähnt. Es betrifft die *Freimachung der Chirurgischen Klinik* und die Überlassung des beim Bundesarbeitsministerium ressortierenden *Versorgungskrankenhauses*. Bekanntlich wollen ja die Franzosen die Chirurgische Klinik nur unter der Voraussetzung völlig räumen, daß ihnen im Versorgungskrankenhaus 350 Betten als Militärlazarett überlassen werden. Gespräche über diese Frage sind bis zu dem Punkt gediehen, daß nunmehr bei den Franzosen die Entscheidung liegt, ob sie das deutsche Angebot anzunehmen bereit sind, wonach die Chirurgische Klinik freigemacht werden soll gegen Überlassung des Versorgungskrankenhauses mit der Maßgabe, daß noch 3 Jahre lang die Hirnverletztenabteilung einen Flügelbau behalten darf. Diese Regelung würde allerdings für die Stadt Tübingen eine erneute Besatzungsbelastung bedeuten, weil dabei auch an die Verlegung von Sanitätseinheiten aus Wildbad und anderen Teilen des Bundeslandes nach Tübingen gedacht ist. Aus diesem Grunde werden auch gegenwärtig keine beschlagnahmten Wohnungen mehr freigegeben.

20. Diese soeben aufgezeichneten Projekte stellen nur einen Teil der Vorhaben dar, mit denen wir uns in den nächsten Jahren entscheidend zu befassen haben werden. *Nicht* erwähnt ist dabei die Frage der künftigen Entwicklung des Schulwesens, insbesondere auf dem Gebiet der Lehr- und Lernmittelfreiheit,

und der Ausgestaltung der Mittelschule, die Erschließung von Baugelände für künftige Industrie- und Wohnbauvorhaben, das Vorantreiben eines Heimatmuseums und die Einführung der Friedensgerichtsbarkeit, nicht zuletzt aber die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel, um all diese Pläne durchzuführen.

Tübingen ist glücklicherweise infolge seiner bisherigen Neigung zu äußerster Sparsamkeit nicht besonders stark verschuldet. Wenn aber diese für Generationen bestimmten Vorhaben durchgeführt werden sollen, ist es nur recht und billig, solche Projekte nicht allein aus laufenden Mitteln zu finanzieren, sondern sie nach den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Finanzwirtschaft auch auf die Schultern unserer Nachfahren umzulegen. Offen bleibt allerdings, ob der Geldmarkt überhaupt in der Lage ist, solche vielgestaltigen Vorhaben der deutschen Länder und Städte mit genügend Kapitalmitteln zu versehen.

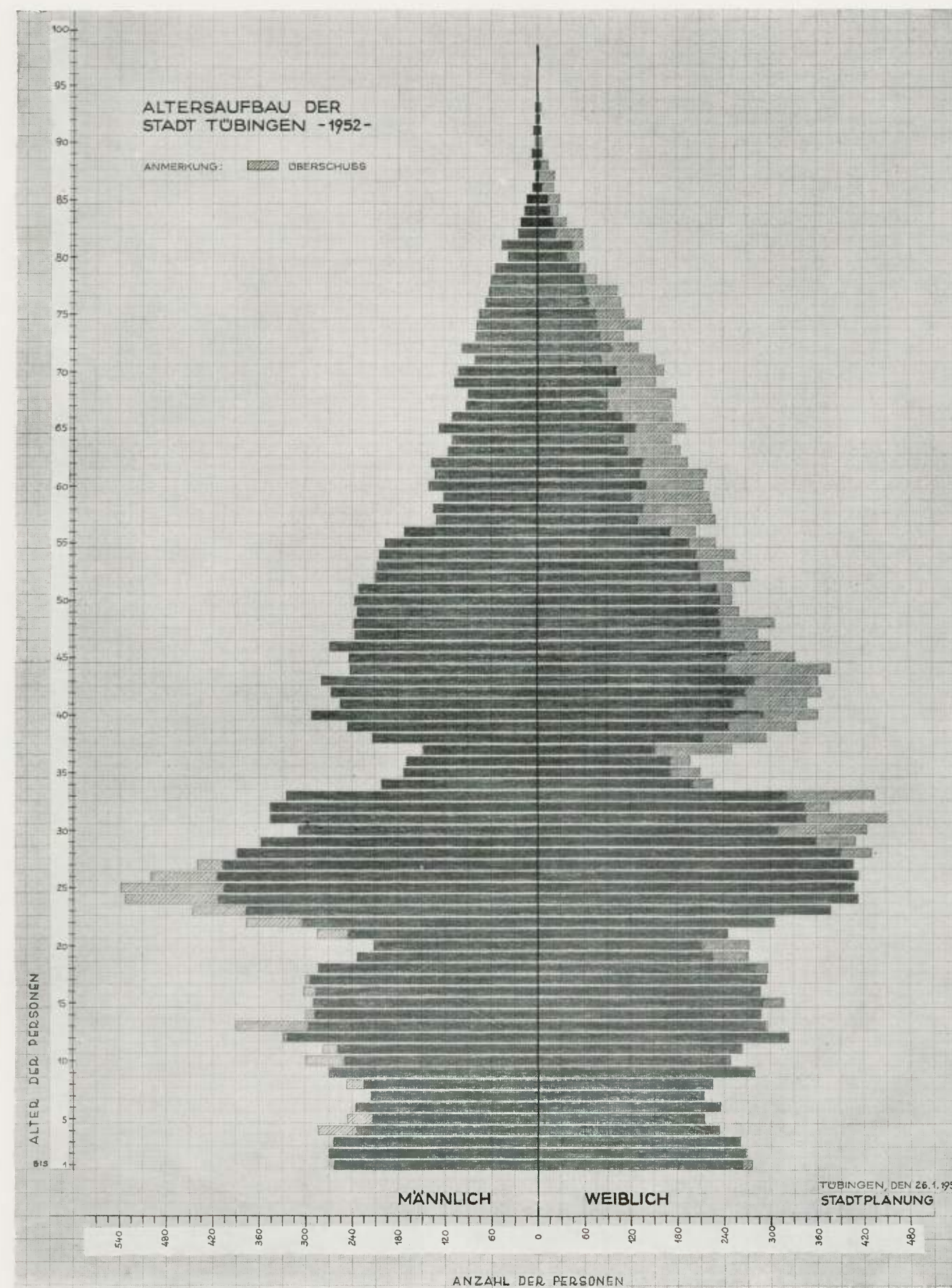
Meine Damen und Herrn!

Diese Ihnen vorgetragenen Projekte sind beim besten Willen aber nur lösbar, wenn sich die wirtschaftliche Lage unserer Stadt und das politische Geschehen in Europa wie bisher friedlich weiter entwickeln werden. Deshalb möchte ich diesen Verwaltungsbericht mit dem heißen Wunsche schließen, daß uns das neubegonnene Jahr 1953 Glück und Frieden bringen möge.

Tübingen, im Januar 1953

Asmuß
Stadtdirektor

Dr. Mülberger
Oberbürgermeister



Photos: Barth 31; Bernhard/Hochbauamt 3; Böhlmann/Stadtplanung 4; Göhner 13; Kleinfeldt 11, 15; Mahler, Stuttgart 5; Metz 17; Queißner 19; Troeger, Hamburg 33
Klischees: Graphische Kunstanstalt Erich Maurer: 5, 11, 13, 17, 19, 31, 33, 35; Klischee-Anstalt Künstele: 3, 4, 15. Druck: Tübinger Chronik, Druckerei- und Verlagsgenossenschaft